

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befendbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Versand-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: An die Arbeiterschaft Deutschlands. — Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Berichtendes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Der notwendige Kampf, den die Arbeiterschaft aller Völker um die Hebung ihrer Lebenslage zu führen gezwungen ist — zu führen gezwungen ist gegen ein profitierendes Unternehmertum, zur Abwehr gegen die durch Bölle und Liebesgaben an die Besitzenden und Herrschenden hervorgerufene Verteuerung und Herabsetzung ihrer Lebenshaltung — hat das Unternehmertum auf der ganzen Linie auf den Kampfplatz gerufen. Die Pöle sind in den letzten Jahren die Unternehmerrorganisationen aus der Erde gewaschen, um sich der „unberechtigten Forderungen“ der Arbeiterschaft zu erwehren. Das gleiche Streben und das gleiche Ziel: die kulturellen Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft niederzuhalten und zu unterdrücken, hat dann die verschiedensten, oft sich in innerer Fehde bekämpfenden, um den größeren Anteil am Profit streitenden Unternehmerrverbände sehr bald einander näher, zum größten Teil sogar schon vollständig zusammengeführt. Und aus der Defensive, der sie angeblich nur dienen sollten, sind sie vielfach zur Offensive, zum Angriff auf die Arbeiterschaft übergegangen. Wo es sich um die bescheidensten Forderungen selbst der schlechtestbezahlten Arbeiterkategorien handelte, da hat in den letzten Jahren das organisierte Unternehmertum als Antwort fast nichts weiter übrig gehabt, als die brutale Ausperrung von Hunderttausenden, und selbst vor der Androhung der Ausperrung von Hunderttausenden von Arbeitern ist es nicht zurückgeschreckt! Hunderttausende von Arbeitern, mit ihren Familienangehörigen wohl eine Million Menschen, sollten — wenn es nach dem Willen der Scharfmacher gegangen wäre — dem Elend und Hunger preisgegeben werden, um dem Machtfelge einer Clique von Scharfmachern zu fröhnen!

In seinem auf die Spitze getriebenen Machtfelge schreut das organisierte Scharfmachertum selbst davon nicht zurück, seine Hände freilich nach den geringen sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse auszustrecken: Rückwärtsrevision der Sozialreform! — das und nichts Besseres wagen die Unternehmer und ihre Wortführer von der Regierung offen zu fordern!

Als die preussische Eisenbahnverwaltung — nachdem andere deutsche und ausländische Verwaltungen ihr darin längst vorausgeleitet sind — die neunstündige Arbeitszeit einführen befohlen hatte, da vernahm sich die organisierten Scharfmacher, durch „private Vorstellungen“ den Minister von seinen „gefährlichen sozialpolitischen Ideen“ abzubringen!

Den Agrariern und Junkern konnten die Minister bekanntlich „nichts etwas“ — d. h. solange sie den ersten noch nicht agrarisch genug waren. — Und die organisierten Großindustriellen glauben einen preussischen Minister so sicher in der Fasse zu haben, daß „ein Wort im Vertrauen“ von ihnen genügt, um ihm etwaige sozialpolitische Neigungen auszutreiben. Daß diese selben Kreise auch für die vollständige politische Entrechtung und Knebelung der Arbeiterklasse schwärmen, sei nur nebenbei erwähnt.

Arbeiter! Arbeiterinnen! — Genossen und Genossinnen! — Alle diese Tatsachen und die daraus für den wirtschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiterklasse

hervorgehenden Gefahren müssen wir den Hunderttausenden, die heute noch der gewerkschaftlichen Organisation fernstehen, zum Bewußtsein bringen. Wir müssen sie über ihre Pflichten sich selbst und ihrer Klasse gegenüber aufklären und als Mitkämpfer für die Organisation, gegen die volkseindlichen Bestrebungen des organisierten Unternehmertums gewinnen!

Diesem Zwecke dient das heutige Nummer Cures Fachorgans beigelegte Flugblatt. Cures Pflicht, Arbeiter und Arbeiterinnen, ist es, die Schrift — nachdem ihr selbst von dem Inhalt Kenntnis genommen — unter Euren nichtorganisierten Kollegen und Kolleginnen zu verbreiten. Erfüllt in dieser Hinsicht jeder von Euch seine Pflicht, dann wird sich auch in diesem Falle, wie schon so oft, das organisierte Unternehmertum erweisen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Dann werden die Maßnahmen der Scharfmacherorganisationen dazu beitragen, unsere Organisationen zu stärken, und wir werden damit in der Lage sein, den Kampf gegen die gefährlichen Feinde der Arbeiterklasse, den Kampf für die wirtschaftliche Hebung und Befreiung derselben, noch nachdrücklicher und erfolgreicher als bisher führen zu können.

Soch die Organisation!

Unser der Sieg — trotz alledem!

Die Generalkommission  
der Gewerkschaften Deutschlands.

## Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

II.

Die Unterstützungsleistungen sind in den letzten Jahren bei vielen Verbänden neu eingeführt und da, wo sie bestanden, weiter ausgebaut worden. Unterstützung zahlten 1905 49 Verbände, gegen 46 im Jahre 1904; Arbeitslosenunterstützung 41, gegen 38 im Jahre 1904 und 30 im Jahre 1903; Krankenunterstützung 40 (1904: 31, 1903: 21); Invalidenunterstützung 6 (1904 und 1903: 5); Unterstützung in Sterbefällen 43 gegen 39 Verbände im Jahre 1904.

Die Arbeitslosenunterstützung, gegen deren Zweckmäßigkeit als gewerkschaftliches Kampfmittel sich auf dem Gewerkschaftstongreß 1896 eine große Minorität aussprach, wird immer mehr in den Gewerkschaften, selbst in denen des Bauberufes, eingeführt. Im Jahre 1905 hatten 41 Organisationen (ausschließlich des Werftarbeiterverbandes, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste) die statutarische Arbeitslosenunterstützung. Von diesen haben zwei, die Schiffszimmerer und die Zimmerer, im Jahre 1905 noch keine Unterstützung ausbezahlt. In einigen Organisationen begann der Bezug der Unterstützung erst im Laufe des Jahres, so daß nur eine verhältnismäßig geringe Summe zur Auszahlung gelangte. In 41 Organisationen (darunter der Verband der Werftarbeiter und der der Steinseher, in denen die Unterstützung nicht statutarisch ist, und die 1158 für diesen Zweck verausgabten) wurden im Jahre 1905 insgesamt M. 1.991.924 an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Organisationen, die Unterstützungen ausbezahlen, hatten zusammen 866.000 Mitglieder, so daß pro Kopf der Mitglieder eine Ausgabe von M. 2,30 entstand ist. Die Belastung der Mitglieder mit der Ausgabe für diese Unterstützung ist in den einzelnen Organisationen überaus ungleich. Die Berechnung wird auch beeinflusst dadurch, daß einzelne Arbeitslosenunterstützung zahlende Verbände im Jahre 1905 eine große Mitgliederzunahme hatten. Die Werftarbeiter, die pro Kopf nur 3 für Arbeitslosenunterstützung verausgaben, gewannen 24.978 Mitglieder, die Fabrikarbeiter mit 18 1/2 Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro Kopf hatten eine Mitgliederzunahme von 25.089. In beiden Verbänden kam außerdem die Arbeits-

losenunterstützung im Berichtsjahre zum ersten Male zur Auszahlung. Ebenso bei dem Verband der Portefeullier, der 6 1/2 pro Kopf der Mitglieder für Arbeitslosenunterstützung verausgabte. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes erhöhte sich von 2507 im vierten Quartal 1904 auf 8579 im vierten Quartal 1905.

In den Organisationen, die nicht eine prozentual so bedeutende Mitgliederzunahme hatten und bei denen die Arbeitslosenunterstützung seit vielen Jahren eingeführt ist, sind die Ausgaben für diesen Unterstützungsbeitrag ganz enorm höher. So zahlten 1905 pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung: Bildhauer M. 18,40, Buchdrucker M. 10,78, Gutmacher M. 8,18, Lithographen M. 6,20, Glaser M. 6,04 und Notenschreier M. 5,89. Das ist eine enorme Belastung der Mitglieder; jedoch muß sie ertragen werden, weil für die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel ist. Um die erzwungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zu erhalten, müssen die Gewerkschaften durch Gewährung von Unterstützung das gegenseitige Unterbieten der Arbeiter zu verhindern suchen, um dauernd den Arbeitsmarkt zu beherrschen. Aus diesem Grunde wird es zeitweilig notwendig, die Unterstützung über das statutarisch vorgeschriebene Maß auszuheben. So wurden im Jahre 1902 von den Handschuhmachern M. 16,18 pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, während 1898 nur M. 2,48 und 1905 nur M. 3,38 hierfür verausgabte wurden. Der beabsichtigte Zweck wurde damals erreicht: um eine Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der ungünstigen Konjunktur zu verhindern, nahmen die Gewerkschaftsmitglieder die Lasten für die Arbeitslosenunterstützung auf sich. Sie erfüllten damit gleichzeitig eine Pflicht der Solidarität gegen ihre in Not geratenen Kollegen und nahmen schließlich dem Staat und der Gemeinde nicht unerhebliche Lasten ab, wofür diese ihnen damit lohnen, daß sie versuchen, der Entwicklung der Gewerkschaften Hindernisse zu bereiten. Bei dem Versuch bleibt es, denn unaufhaltsam entwickelt sich die Bewegung weiter und wird ihr reichlich Zeit dazu beitragen, die Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft zu befreien.

Von den 63 Verbänden, die am Schlusse des Jahres 1905 bestanden, hatten 61 ein eigenes Verbandsorgan und 2 (Buchdrucker Elbsch-Bohringen und Formsticker) bezogen das Verbandsorgan der verwandten Berufsorganisation. Von den Verbandsorganen erschienen 1 wöchentlich dreimal, 29 erschienen wöchentlich, 8 monatlich dreimal, 16 alle 14 Tage, 6 monatlich zweimal und 6 alle Monate. Die Verbandsorgane hatten eine Gesamtauflage von 1.550.450 Exemplaren gegenüber einer Auflage von 1.235.700, 1.044.650 und 816.420 Exemplaren in den drei Vorjahren.

Auf allen Gebieten haben, wie diese Darlegungen zeigen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände Fortschritte gemacht. Solche sind wohl auch bei den anderen gewerkschaftlichen Organisationsgruppen vorhanden, doch bleiben diese Sondervereinigungen noch weit hinter den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden zurück.

Die lokalen Vereine haben heute gewerkschaftlich fast gar keine Bedeutung mehr. Es fehlt auch an einer genauen Uebersicht selbst für die „anarcho-sozialistischen“ Gewerkschaftszentrale angehörenden Vereinigungen; noch weniger ist es möglich, den Mitgliederbestand der sonstigen lokalen Vereine einigermaßen zuverlässig festzustellen. Die Vorstände schätzen alljährlich die Zahl der in ihrem Beruf vorhandenen Mitglieder lokaler Vereine und wurden für 1905 in 21 Berufen 27.736 Mitglieder angegeben, gegen 20.686 in 18 Berufen im Jahre 1904. Die Steigerung kommt hauptsächlich daher, daß bei den Handels- und Transportarbeitern 12.000 Mitglieder solcher Vereine gegen 7000 im Vorjahre angegeben werden. Durch den Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission sieht ein größerer Verein dieses Berufes aus der Gruppe der sogenannten



„unabhängigen Vereine“ aus und ist zu den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen zu zählen.

Als im Verfall vorhandene Mitglieder lokaler Vereine geben an die: Handels- und Transportarbeiter 12 000, Metallarbeiter 4200, Maurer 3500, Zimmerer 2800, Bauhilfsarbeiter 1500. In allen anderen Berufen wird die Mitgliederzahl lokaler Vereine unter 1000 bis herab zu 5 angegeben.

Ueber die Finanzgebarung der lokalen Vereine fehlt es an näheren Angaben. Das „Gewerkschaftsblatt“ für Berlin berichtet, daß im Jahre 1905 24 Organisationen mit zusammen 10 875 Mitgliedern angehört. Diese Organisationen hatten eine Gesamteinnahme von 245 593 und eine Ausgabe von 195 944 zu verzeichnen. An Kasienbestand hatten sie am Jahres-schluß 171 901 aufzuweisen. Damit sind aber nur Angaben für wenig über ein Drittel der Lokalorganisierten gemacht. Bei der geringen gewerkschaftlichen Bedeutung dieser Organisationsgebilde lohnt es sich auch kaum der Mühe, im einzelnen Nachforschungen anzustellen.

Die Hirsch-Dunderscher Gewerbevereine hatten am Schluß des Jahres 1905 in 2188 Ortsvereinen 117 097 Mitglieder gegen 111 889 im Jahre 1904, so daß sich eine Mitgliederzunahme von 5208 ergibt.

Von den Gewerbevereinen hatten Mitglieder: Maschinenbauer 49 616, Fabrikarbeiter 19 593, Raufleute 14 614, Tischler 8078, Textilarbeiter 5965, Schuhmacher und Lederarbeiter 5210, Schneider 3840, Graphische Berufe 2018, Bergarbeiter 2189, Köpfer 1673, Tabalarbeiter 1899, Bauhandwerker 1238, Deutsche Frauen 1063, Bildhauer 441, Konditoren 303, Schiffszimmerer 235, Brauer 210, Seiler 47 und Fleischer 60. Diese Mitgliederzahlen in Berufen wie Bauhandwerker, Bergarbeiter, Schneider und Schuhmacher zeigen, wie wenig Bedeutung den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen beizumessen ist.

Die Einnahmen der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine betrugen 1 836 651, die Ausgaben 1 170 219, der Vermögensstand 8 497 069. Von diesem befinden sich jedoch in den Kassen- und Kassenbüchern 1 279 028, in den Vermögensbüchern 823 045 und in den Gewerbevereinskassen nur 1 894 996. Nur die letztere Summe würde für den gewerkschaftlichen Kampf in Betracht kommen. An einzelnen Ausgaben sind verzeichnet für: Verbandsorgan 1 133 631, Agitation 1 022 899, Aussperrungen und Streiks 1 286 643, Rechtsschutz 14 790, Reise-, Notfallunterstützung und Umzugslosten 67 802, Arbeitslosenunterstützung 1 198 748, Bildungsförderung 17 845, Ortsverbände- und Verbandssteuern 53 591, Druckkosten 67 871 und Verwaltungskosten 231 951.

(Ueber die Christlichen Gewerkschaften haben wir schon in Nr. 31 unseres Blattes das ausführliche berichtet, so daß sich ein weiteres Eingehen darauf in diesem Zusammenhange erübrigt. Nur die summarischen Zahlen mögen hier nochmals Platz finden: Die zentralisierten Christlichen Gewerkschaften hatten 188 106 Mitglieder, 2 443 122 Einnahmen und 2 150 511 Ausgaben, Kasienbestand 1 249 408. Die unabhängigen Christlichen Gewerkschaften hatten 78 928 Mitglieder, 231 068 Einnahmen und 273 043 Ausgaben. Kasienbestand 1 278 806. Die Redaktion des „Grundstein“.)

Ueber die „unabhängigen Vereine“, d. h. über die Organisationsgebilde, die keiner der Gruppen angehören, die eine gewerkschaftliche Verbandzentrale haben, ist wenig zu berichten. Im Jahre 1904 wurden in 27 Verurteilungen 74 458 Mitglieder solcher Vereine gezählt, im Jahre 1905 in 21 Verurteilungen 67 675 Mitglieder. Der Verband der Wäpplerer (1300 Mitglieder) hat sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen. Für folgende Berufe war im Jahre 1904 berichtet, daß Vereine der genannten Art bestanden, während 1905 keine Angaben gemacht wurden: Barbier, Bergarbeiter (Sachsen und Mansfeld), Buchbinder, Glasarbeiter, Gießenleger, Steinseher und Vergolder. Ob die betreffenden Vereine eingegangen sind, oder den Vorständen näheres über diese Organisationen nicht bekannt wurde, ist nicht festgestellt worden.

Nach den Berichten der Verbände, die teils auf Schätzung beruhen, teils nach den Abrechnungen aufgestellt sind, waren Mitglieder dieser „unabhängigen Vereine“ vorhanden bei: Gastwirtschaftlichen 18 000, Bildhauer 12 000, Suddeutsche Eisenbahner 10 000, Handelshilfsarbeiter 6000, Maschinisten (Sächsischer Verband) 6750, Bureauangestellte 4000, Brauer 3000, Goldschmied 2393, Buchdrucker (Bundenburgs) 2300, Grabenauer der Stoffindustrie 800, Zeichner 758, Lithographen 500, Xylographen 483, Textilarbeiter (Rheinischer Verband) 400, Gärtner (jetzt christlich) 300, Gemeindefürsorge 800, Porzellanarbeiter 800, Dachbeder 250, Zigarenfabrikanten 100, Wäppler 80 und Wäppler 11.

Rechnen wir die sechs vorstehend im einzelnen geschilderten Organisationsgruppen zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1904 1 466 625 und 1905 1 822 343 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren. Die Zahl der Organisierten hat somit um 855 718 zugenommen. So-

weit nachweisbar, hätten die Organisationen eine Jahreseinnahme von 8 312 293, eine Ausgabe von 28 618 007 und einen Vermögensbestand von 24 656 133.

Interessant ist, den Entwicklungsgang der drei gewerkschaftlich allein in Betracht kommenden Organisationsgruppen, der Zentralverbände, der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine und der christlichen Gewerkschaften, in den letzten sechs Jahren zu verfolgen. Den christlichen Gewerkschaften sind hierbei auch die nicht dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen zugerechnet. Dies ist notwendig, weil einmal die Leistung des Gesamtverbandes nach wie vor darauf besteht, daß diese Verbände den christlichen Gewerkschaften zugewandt sind. Dann aber müssen wir diese Verbände bei einem Vergleich der Organisationsgruppen heranziehen, weil ständig Verschiebungen in dem Bestand der beiden Gruppen vorgekommen sind. Bald gehörte ein Verband dem Gesamtverband an, bald war er draußen und wurde, wenn der Wechsel im Laufe des Jahres eintrat, womöglich an zwei Stellen gezählt. Auch 1905 ist durch Zutritt des bayerischen Eisenbahnerverbandes mit 17 000 Mitgliedern zum Gesamtverband nicht der Gewinn dieser Mitglieder für die Gewerkschaften eingetreten, sondern es ist nur die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes erhöht. Deshalb müssen bei dem Vergleich der Entwicklung der genannten Gruppen die unabhängigen Christlichen den christlichen Gewerkschaften zugerechnet werden. Für diese liegen seit 1900 genauere Zahlen vor, und es kann sich deshalb der Vergleich nur bis zu diesem Jahre zurückverfolgen. Von 1900 bis 1905 nahmen an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 664 376, gleich 97,64 pSt., die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine um 25 436, gleich 27,75 pSt., und die christlichen Gewerkschaften um 105 262, gleich 65,88 pSt.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine haben ihre Werbekraft verloren, was natürlich und erfreulich ist, und auch die „Christlichen“ bleiben weit hinter den Zentralverbänden zurück, obgleich ihnen der so vorzüglich funktionierende Agitationsapparat der Kirche zur Verfügung steht. Der diesjährige Bericht der „Christlichen“ ist voll des Lobes und der Freude über den gewaltigen Aufschwung. Die meisten Zahlen zeigen, daß die Werbekraft dieser Organisationen weit hinter der der Zentralverbände zurückbleibt, trotzdem man sich auf die „christliche Weltanschauung“ und das „Nationale“ einbüßt und sich damit bei allen Stellen, denen man Einfluß zutraut, fortgesetzt in empfehlende Erinnerung bringt. Taugt nun die als „unabhängige“ dienende „christliche Weltanschauung“ nichts, oder sind diese Gewerkschaften nichts wert? Eines muß wohl sein, sonst könnten diese Organisationen in ihrer Werbekraft nicht so weit hinter den Zentralverbänden zurückstehen, obgleich leider nach wie vor die Arbeiterkraft es ist, die den Kirchen keine Richtungen den so mächtigen Einfluß gewährleistet. Ein gewaltiges Rekrutierungsgebiet liegt vor diesen „christlichen“ Gewerkschaften. Sie finden Anerkennung bei maßgebenden Vertretern der Regierung, die Kirchen setzen ihren Agitationsapparat für sie in Bewegung und doch geht es nicht recht vorwärts. Dies kommt einfach daher, daß die deutschen Arbeiter beginnen, zu vernünftig zu werden, als daß sie ihre Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen Kampfsorganisationen von irgend einer religiösen Anschauung abhängig machen sollten. Man hat ja auch versucht, den christlichen Gewerkschaften einen nicht so prägnanten Kampfscharakter zu geben als ihn die Zentralverbände haben. Damit mußte man aber voraussetzen, daß diese Organisationen auf dem Gebiete der Unterstützung die Zentralverbände zu übertreffen suchen würden. Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine legten hierauf Wert und rühmten sich, allerdings fälschlich, gerade auf dem Gebiete der Unterstützungseinsparungen voraus zu sein. Wie es damit in Wahrheit aussieht, zeigt folgende Aufstellung:

Es zählten im Jahre 1905 an Arbeitslosenunterstützung:

	In Zentralverbänden	Mitgliederzahl	Insgesamt	Pro Kopf der Mitglieder
Zentralverbände	41	866 000	199 1924	2,30
Hirsch-Dundersche Gewerbevereine	16	115 717	198 746	1,67
Christliche Gewerkschaften	12	120 615	135 71	0,11

Die „Christlichen“ verschwinden mit ihren Leistungen ganz und die Hirsch-Dunderschen bleiben weit hinter den Zentralverbänden zurück.

Nun könnte man aber sagen, vielleicht nicht bei der Arbeitslosenunterstützung, sondern im sonstigen Unterstützungsweisen sind die „friedliche“, „nationale“ und „christliche“ Anschauungen pflegenden Gewerkschaftsvereinigungen den Zentralverbänden voraus. Vielleicht gewöhnen sie ihren Mitgliedern einen größeren Rechtsschutz und vergleichen, aber auch hier stehen „Christliche“ und „Hirsch-Dundersche“ hinter den Gewerkschaften zurück. Nehmen wir alle Unterstützungen, die in diesen Organisationsgruppen gezählt sind,

zusammen, wobei allerdings die Krankenunterstützung und die Begräbnisunterstützung auscheiden müssen, weil diese bei den „Hirsch-Dunderschen“ aus besonderen Gründen und nicht von den Gewerbevereinen geleistet werden, und rechnen die Ausgabe für Rechtsschutz dazu und dividieren die Summe durch die der gesamten Mitgliederzahl, so erhalten wir folgendes Bild:

Es betrug im Jahre 1905:

Organisationen	Mitgliederzahl	Für Rechtsschutz und Unterstützungen		Für Kranken-, Begräbnis-, Streits- und Gemeingegelte	
		Insgesamt	Pro Kopf der Mitglieder	Insgesamt	Pro Kopf der Mitglieder
Zentralverbände	1844803	376 1622	2,79	10160859	7,56
Hirsch-Dundersche Gewerbevereine	117097	276338	2,36	286643	2,45
Christliche Gewerkschaften	188106	173168	0,92	1000320	5,32

Da in einigen größeren Zentralverbänden das Unterstützungsweisen wenig entwickelt ist, so kommen die Zentralverbände bei einer solchen Rechenmethode schlechter weg, als besonders die „Hirsch-Dunderschen“. Aber trotzdem bleiben diese noch recht nennenswert und die „Christlichen“ wiederum ganz gewaltig hinter den Zentralverbänden zurück.

Und nun gar bei der Streikunterstützung. Den „Christlichen“ verhalf der Bergarbeiterstreik zu ihrer großen Streikausgabe pro Kopf der Mitglieder. Der christliche Bergarbeiterverband leistete 436 445 als Ausgabe für den Streik und für Gemeingegelte in seine Abrechnung ein, während bei dem Bergarbeiterverband nur 20 000 für Streikunterstützung und 15 188 als Unterstützung für Gemeingegelte eingestellt sind. Ob unter der von den „Christlichen“ berechneten Summe sich auch die Ausgaben aus den Einnahmen der Sammlungen befinden, läßt sich nicht feststellen. In die Einnahme sind bei dem christlichen Bergarbeiterverband 890 414 Ertragsbeiträge eingestellt, eine verdächtig hohe Summe gegenüber der Jahreseinnahme von 492 957 an regelmäßigen Beiträgen. Während des Streiks konnten diese Ertragsbeiträge doch nicht gezahlt werden, sofern man nicht als „Ertragsbeiträge“ rechnet, was man von anderen Personen und Vereinigungen, aber nicht von den Mitgliedern erhält. Sollten die Mitglieder nach dem Streik diese große Summe an Ertragsbeiträgen aufgebracht haben?

Aber, gleichviel, sollte hier auch kein Rechenschaftsstand vorliegen, so bleiben doch die „Christlichen“ und gar erst die „Hirsch-Dunderschen“ bezüglich geleisteter Unterstützung für Streiks, Aussperrungen und Gemeingegelte weit hinter den Zentralverbänden zurück.

Auf dem Gebiete allgemeiner Unterstützung, sowie in den Kämpfen, vermögen es die „Christlichen“ den Zentralverbänden nicht gleichzutun. Damit erklärt sich, daß sie nicht annähernd die Werbekraft unserer Verbände besitzen, trotz aller sonstigen Hilfsfaktoren.

Die Leitung des „christlichen“ Gesamtverbandes sucht und findet aber eine andere Ursache für den geringeren Zuspruch zu den christlichen Gewerkschaften, als ihn die Zentralverbände haben. Es ist der „Terrorismus“ der letzteren, der die Arbeiter hindert, zu den „Christlichen“ zu kommen. Mit großem Behagen wird in dem Bericht erzählt, daß in etwa einem Dutzend Fällen Strafantrag gegen die „Terroristen“ gestellt ist und diese zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu zwei Monaten verurteilt wurden. Zum Schluß dieser Abhandlung heißt es:

„Wir sind überzeugt: einige kräftige Artikel in der sozialdemokratischen Presse mit dem Hinweis auf die Angehörigkeit herabiger Agitationsmittel und die eventuell zu gemäßigende Bestrafung, würden genügen, um terroristisch veranlagte Elemente verträglich zu stimmen. So lange dieses nicht geschieht, müssen die Bestrafungen die Ursachen ihrer Verurteilung bei ihren „Erziehern“ suchen. Denn Verleumdung ihrer Angehörigen kann und wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht als ein erlaubt Mittel zur Bekämpfung geistiger Bewegungen anerkennen, selbst auf die Gefahr hin, daß in nächster Zeit umfangreichere Anzeigen erstattet werden müßten.“

Nette Brüder in Christo, die ihrem Herrn und Heiland würdig nachdenken. — Sie wissen es sehr genau, daß es von der sozialdemokratischen Presse stets verurteilt ist, irgend welche Zwangsmittel anzuwenden, um Arbeiter für die eigene Organisation zu gewinnen oder zum Austritt aus anderen Organisationen zu bewegen. In der Regel handelt es sich um die von der „christlichen“ Gewerkschaftszentrale Verteilten so unpolitischer, daß ein selbstbewußter Arbeiter nicht mit ihnen zusammenarbeiten will. Vielfach gewinnt dieses unpolitischer Verhalten den Anschein, als sollte ein Vorgehen der anderen Arbeiter provoziert werden, damit, wie es in dem Bericht auch erzählt wird, die Arbeitsstellen „einfach durch christlich organisierte Arbeiter besetzt“ werden können. Mit den zitierten Sätzen zeigen sich die Christlichen in ihrem wahren Charakter.



Moralisches Empfinden hindert uns glücklicherweise, so „grifflich“ zu sein.

Mit einer „Neugier“ übertrug sich uns der „griffliche“ Verdacht. Es wird als nächstes Ziel darin bezeichnet, eine Verbindung aller nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen herbeizuführen. Als solche werden angeführt: Christliche Gewerkschaften 800 000, Katholische Arbeitervereine 800 000, Evangelische Arbeitervereine 130 000, Katholische Gesellenvereine 75 000, Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband 81 000, Sächsisch-Dürschsche Gewerkschaften 120 000, zusammen 1 008 000 Mitglieder. Davon sollen 100 000 Mitglieder abgehen, die wahrscheinlich zu mehreren dieser Organisationen gehören. Mit dieser Schaar soll gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine „nationale“ Heeresfäule von 900 000 Kämpfern aufgestellt werden. Das wird ja eine nette Vereinigung werden. Die nicht ganz „judepreinen“ Gewerkschaften in Verbindung mit dem antisemitischen Handlungsgehilfenverband.

Uns wäre es recht, wenn diese „glückliche Verbindung“ bald zu stände käme. Mögen in diesen Gruppen auch noch so große Gegensätze vorhanden sein, in einem sind sie sich einig, in der Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung. Da ist es schon besser, die national-jüdisch-christlichen Heerscharen geschlossen gegen sich zu haben, als stets gewärtig zu sein, von der einen oder anderen Gruppe aus dem Hinterhalt angefallen zu werden.

Die Fortschritte unserer Zentralverbände, sowohl bezüglich der Ausdehnung als auch der inneren Festigung, läßt uns nicht zweifelhaft erscheinen, daß das Feld über kurz oder lang den auf dem Boden der modernen Arbeiterschaft stehenden Gewerkschaften gehören wird.

E. Regien.

### Politische Umschau.

**Partei und Gewerkschaften.** Wie wir schon mitteilten, hat der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, den Teil des Protokolls der Gewerkschaftsverbände-Konferenz, der sich mit dem Punkt „Partei und Gewerkschaften“ beschäftigt, widerrechtlich veröffentlicht. Bekanntlich hat die große Mehrheit der Gewerkschaftsverbände mit 46 gegen 13 Stimmen es abgelehnt, die Veröffentlichung des Protokolls zu gestatten. Daß die Veröffentlichung im Einverständnis oder gar auf direkte Anordnung des Parteivorstandes geschehen ist, muß man annehmen, obwohl eine offizielle Bekanntmachung des Vorstandes nicht vorliegt. Im „Vorwärts“ wird die Veröffentlichung wie folgt begründet:

Trotz des erneuten ablehnenden Beschlusses hält sich der Parteivorstand für verpflichtet, den Genossen durch möglichst vollständige Bekanntgabe des Leses des Protokolls, der das Thema „Partei und Gewerkschaft“ behandelt, eine sichere Unterlage für ein Urteil zu geben.

Der Parteivorstand teilt durchaus die Auffassung der Generalkommission, daß es sowohl für die Gewerkschaften wie auch für die Partei Gegenstände geben kann und geben wird, die interne Beratungen notwendig machen. Er verpflichtet die Generalkommission auch darin völlig bei, daß es weder den Gewerkschaften noch der Partei beikommen kann, lediglich auf die Indiskretionen eines Vertreters hin den internen Charakter solcher Verhandlungen preiszugeben.

Im vorliegenden Falle jedoch hält der Parteivorstand die vorgetragene Bekanntgabe der Verhandlungen über den Punkt „Partei und Gewerkschaften“ geradezu im Interesse von Partei und Gewerkschaften für geboten. Die Diskretion dieser Verhandlungen besteht ja in Wirklichkeit längst nicht mehr, zumal zahlreiche bürgerliche Blätter die Indiskretionen der „Einigkeit“ mit Begehren nachgedruckt haben. Es handelt sich also einfach darum, ob Partei und Gewerkschaften es ruhig mit ansehen sollen, daß zur Verwirrung der Massen tendenziös zusammengestellte Bruchstücke verbreitet werden, oder ob es nicht besser ist, diesen Querebenen durch vollständige Bekanntgabe des vollen Textes des betreffenden Leses des Protokolls entgegenzutreten. Der Parteivorstand hat sich angesichts dieser Situation der Auffassung der Redaktion des „Vorwärts“ nicht verschließen zu sollen geglaubt, daß es notwendig sei, den erwähnten Punkt des Protokolls im „Vorwärts“ abzuhandeln, um dadurch dem Partei- und gewerkschaftsschädigenden Schreiben entgegenzutreten zu können.

Aus denselben Gründen — um auch nicht den schwächsten Schein aufkommen zu lassen, als hätten die Gewerkschaftsführer etwas zu verbergen — hätten auch wir gewünscht, daß die Veröffentlichung des Protokolls freigegeben worden wäre. Da aber die übergroße Mehrheit der Gewerkschaftsverbände in entgegengegesetztem Sinne entschieden hat, so hatte sich auch der Parteivorstand dieser Entscheidung zu fügen. Sondern muß es auch berühren, daß der Parteivorstand von seinem Entschluß nicht einmal der Generalkommission Mitteilung gemacht hat. Die Generalkommission teilt nämlich mit, daß ihr Brief (siehe Nr. 31 des „Grundstein“) vom Parteivorstand nicht beantwortet worden ist, denn die Bemerkung der „Vorwärts“-Redaktion könne sie als eine Antwort des Parteivorstandes nicht ansehen.

Zur Sache selbst veröffentlicht die Generalkommission in der letzten Nummer des „Correspondenzblatt“ folgende Rundgebung:

„Ein solches Verfahren des Parteivorstandes stellt sich so außerordentlich als Gefährdung der Arbeiterbewegung und verstoßt derart gegen die Grundsätze des Vertrauens, das zwischen den offiziellen Vertretungen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen bestehen muß, daß die Generalkommission hiergegen im Interesse des Gesamtwohles der Arbeiterbewegung die entscheidende Verantwortung einlegen muß. Wie die Leser des Protokolls mittlerweile erfahren haben werden, ist darin nichts enthalten, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Parteigenossen zu verheimlichen hätten. Es handelt sich für die Generalkommission und die Verbände

lediglich um die Frage, ob Verhandlungen, die wiederholt — und zwar auch noch ausdrücklich in dem veröffentlichten Protokollteil selbst — als vertraulich bezeichnet sind, gegen den Willen der Beteiligten veröffentlicht werden dürfen. Der Parteivorstand glaubte dieses Recht zu haben und hat die Veröffentlichung entgegen dem ausdrücklich ausgesprochenen Willen der Verbände beschlossen. In diesem eigenmächtigen Vorgehen befindet sich eine bedauerliche Mißachtung der letzteren und damit zugleich der von ihnen vertretenen Gewerkschaften. Es kann sicherlich nur der Partei zum Schaden gereichen, wenn deren Vertretung den deutschen Gewerkschaften die Achtung verleiht, auf die letztere nach ihrer Entwicklung und Bedeutung, wie auch nach ihrer Stellung zur Partei vollen Anspruch haben.

Der Parteivorstand hat die Tragweite seines Vorgehens wohl nicht völlig übersehen, weil das von ihm in Anwendung gebrachte Verfahren auch vertrauliche Parteiberatungen in Zukunft gefährden muß.

Wir stimmen diesem Protest vollkommen zu.

**In eigener Sache.** In einem Artikel „Zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz“ zitiert der „Vorwärts“ folgende Sätze meiner Rede:

„Bebel war nach meiner Meinung bei dem Referat in Jena auf völlig verkehrtem Wege. Ich habe den Eindruck, daß ihm das ingenuöse zum Bewußtsein gekommen ist, und daß die hier verlesenen Abschnitte ein Ausfluß dieser Erkenntnis sind. Ich bedaure, daß diese Erkenntnis nicht früher gekommen ist. Auch der Parteivorstand hätte vor Jena wissen müssen, daß der preussische Staat nicht vergleichbar ist mit Rußland, daß jeder Massenstreik, jede Vorbereitung zur Revolution niedergeschlagen würde.“

Dies zitat ich richtig. Um so unrichtiger ist die Schlussfolgerung, die der „Vorwärts“ in folgenden Sätzen daran knüpft:

„Diese Ausführungen beweisen, daß Paepelow weder Sinn noch Tragweite der Jener Resolution Bebel's verstanden hatte. Bebel täuschte sich in Jena ebensowenig über die Besondere der preussischen Zustände, wie im Februar dieses Jahres. Er dachte in Jena so wenig an die Möglichkeit, im Frühjahr 1906 das Dreifachstimmensystem durch den Massenstreik erschüttern zu können, wie fünf Monate später. Ein neues Mißverständnis des Genossen Paepelow war es allerdings, daß er annahm, Bebel hätte nunmehr jeden Massenstreik für undurchführbar!“

Obwohl ich mit keinem Worte von der Resolution Bebel's gesprochen habe, sondern von seinem Referat — ich halte das für sehr beachtlich —, wirft der „Vorwärts“ kurzerhand Referat und Resolution durcheinander, um sich den Boden zu seiner Polemik zu ebnen und die niederschmetternde Weisheit von sich geben zu können: Seht den armen Bebel, der will auch mitreden, und hat weder Sinn noch Tragweite der Resolution verstanden. — Ich bin zwar nach wie vor ein Gegner des Streiks in der Weichseln-Resolution, der von der umfassendsten Anwendung der Massenarbeitseinstellung spricht, denn ich bin kein Freund vom Streik als Machtmittel, die ich nicht befehle, und die ich mir auch in absehbarer Zeit nicht erwerben kann. Ist dieser Satz der Resolution in meinen Augen also gerade kein Meisterstück politischer Klugheit, so halte ich ihn doch beinahe für harmlos in Hinsicht auf Bebel's Referat. Natürlich meine und meinte ich nicht das ganze Referat — auf der Konferenz brauchte ich das nicht weiter zu sagen —, sondern die Stellen, die speziell vom Massenstreik handeln. Das war doch nur aller Einschränkungen, die der Redner gelegentlich einstrich, eine Verherrlichung des Generalstreiks, wobei der „gegebene Fall“ ganz in den Hintergrund trat. Die Rede Bebel's bildet dann auch, weiter den Kern, um den sich die lebende heiße Massenstreik-Agitation nach Jena drehte. Der Resolution wurde kaum Erwähnung getan. Daß der gegebene Fall (vor allem der Boden der grünen Wälder) noch ganz außer allem Betracht stand, daran mochte niemand von den Massenstreikern denken, sondern nur davon redeten sie: die „Irrtümer“, „beschränkten“ und „von Wächtern besessenen“ Gewerkschaftsführer seien schuld, wenn sich das Proletariat keine Vorbeeren im Massenstreik holen könne. Und die Wortführer solcher Agitation waren Genossen, deren Tätigkeit der Kontrolle des Parteivorstandes untersteht.

Ich glaube gern, daß Genosse Bebel nicht gemeint hat, im Frühjahr 1906 das Dreifachstimmensystem durch einen Massenstreik erschüttern zu können. Das hat meines Wissens auch niemand behauptet. Mit seiner Rede in Jena hat aber Bebel das ganz unnütze Feuer entfacht, und er hat nichts getan, um es rechtzeitig zu dämpfen. Das habe ich auf der Berliner Konferenz bedauert, und daran halte ich auch fernerhin fest. Bebel und der gesamte Parteivorstand haben meines Erachtens die Situation von trügerischen Gesichtspunkten aus betrachtet, sowohl vor wie nach Jena. Das ist meine Überzeugung, die auszuspochen ich mir erlaubt habe. Daß Bebel nunmehr jeden Massenstreik für undurchführbar halte, davon habe ich auch kein Wort gesagt. Auch dies „Mißverständnis“ hat sich die „Vorwärts“-Redaktion aus den Fingern gezogen.

Ueber „Sinn und Tragweite“ der Weichseln-Resolution zu streiten, erübrigt sich für mich. Ich halte mich an den Wortlaut: „gegebenen Falls“. Gatten das andere Deute auch gekam, dann hätten wir nicht die bürgerlichen Polemiker erlöbt; denn was schließlich tiefer nach einem Menschenalter möglich ist, darüber brauchen wir uns heute noch nicht aufzuregen.

In einer Versammlung in Leipzig hat sich Genosse Seger, der sich neulich ein so wunderbares Witz über die Gewerkschaften leistete, auch mit meiner Person beschäftigt. Er sagte zu dem auf der Vorstandskonferenz behandelten Punkt „Partei und Gewerkschaften“:

„Bei der Frage handle es sich durchaus nicht darum, wie sich einzelne Gewerkschaftsführer zu irgendwelchen tatsächlichen Fragen stellen, sondern um die Grundausfassung vom Sozialismus“. Dieser letztere sei einzelnen hervorragenden Gewerkschaftsführern ein Greuel, das geize der Ausdruck Paepelow's auf der Konferenz: „Bringmann hat gestern das richtige Wort

ausgesprochen, was noch öfter gesagt werden muß, daß ausgesprochen, was noch öfter gesagt werden muß, daß erst geschaffen werden muß. Wir werden sie schaffen und wir werden mit unserer Theorie selbstverständlich die der Partei zu beeinflussen suchen.“

Es sind also keine tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern grundsätzliche. Wenn jemand Grund zur Entzweiung habe, seien es die Parteigenossen, und zwar die führenden Parteigenossen, die man als „kranke Süßner“ bezeichnet habe.

Ich muß es abblehnen. Ich Seger als richtigen Interpreten meiner Worte oder als Gedankenleser anzuerkennen. Zur Beruhigung der „Grundstein“-Leser will ich aber erklären, daß über die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei überhaupt nicht auf der Konferenz geredet worden ist. Kein einziger Konferenzteilnehmer hat die Prinzipien, das Programm der Sozialdemokratie angetastet; niemand hat wieder etwas hinzugefügt, noch etwas hinweggenommen. Auch von der das Programm begründenden Theorie ist gar keine Rede gewesen, sondern immer nur von der Theorie der Kampfesmöglichkeit, von der Taktik. In diesem Punkte stelle ich allerdings die Forderung: manche Parteigenossen, die eine führende Stellung in der Partei einnehmen, sollten sich gründlich wandeln; sie müssen das „Dann ich“ in den Vordergrund stellen, und das „Möchte ich“ zurücktreten lassen. Genosse Seger ist also gründlich im Irrtum, wenn er aus dem Protokoll, und ganz besonders aus meinen Ausführungen, herausgelesen hat, es handle sich um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. — Ob er sich zu den „kranke Süßner“ rechnet, muß ich freilich ihm allein überlassen. Aber warum denn gleich so hoch hinaus! Ich habe ihn nicht zu den „Theoretikern“ gerechnet.

Rich Paepelow.

**Die Wirkung derollerhöbungen** tritt immer fühlbarer in die Erscheinung. Die letzte Lebensmittelpreis-tabelle der „Stat. Kerr.“ bringt die Gewißheit, daß die Fleischpreise, deren langandauernde Steigerung im zweiten Vierteljahr zum Wühlisch gekommen schien, erneut die Bewegung nach oben begonnen haben. Die Preis-erhöhung erstreckt sich auf alle Fleischsorten, am meisten aber auf Rind- und Schweinefleisch; sie hat vornehmlich die westlichen Markte erreicht, aber auch einige östliche, wie Danzig, Bromberg, und Glogau zeigen starke Preisaufschläge. Von den Getreideorten ist der Weizen etwas teurer geworden, und der Hafer hat trotz der bevorstehenden guten Ernte seine Preiserhöhung fortgesetzt. Sehr stark gestiegen ist an vielen Orten der Preis der Eiertafeln. Ein Vergleich der Preise mit denen für den Juli 1905 ergibt, daß nur die Eiertafeln denselben Preis gehalten hat. Teurer sind geworden Speisebohnen um 0,6 pSt., Eier um 1,1, Erbsen um 1,7, Roggen um 2,7, Gerste um 3,5, Rindfleisch im Großhandel um 3,8, Schweinefleisch um 6, Weizenmehl um 6,7, Hammelfleisch um 6,7, Kalbfleisch um 7,2 Rindfleisch von der Keule um 7,3 und vom Bauche um 7,9, Schmal um 7,6, Roggenmehl um 8, Erbsen um 18,6 und Binsen um 31 pSt. Zur Heu und Stroh sind in der letzten Zeit etwas billiger geworden. Davon können freilich die Volksmassen bei ihrer Ernährung nicht profitieren. Wenn die Wirtschaftslage sich wieder ungünstiger gestaltet, wird die Lage der breitesten Bevölkerungsschichten eine unerträgliche, ja eine verzweifelte werden.

**Als eine erhebliche Ursache der Fleischteuerung** behandelt im „Volkstanziger“ Dr. P. Meißner die dortigen Gefrierhäuser. Er schreibt: „In diesen Gefrierhäusern, die bei uns in Berlin privaten Unternehmern gehören, wird das hiesige Fleisch insofern der niederen Temperatur zum Gefrieren gebracht. Das Fleisch wird feinst und ist so ziemlich in diesem Zustande unbegrenzt haltbar. Allerdings, und das sei hier gleich erwähnt, verliert die Qualität in puncto Geschmack ganz erheblich. Diese Gefrierhäuser, ein berechtigtes und willkommenes Hilfsmittel für alle die Fälle, wo die Beschaffung großer Fleischmengen auf längere Zeit hinaus nötig ist, dienen sehr bedenklichen Spekulationen.“

Dann behandelt Meißner im einzelnen die Spekulation mit Witzbrot, die mit Hilfe der Gefrierhäuser getrieben wird, und fährt fort:

„Genau wie mit dem Witz, Meisen, Hirschen, Rebhühnern, wird es auch mit den Schweinen, Rindern und Hammeln gemacht, und wenn wir an die Zeit der sogenannten Fleischnot im vorigen Jahre denken, so entpuppt sich diese gar nicht als Fleischnot, sondern als Fleischteuerung. Fleisch vorhanden war genug, aber die Preise waren künstlich in die Höhe getrieben, weil man den Markt nur mäßig besetzte. Ob eine Fleischnot bei uns eintreten kann, vielleich insofern der nicht ganz geeigneten Einfuhrverbote und unökonomischer Handhabung der Viehhaltung auf den Gütern, ist eine zweite Frage; bisher hat es sich immer nur um Fleischteuerung gehandelt. Man kann nicht umhin, die Verwendung der Gefrierhäuser zu reinen Nahrungsmittelspekulationen einschreiben zu verurteilen. Natürlich ist man nicht in der Lage, einem Großhändler, einem Großhändler die Benutzung zu verbieten, aber man könnte doch eigentlich verlangen, daß alle aus den Gefrierhäusern stammenden Nahrungsmittel als solche dem Publikum kenntlich gemacht werden.“

Zum Schluß wird nochmals betont, daß es unter keinen Umständen gestattet sein dürfte, das Gefrieren von Fleisch zu benutzen, um zum Schaden der Bevölkerung die Fleischpreise in die Höhe zu treiben.

Man darf wohl erwarten, daß zu diesen Mitteilungen von sachmännischer Seite Stellung genommen und vor allem die Frage behandelt wird, ob es möglich ist, daß die Gefrierhäuser der von Dr. Meißner behaupteten Fleischverteuerungsspekulation dienen?

Man darf wohl erwarten, daß zu diesen Mitteilungen von sachmännischer Seite Stellung genommen und vor allem die Frage behandelt wird, ob es möglich ist, daß die Gefrierhäuser der von Dr. Meißner behaupteten Fleischverteuerungsspekulation dienen?

Man darf wohl erwarten, daß zu diesen Mitteilungen von sachmännischer Seite Stellung genommen und vor allem die Frage behandelt wird, ob es möglich ist, daß die Gefrierhäuser der von Dr. Meißner behaupteten Fleischverteuerungsspekulation dienen?



schon seit langem an. Vor einigen Wochen nun trat er auch dem sozialdemokratischen Wahlverein offen bei. Kurze Zeit darauf erhielt er ein Schreiben des Polizeipräsidenten, wonach er als tätiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen wird. Genosse de Jonge ging darauf zum Polizeipräsidenten, stellte dort klar, daß doch kein Grund vorliege, ihn als tätigen Ausländer zu betrachten, da er doch noch keinem Menschen lästig gefallen sei. Ihn wurde jedoch erklärt, er sei Sozialdemokrat. Sozialdemokraten hätten, wie hier selber genug, er möge nur ruhig nach Holland zurückfahren. Genosse de Jonge hat nun die preussischen Staatsgebiete verlassen. Weil er seiner politischen Überzeugung gemäß sich organisiert hat, darum — das ist seine Überzeugung — ist er ausgewiesen, darum ist seine Existenz von der Polizei vernichtet worden. In Holland muß sich der Ausgewiesene eine neue Existenz schaffen, seine Kinder kommen dorthin als Fremde. In Deutschland geboren, kennen sie nur die deutsche Sprache. Sie müssen es ganz besonders büßen, daß ihr Vater Sozialdemokrat ist. Solche Polizeitaten sind die besten Agitationsmittel für die Vermehrung der Sozialdemokraten!

**Gegen Arbeiterinteressen** von hoher kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung richtet sich ein Bescheid des preussischen Eisenbahnministers Breitenbach. Eine Abordnung von etwa 60 Vororten größerer Städte war bei ihm vorstellig geworden, um bessere Regelung des Vorortverkehrs zu Gunsten der in diesen Orten wohnenden aber in den Städten beschäftigten Arbeiter. Der Minister ist auf diese Vorstellung nicht eingegangen; er hat die Abordnung abschlägig beschieden. Nun beruht die offizielle „Mord. Allg. Ztg.“ gegenüber lauten Kritik in der Presse diesen Bescheid zu rechtfertigen. Offenbar ist es der Minister selbst, der sich da äußert. Es wird vorweg zugestanden, daß das Auswärtswohnen der Arbeiter aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen, ethischen und anderen Gründen durchaus erwünscht sei; nur seien die Einrichtungen der Staatsbahnen nicht geeignet, hier unterstützend einzugreifen. Es wird dazu ausgeführt: „In einer großen Stadt wird die Zahl der Arbeiter und Geschäftstreibenden, die hier in Frage kommen, sich auf viele Tausende belaufen, zu deren Beförderung eine größere Anzahl von Zügen erforderlich ist, auf kurze Zeiten von höchstens einer Stunde zusammengebrängt. Nun sind aber die in größeren Städten einmündenden Eisenbahnlinien von früh bis spät dicht mit Fern-, Nah- und Güterzügen besetzt, zwischen denen sich Platz für die pünktliche Beförderung einer größeren Anzahl von Vorortzügen nicht findet, und sehr pünktlich müssen sie sein, wenn sie ihren Zweck für die Arbeitstendenzen erfüllen sollen. Derartige Zugverbindungen sind deshalb nur auf besonderen, neben der Hauptstrecke bis zum Stadtbahnhof herzufließenden Gleisen möglich, und zwar für alle Vorortstationen der betreffenden Vororte. Welche Unsummen würden aber aufzuwenden sein, um diese neuen Bahnkörper durch das hochwertige Stadtgebiet einführen und die heute schon beengten Bahnhöfe entsprechend zu erweitern für Gleise, die nur eine beschränkte Benutzung haben würden? Daß die Staatsbahnenverwaltung zu so weitgehenden Kapitalaufwendungen mit so unwirtschaftlicher Ausnutzung sich nicht entschließen will und kann, das sollte man doch begreifen können.“

Es wird dann noch bargeht, daß der Vorortverkehr mit seinen kurzen Entfernungen überhaupt nicht in den Rahmen des großen Staatsbetriebes hineingehört; seine sozialen Zwecke oder ließen sich durch Straßen- und Kleinbahnen besser erreichen. Das seien Fragen, die nur auf dem Wege der Selbstverwaltung durch Provinz, Kreis oder Gemeinde gelöst werden könnten, zumal die Pflege dieses Verkehrs und seine Einrichtungen so vorwiegend örtlicher Natur seien, daß nur die interessierten Gemeinden die Bedürfnisse richtig beurteilen und sachgemäß zu befriedigen vermöchten.

Das ist eine geradezu monströse Verkehrspolitik, die lediglich auf Rücksicht auf die fiskalischen Profitinteressen bestimmt ist. Man sollte nicht für möglich halten, daß in einer öffentlichen Rundgebung behauptet wird: es sei „unwirtschaftlich“, wenn die Eisenbahnverwaltung außerordentlich wichtig allgemeinen wirtschaftlichen Interessen dient, wenn sie es ermöglicht, daß Hunderttausende von Arbeitern im Lande sind, von ihren Wohnorten aus ihre Arbeitsplätze leicht und schnell zu erreichen. Doch wer wundert sich darüber? In Preußen ist man es ja gewohnt, daß das fiskalische Interesse mehr gilt, als das Verkehrsinteresse.

**Im „Schutz der Arbeitswilligen und der Arbeitgeber“** winkt in einem 18 Spalten umfassenden Schriftstück der Vorstand des „Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Mittelrheins“. Der Streik der baugewerblichen Arbeiter Münchens hat es den Schärffmachern ange n, und weil sie sich ihren Profit nicht schmälern lassen mo n, erheben sie in einer „brügeligen Vorlesung“, gerichte, an die bayerischen Ministerien und an die Abgeordnetenversammlung, ein erbarmungswürdiges Geschrei über „peinlichen Terrorismus“ der Streikenden, ja über „Landfriedensbruch“ und noch „ärgere Schandthaten“. Unter anderem heißt es in dem verlesenen Briefchen: „Daß unsere Arbeiter nur dem Terrorismus und dem Zwange der Organisationen, nicht dem Bedürfnisse oder eigenem Willen bei der Arbeitsüberlegung folgten, ist uns durch die Aussagen vieler Arbeiter bestätigt worden. Ein Beweis dafür ist, daß eine beträchtliche Anzahl Arbeitswilliger seit dem ersten Tage vorhanden ist, aber infolge der ungeheuren Verdrißungen und tätlichen Angriffe von seiten der Streikenden so eingeschränkt werden, daß sie nur mit Lebensgefahr ihrer Arbeit nachgehen können, und daß es für die Zeit unmöglich ist, dieselben bei der Arbeit zu erhalten, wenn nicht ausreichender Schutz von seiten der Polizei und der Gerichte für dieselben gewährt wird.“

Das ist ja die allbekannte Lage, die wir nun schon seit Jahren aus dem Munde der Schärffmacher hören. Genau das Gegenteil ist wahr: Die Unternehmer üben einen derartigen Terrorismus auf ihre eigenen sowohl wie auf die Arbeiter aus, daß sich die letzteren vielfach nicht getrauen, sich der Organisation und der Durchführung der Forderungen ihrer Berufscollegen anzuschließen, während ein-

schichtige Unternehmer mit allen Schikanen und Drohungen davon abgehalten werden, die beschiedenen Bedingungen der Arbeiter anzunehmen.

Die verlogene Insignie der Oberterroristen preßt sich dann folgenden Generalisatibn ab: „Diese Bedrohungen, Belästigungen und tätlichen Angriffe auf Arbeitswillige sind allerdings schon seit Beginn des Streiks aufgetreten, aber erst in den letzten Wochen wuchsen dieselben unter Führung von Gewerkschaftsangehörigen aus Hamburg zu wahren Landfriedensbrüchen aus.“ In dem Streiktotal der ausländischen Maurer- und Bauhilfsarbeiter, im Restaurant zur „Goldenen Rose“, werden planmäßig diese Auftritte angestrichelt, und zwar wird durch Anschläge belästigt, an welcher Baustelle und in welcher Straße die Ansammlungen der Streikenden zu geschehen haben.

Mit solchen wahnhaften Schauermärchen sucht der Unternehmerverband gegen die Ausständigen bei der Volksvertretung und der Regierung Stimmung zu machen, damit diese die gesamte Polizeimacht oder gar Militär aufbiete, um den Streik niederzuschlagen. Mit dem „Schutz der Arbeitswilligen“ allein sind unsere „Baumeister“ aber nicht zufrieden. Sie verlangen auch, daß von den Ministerien die Verlängerung der Dienstverträge bei staatlichen Bauten um die Dauer der Streiks und Ausperrungen und die Befreiung arbeitswilliger Entleiher von gewöhnlichen Pflichten zu Gunsten der Arbeitgeber verfügt werden. Viel Bestimmter beruft sich der Unternehmerverband auf die selbstverständliche Tatsache, daß der Kriegsminister, auf Veranlassung sozialdemokratischer Abgeordneter, Entleiher, die in Augsburg und Neulln auf Bauten Streikbedienstete verrichteten, zurückberufen hat und derselbe Minister auf Fortsetzung der Arbeit bei den Militärbauten in Bayern besteht. Darin finden diese Herren „eine Unterstützung der Bestrebungen der Arbeiterorganisationen und einen weiteren Druck auf die ohnehin schon fast belasteten Arbeitgeber.“ Wir begnügen uns damit, diese Frechheit und Unverschämtheit des Mittelschichtlichen Unternehmerverbandes niedriger gehängt zu haben.

**Ein evangelisches Arbeiterzentrum** nach dem Muster des ultramontanen Zentrums — also eine Parteibildung auf konfessioneller Grundlage — wird von Essen aus zu gründen versucht. Dieses „evangelische Zentrum“ soll sich ausschließlich auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter (II) konzentrieren. Die neue „höchste konfessionelle Gründung“ tritt unter der Firma „Nationaler Arbeiterwahausschuss“ auf. Die Gründer sind natürlich keine Arbeiter, sondern bürgerliche nationalliberale, konfessionelle und antisemitische Ordnungspolitiker. Damit die Sache den „richtigen Anschein“ hat, haben sie zu Vorständen dieses „Aussschusses“ den Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins Gröndel, den Generalsekretär des „Evangelischen Arbeitervereins“, und einen der Nationalliberalen dienhabenden Sozialisten namens Karl Röhne aus Bochum gemacht.

So kann denn der Zauber beginnen. Zunächst sollen Gelder gesammelt werden, damit in allen Wahlkreisen, in denen evangelische Arbeiterkandidaten Aussicht auf Erfolg haben, Kandidaten dieser Art bei den nächsten Reichstagswahlen aufgestellt werden. Ob die Kandidaten ein Glaubensbekenntnis abzugeben haben, das ihre genaue Vertrautheit mit dem bürgerlichen Katholizismus und ihre unzweifelhaft evangelische Gesinnung etwa im Sinne der landeskirchlich-orthodoxen Dogmenangabe nachweislich, davon verlautet noch nichts. Da mögen denn die „guten“ Herrn Unternehmer dran gehen, den Wahlschatz des neuen Zentrums zu füllen. Der selbständige Arbeiterbewegung der Sozialdemokratie wird es sicher keinen Abbruch tun.

**Handwerk und Submissionswesen.** Der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammetag hat sich in einem Gutachten an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe für die Aufhebung des § 270 des preussischen Strafgesetzbuches vom 14. April 1851 ausgesprochen. Dieser bedroht bekanntlich die zur Erlangung günstiger Preise getroffenen Verabredungen der Käufer und Submittenten bei Versteigerungen und Verdingungen, die von öffentlichen Behörden oder Beamten vorgenommen werden, mit Geldstrafen bis zu 300 Talern oder bis zu 6 Monaten Gefängnis. Dadurch treffe er, wie das Gutachten ausführt, das Handwerk im Gegensatz zur Industrie besonders schwer, da er deren langfristige Preisfestsetzungen durch Kartelle und Schnäbelate nicht erfasse. Er verbinde aber, daß mehrere Handwerker zur Erlangung größerer Aufträge gemeinsam submittieren, und so mit dem Generalunternehmer wirtlich konkurrieren können. Wie den Arbeitnehmern Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ausdrücklich gestattet wären, müßte auch in jedem Falle den Arbeitgebern erlaubt sein, zur Erlangung günstiger Absatzbedingungen für ihre Produkte zusammenzutreten. Dies würde an sich noch keine Benachteiligung des öffentlichen Vermögens sein, da bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Behörden genügend Mittel zu Gebote ständen, einer Ausbeutung durch die Submittenten vorzubeugen. Endlich weist das Gutachten noch auf den Widerspruch zwischen dem genannten § 270 und der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts hin, die Preisverabredungen bei Submissionen als mit den guten Sitten im Einklang stehend bezeichnet. Der § 270 enthalte somit eine heute veraltete Bestimmung, deren Aufhebung eine Verbesserung des öffentlichen Submissionswesens bedeuten würde. Es ist dazu zu beachten, daß der § 270 des alten preussischen Strafgesetzbuches der einzige Paragraph ist, der von diesem im übrigen durch das Reichs-Strafgesetzbuch beseitigten partikularrechtlichen Gesetzbuch noch in Kraft ist. Der Entwurf zum Norddeutschen Strafgesetzbuch hatte eine diesem § 270 entsprechende Bestimmung vorgesehen, doch war ihre Aufnahme in das deutsche Strafgesetzbuch vom Reichstage abgelehnt worden. Aus dieser Ablehnung folgerte man nun zuerst, daß die preussische Strafschrift aufgehoben sei, und das Obertribunal und mit ihm das Kammergericht schloß sich dieser Ansicht an. Später aber, zuerst unseres Wissens 1884, stellte sich das Reichsgericht auf den Standpunkt, daß

die preussische Gesetzbestimmung noch zu Recht bestehe, weil ihre Aufhebung nicht im Gesetz zum Ausdruck gekommen sei und die Ansicht des Reichstages allein Gesetz nicht beseitigen könne, solange nicht auch feststehe, daß der Bundesrat mit seiner Zustimmung zu dem vom Reichstage beschlossenen Strafgesetzbuch in seiner Gesamtheit die Aufhebung des § 270 des preussischen Strafgesetzbuches habe genehmigen wollen. Dieser Ansicht hat sich denn auch von 1893 ab das Kammergericht angeschlossen; so daß die Praxis der höchsten Gerichtshöfe jetzt für die Gültigkeit des § 270 ist, während die strafrechtliche Literatur allerdings geteilter Meinung ist.

**Die Ausdehnung der Unfallversicherung** auf Unfälle, die sich im — bisher nicht versicherten — öffentlichen Dienst ereignen, ist im Reichstage des öfters, besonders von seiten der Sozialdemokratie, gefordert worden. Jetzt werden dazu, wie offiziös verlautet, im Reichsamt des Innern gesetzliche Maßnahmen vorbereitet.

Es handelt sich zunächst darum, staatlichen und kommunalen Polizeibeamten, Grenzbeamten, Zollgeheizen und anderen Beamten, welche durch ihren Dienst besonderen Gefahren ausgesetzt sind, bei den aus solchen Gefahren erwachsenden Unfällen eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Weiter aber werden in die Versicherung einbezogen sein Nichtbeamte, welche zur Unterstützung jener Beamten tätig sind, und überhaupt Personen, welche bei gemeiner Not oder Gefahr, sei es auf polizeiliche Aufforderung, sei es unter Umständen, die ein Eingreifen ohne polizeiliche Aufforderung rechtfertigen, Hilfe leisten. Damit wird namentlich auch einem berechtigten Wunsch der freiwilligen Feuerwehren entsprochen. Die gesetzliche Ausgestaltung der geplanten Versicherung bietet allerdings in mehrfacher Hinsicht erhebliche Schwierigkeiten, in bezug auf die Abgrenzung des Personalkreises der im öffentlichen Dienste Tätigen, die nähere Bestimmung des Gefahrenkreises, den Anlaß des für die Entschädigung maßgebenden Einkommens bei nichtberuflichen Helfern, die Schaffung geeigneter Träger der Versicherung und die Art der Aufbringung der Lasten seitens dieser Träger. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß die in der Sache liegenden Schwierigkeiten in dem in Aussicht genommenen Reichsgesetz eine angemessene Lösung finden werden. Der Landesgesetzgebung würde dabei — ähnlich wie auf dem Gebiete der Fürsorge für Beamte bei Vertriebsunfällen — vorbehalten bleiben, für die Staatsbeamten an Stelle der reichsgesetzlichen Versicherung eine entsprechende Unfallfürsorge einzutreten zu lassen.

**Eine terroristische beherrschende Antirechtspolitik** hat die jüngste Streikbewegung in Zürich zur Folge gehabt. Die besonnene, ruhige Haltung der Arbeiter bewirkte zwar, daß die Regierung ihre ebenso lächerliche wie gefährliche und gefährliche Maßnahme des Militärabgebots zurücknahm. Aber etwas Schlimmeres, weil offenbar auf die Dauer berechneter, ist geblieben: das Verbot des Streikpostens. Nach Mithungen aus Zürich schafft nicht nur das Verbot an sich, sondern auch seine rigorose Handhabung durch die Polizei fortwährend bedrohliche Konflikte, die den Schärffmachern gar nicht unangenehm zu sein scheinen; hoffen sie doch, dann endlich auch in der freien Schweiz Streikbegründungen für ihre Arbeiter durchdrücken zu können. Schon ist es gelungen, den kleinen Speiser und die armenhaften Hungerbauern auf ihre Seite zu ziehen und in der Arbeiterchaft den Feind zu sehen, der bis zur Vernichtung bekämpft werden muß. Damit hat's freilich seine guten Wege. Aber in der Arbeiterchaft steigt von Tag zu Tag die Erbitterung, vor allem gegen die Regierung des angeblich demokratischen Zürich, und läßt in ihr ein bedenkliches Gefühl der Rechts- und Heimatlosigkeit aufkommen.

Es ist gegenwärtig in Zürich umwäldig, einen regulären Streik nach der alten Taktik mit den friedlichsten Mitteln durchzuführen. So wie das Verbot des Postens ausgelegt wird, bedeutet es ein vollständiges Aufheben der Freiheit, die bisher für das Streiken bestand. Und was nun das schlimmste ist, das Verbot des Postens ist nicht nur für einen Ausnahmefall der Stadt gefast, nicht auf eine beschränkte Zeit, sondern für immer. Die Regierung will dem Unternehmertum nicht nur den Sieg in den gegenwärtigen Bewegungen aufhängen, sondern sie hat ihren Beschluß derart gefast, daß er auch für alle kommenden Bewegungen gültig ist, daß er weder in diesem noch in nächsten Jahre rückgängig gemacht wird.

Mehr noch. Er gilt für den ganzen Kanton. Der Staat Zürich legt allen künftigen Bewegungen Schwierigkeiten in den Weg, die ein Solches auf jede moderne Arbeiterbewegung sind.

Die Arbeiterchaft ist natürlich entschlossen, für ihr gutes Recht auch das Auserkiste zu wagen. Vorläufig begnügt sie sich, die Gefährlichkeit des Verbotes auf gerichtlichem Wege anzufechten. Sollte dieses Mittel versagen, so stehen schwere und opferreiche Kämpfe bevor. Die Regierung tut das Ihrige dazu, um den Argwohn der Arbeiterchaft anzufachen. Jetzt hat sie auch den Abbruch des Verbotes eines Demonstrationszuges verweigert, was für die Schweiz mehr als sonderbar anmutet.

Nicht genug mit dem Verbote des Streikpostens. Die Machtsbediensten der Bourgeoisie, die sogenannte „republikanische“ Regierung, geht mit Ausweisungen gegen ausländische Arbeiter vor, die sich durch Beteiligung an der Bewegung bemerkbar gemacht haben. Schon sind dreißig Arbeiter von dieser brutalen Maßnahme betroffen worden. Und alsdann beschließen die „republikanischen“ Ordnungspolitiker auf dem Wege der Initiative ein Gesetz zur völligen Erdrückung des Streikrechts, die Befreiung des Streikpostens mit Geld und Gefängnis nach dem Muster der deutschen Zuchtstrafgesetzbuch vorzulegen zu erreichen.

Man kann sich denken, wie sehr dadurch die Erbitterung der Arbeiter, aber auch ihre Energie und ihr Kampfesmut gesteigert wird.

**Nach Sibirien verbannt** sind die beiden in Deutschland sehr bekannten russischen Genossen Leo Deutsch und Ivan Selphand (Barbus). Drei Jahre sollen die tapferen Kämpfer für die Revolution in einem kleinen Dorfe nicht weit vom Polarkreise zubringen. Deutsch hat schon einmal



16 Jahre in Sibirien geschmachtet; im Jahre 1901 gelang es ihm, seinem Vater zu entfliehen und ein schließendes Asyl in Europa zu erreichen. Als ihn aber die Kunde von der russischen Revolution erreichte, eilte er wieder seinem Vaterlande zu, um für die Freiheit zu kämpfen. Deutsch ist 51 Jahre alt. Barbus war seit etwa zehn Jahren in Deutschland, zuletzt in München, schriftstellerisch tätig. Aus Dresden, wo er als Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ arbeitete, wurde er Ende der 90er Jahre ausgewiesen. Seit Oktober des vorigen Jahres in Petersburg; wurde er in diesem Frühjahr ein Opfer der Gegenrevolution; er wurde in der verhängnisvollen Peter-Paul-Festung interniert, die er jetzt gemeinsam mit Deutsch und anderen Opfern des Antirevolutionärs verlassen hat, um in die Eisfelder Sibiriens zu ziehen. Möge es den tapferen Streikern vergönnt sein, recht bald in die Freiheit zurückzukehren!

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

###### Hansestädte:

**Hamburg** (Bauarbeiterstreik), **Cuxhaven** (Streik);

###### Schleswig-Holstein:

**Barmstedt** (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

###### Mecklenburg:

**Sülze** (Sperre über Holldorf), **Laage** (Sperre über Korff), **Klütz** (Aussperrung), **Wismar** (Sperre über Scharf);

###### Pommern:

**Gollnow** (Sperre über Käster), **Stralsund** (Streik), **Cöslin** (Sperre über H. Schütter), **Demmin**, **Greifswald** (Aussperrungen), **Gützkow** (Sperre über Peters), **Triebensee** (Sperre über Lange), **Lückwitz** (Streik);

###### Ost- und Westpreussen:

**Könitz** (Aussperrung), **Kemel**, **Braunsberg** (Streiks);

###### Schlesien:

**Breslau** (Streik der Plattensetzer), **Görlitz** (Streik),

**Neisse** (Differenzen);

###### Posen:

**Ratibitz** (Sperre über Pustal);

###### Brandenburg:

**Wittenberge** (Aussperrung), **Belzig**, **Dahme i. d. M.**, **Wriezen** (Streiks), **Trebitz** (Sperre über Hamann), **Flästerwalde** (Differenzen), **Strasburg i. d. U.** (Sperre über R. Henschel), **Alt-Carbe** (mehrere Sperren), **Cöpenick** (Sperre über Sulze & Schröder aus Hannover);

###### Provinz Sachsen und Anhalt:

**Ammerdorf** (Sperre über Friedrich und Reichardt), **Gardelegen** (Streik), **Bernburg**, **Zeitz** (Aussperrungen), **Mühlberg a. d. Elbe** (Sperre über Goldschmidt), **Barby** (Zimmererstreik);

###### König. Sachsen:

**Leipzig** für Maurer sind gesperrt die Firmen **Marien & Kunze**, **Bahnhofsbauten**, **Otto Dietze** in Wahren, **Hallesche Strasse**, **F. Bieher** in Leipzig-Gohlis, **Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse**, **Willy, Schöbel** in Stötteritz, **Bau Leipzigerstrasse**, **Müller & Damm** in Leipzig-Gohlis, **Ulanenstrasse**, **M. Steyskal** und **Fichtner** in Möckern, **Sohrstrasse**, **für Rabitzpitzer** die **Gips- und Zementbaugesellschaft**, **Brandelstrasse**, und **Heinrich Walter** in Leipzig-Lindanau, **Warzen** (Sperre über Lehmann in Püchau), **Hirschberg**, **Reichenau**, **Hainichen** (Aussperrungen), **Grossröhrsdorf**, **Reichenbach i. V.**, **Zittau**, **Freiberg**, **Mylau**, **Netzschnack** (Streiks), **Limbach** (mehrere Sperren), **Schneeberg** (Sperre über Bretschneider), **Planen** (Sperre über Mänel), **Penig** (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

###### Hannover, Oldenburg und Lippe:

**Emden**, **Minden** (Zimmererstreiks), **Jork-Estebürgge** (Sperre über den Neubau Headler in Cranx a. d. Elbe), **Nienburg a. d. Weser**, **Aurich**, **Oldenburg** (Streiks), **Uelzen** (Aussperrung), **Brake**, **Harburg**, **Lüneburg** (Bauarbeiterstreiks);

###### Braunschweig:

**Schönlagen** (Aussperrung), **Braunschweig** (Streik);

###### Thüringen:

**Erfurt** (Sperre über Wagner), **Gera** (Sperre über Hirsch), **Gotha**, **Wintersdorf** (Streiks), **Greiz** (Aussperrung), **Sonneberg** (Sperren über P. Schmidt und Brückner), **Ingersleben** (Sperre über Pöhle- mann aus Dietendorf), **Rudolstadt** (Sperre über Fischer), **Gessell** (Streik der Steinboisler);

###### Rheinprovinz:

**Velbert**, **Vohwinkel**, **Ratingen**, **Neunkirchen-Wiebelskirchen-Friedrichstal** (Streiks), **Cöln** (mit Aussperrung bedroht);

###### Westfalen:

**Minden**, **Siegen** [ganzes Siegerland] (Aussperrungen), **Bochum** (Streik der Stukkateure);

###### Bayern:

**Nürnberg-Fürth** (Aussperrung), **Bayreuth**, **Burgfarnbach**, **Landshut**, **Augsburg** (Streiks);

###### Hessen:

**Borsdorf**, **Dillenburg**, **Weilburg** (Streiks), **Heppenheim** (Sperren über Herschel und Held), **Marburg** (Bauarbeiterstreik), **Frankfurt** (Sperren über die Kammbaufirma Hof);

###### Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

**Colmar**, **Hassloch** (Streiks), **Metz** (Sperre), **Schweitzingen** (Sperre über S. Umhey und

**J. Fackel & Co.**, **Freiburg** (Streik in der Zementbranche), **Mandelheim** (Sperre über Fabrik Giulini), **Rheingöhheim** (Sperre über Scherf), **Singen** (Sperren über Schmal und Schweizer), **Landau** (Sperre über Lauer), **Philippburg** (Sperre über Gebr. Gillier);

###### Württemberg:

**Tübingen** (Streik), **Stuttgart** (Gipserstreik);

###### Fliesenleger:

**Nürnberg** (Sperre über Ayerle), **Breslau** (Differenzen), **Wanne** (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert);

###### Oesterreich:

**Pilsen**, **Wien** i. Böhmen, **Leibnitz** i. Steiermark (Streiks);

###### Schweiz:

**Zürich**, **Lausanne**, **Neuchâtel**, **Kreuzlingen** (Streiks);

###### Sau Hamburg:

In **Helgen** hat am 17. August auf Veranlassung des Herrn Senats eine Besprechung zwischen den Unternehmern und den Streikleitungen der Maurer und Zimmerer stattgefunden. Von den Unternehmern waren die Herren **J. Behne**, **H. Goldschmidt** und **Bohmann** erschienen. Außer den Mitgliedern der beiden Streikleitungen der Maurer und Zimmerer nahmen die Gauvorsitzenden **August Wichmann-Gamhaber** und **Hugo Kober-Hamburg** an der Besprechung teil. Die Verhandlungen dauerten mehrere Stunden. Während dieser Zeit bemühten sich die Unternehmern, dem Herrn Senator die Lage der Maurer und Zimmerer als die denkbar günstigste zu schildern. Es wurde von den vielen Sparmaßnahmen, den festen Schwestern im Stalle, den eigenen Häusern und von dem Landbesitz der Arbeiter geredet; dies alles ließ sich bei 4. 3 bis 3.50 durchschnittlichen Tagesverdienst beschaffen. Nur die Lage der Unternehmern sei eine bedauerliche. Bei den hohen Zinsen müßte fortwährend Geld zugefikt werden. Auch die Landwirte als Bauherren könnten die wachsenden Mehransgaben für die hohen Löhne nicht tragen, und in Mitleid mit dieser beiden leidenden Kategorien unter der Bevölkerung — die Unternehmern im Baugewerbe und die Agrarier — müßten die gut gestellten Maurer und Zimmerer auf eine Lohnerhöhung verzichten. Diese Forderung wollte selbst dem Herrn Senator nicht einleuchten, sondern er war der Meinung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Lohnerhöhung für die Arbeiter bedingten und daß die Unternehmer und Bauherren sehr wohl die Mehrbelastung tragen könnten, um so mehr, da die Arbeiter beschleunigter ihre Forderung ursprünglich für das nächste Jahr erst gestellt hätten, somit die Unternehmern ihre Kalkulation danach einrichten könnten. Die Unternehmern waren zu nichts zu bewegen, und als ihnen von den Arbeitern der Standpunkt darüber klar gemacht wurde, daß es mit der Bedürftigkeit der Herren nicht weiter her sei, daß gerade sie es verstanden hätten, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum sich zu einer jeher angenehmen Lebensweise aufzuschwingen, die Arbeiter aber bei schwerer und mühsamer Arbeit in und außer dem Beruf — am Bau und in dem notwendigen landwirtschaftlichen Nebenbetriebe — kaum soviel aufbringen könnten, wie zum täglichen Leben notwendig sei, nahmen die Unternehmern die Maßse herunter und erklärten nach berühmten Mustern: sie könnten es wohl, wollten aber den Arbeitern nicht mehr Lohn für dieses Jahr zahlen. Namentlich der Zimmermeister **Bohmann**, der sich schon gleich zu Anfang der Besprechung dem Gausleiter gegenüber sehr rüppig benahm, glaubte damit imponieren zu können, wenn er seinen Herrenstandpunkt so prolog wie möglich herauskiesere. Auch gefiel er sich außerordentlich darin, die erbitterten und zurechtgeredeten „offen Kamellen“, die auf dem Bezirkstage der Arbeitgeber in Lebrte acht Tage früher verpackt wurden, um die anwesenden Delegierten der Unternehmern scharf zu machen — als seine eigene Weisheit aufzuweisen. Endlich, am Schluß der Verhandlung, boten die Unternehmern für das nächste Jahr 45 A pro Stunde statt 43 A, unter der Bedingung, wenn für dieses Jahr die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen würde. Eine am 19. August abgehaltene gemeinschaftliche Versammlung der Maurer und Zimmerer lehnte eine solche Zummung des Arbeitgeberverbandes rundweg ab und beauftragte die Streikleitungen, die Verhandlung unter der Voraussetzung weiterzuführen, daß die Unternehmern ein annehmbares Angebot machen.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes in **Lüneburg** hatte die Vertreter der Arbeiter zum Sonnabend, 18. August, nach Lindemanns Restaurant eingeladen, um über die Befriedigung der Lohnbedingung zu verhandeln. Die beiden Gauvorsitzenden **G. Gräning** für die Bauarbeiter und **Hugo Kober** für die Maurer, die mit erschienen waren, um an der Verhandlung teilzunehmen, wurden nicht zugelassen. Ferner bestand der Vorstand des Arbeitgeberverbandes darauf, nicht gemeinsam mit den Maurern und Bauarbeitern zu verhandeln, sondern einer nach dem anderen, zunächst mit den Maurern. Es wurde dann den Maurern die große Volkschaft zu teil, daß sie eine Lohnzulage nicht zu erwarten hätten, sondern der Arbeitgeberverband hätte beschließen, die Arbeit müßte bedingungslos wieder aufgenommen werden. Herr **Kober**, Maurermeister, gab als Vorsitzender den alten Traktat zum besten, der ihm am 12. und 13. August als Delegierter auf dem Bezirkstag des Arbeitgeberverbandes in Lebrte eingetragen worden war. Auf irgend welche sachliche Auseinandersetzung ließ der Herr sich wenig oder gar nicht ein. Gegen die eingehenden und zurechtfindenden Begründungen der Arbeiter, warum die Löhne aufgehoben werden müßten, wußte der Herr nichts zu erwidern, immer wieder verjagte er sich hinter dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes und wiederholte fast wörtlich die Aussagen, die man ihm in Lebrte angehört habe. Unsere Kollegen lehnten am Sonntag, den 19. August, die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit mit Entrüstung ab.

Maurer werden gesucht von dem Maurermeister **Krogmann** in **Dübenstedt**.

**Gau Hannover.** Jetzt ist schon der dritte Transport galizischer „Maukaiser“ in Braunschweig angekommen. Die Streikbrecherquelle scheint schier unerschöpflich zu sein. Die letzte Truppe war um 40 Mann stark, davon die Hälfte Dachbeder. Es gelang uns, sofort 15 davon Arbeit nach außerhalb anzuweisen. Die galizischen Maurer werden, trotzdem sich die Unternehmern mit Geld und Füßen dagegen sträuben,

untergebracht. Der Unternehmer **Muante** hat die erste ihm zugewiesene Kolonne ziemlich unzufrieden auf die Luft gesetzt, beim nächsten Transport wurden aber der Firma ohne weiteres wieder rund 15 Mann zugeführt. Der Streikbrecher **Reumann** aus Brunn ist unerträglich. Damit sein Verdienst nicht geschmälert wird, liefert er die bestellten Steine, mühen auch die Braunschweiger Unternehmer Gift und Galle spenden. Die Streikbrecher fühlen sich unter solchen Verhältnissen höchst ungemütlich. Täglich melden sich welche in unserem Bureau, um wieder in ihre Heimat zurückgeschickt zu werden. Dazu haben wir jedoch keine Veranlassung. Dagegen bietet sich öfter die Gelegenheit, die Galizier ohne Unkosten zum Ausführen von Erdbarbeiten nach außerhalb zu verschicken. Rund 40 von diesen Leuten haben schon Gebrauch davon gemacht.

Der **S a u r g** meldeten wir kürzlich, daß die Kollegen, nachdem sie einen von den Unternehmern vorgelegten Beweis, der besagte, daß sie keiner Organisation beitreten wollten, zurückgewiesen hatten, mit rund 100 Mann in unseren Verband eintraten. Zur „Befreiung“ dafür ist ihnen 1 A pro Stunde ausgelegt, so daß jeder der Stundelohn 88 A beträgt. Die Unternehmern glaubten freilich, daß die Kollegen jetzt der Organisation treu wären; das Gegenteil ist eingetreten.

In **Schöningen** ist ein zweiter Trupp Galizier — 15 Mann — eingetroffen. Der Bürgermeister leitete in höchst eigener Person den Empfang. Der Unternehmer **Meyer jun.**, der schon längere Zeit mit zehn Galiziern „beglückt“ ist, hat nicht eher Ruhe gelassen, bis die anderen beiden Unternehmern auch ihr Teil hatten. Meyer denkt: Jede ist läß. Die Aussperrung dauert unverändert fort.

**Gau Dortmund.** In **Bochum** streiken bereits seit acht Wochen die Stukkateure. Ein Ende des Kampfes ist voraussichtlich in den nächsten Wochen noch nicht zu erwarten. Gefordert werden 70 A bei neunzehnhalfstündiger Arbeitszeit. Ueber die Lohnfrage wäre schon längst eine Einigung erzielt; nur von einer Vertüfung der Arbeitszeit wollen die Stukkateure nichts wissen. Der Arbeitgeberverband gestattete es nicht, daß die Arbeitszeit unter zehn Stunden heruntergesetzt wird; weil in Essen, Dortmund und sonst noch die zehnstündige Arbeitszeit bis 1903 vorgegeben ist — darf sie auch in Bochum nicht früher verkürzt werden. Also lediglich hierum dreht sich dieser Lohnkampf. Er ist deshalb von Bedeutung für das ganze rheinisch-westfälische Lohngebiet. Deshalb erlauben wir alle Fassadenputzer, bis zum Abschluß des Kampfes Bochum zu meiden.

**Gau Elbn.** Der Streik der Zementierer in **Düsseldorf** wurde nach sechswohiger Dauer mit vollem Erfolg beendet, nachdem die Westfälische Dfz eingestiegen hatte, daß sie nur dann geordnete Verhältnisse in ihrem Geschäft haben würde, wenn sie sich mit den Arbeitern einigte. Da in der Betonbranche einige kleine Unternehmer vorhanden sind, die in den Privatbauten nur Kellergründböden und sonstige kleine Arbeiten machen, ferner auch ein großer Prozentsatz ungarische Arbeiter beschäftigt wird, so wird die Innehaltung des Vertrages noch manche Schwierigkeiten bereiten.

Der Streik in **Nattingen** dauert nun bereits fünf Wochen, und noch immer sind die drei letzten Unternehmern nicht bereit, irgendwie Zugeständnisse zu machen. Unterhandlungen schickerten an der Sarnständigkeit der Unternehmern; besonders war es **Schlöffer**, der allerdings einige von seinen Getreuen als Streikbrecher befehlen hat. Da wir aber von Zugung versichert geblieben sind, so dürfte bald eine Wendung zu unseren Gunsten eintreten.

Zur Beratung der „Generalaussperrung“ im **Söln**er Baugewerbe hielt der dortige Arbeitgeberverband für das Baugewerbe am letzten Freitag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende **Thiemann** bemerkte bei Eröffnung der Versammlung, daß diese auf Antrag der freien Vereinigung der Arbeitgeber des Dachbeder- und Baulempnerverbandes einberufen worden sei. Diese Vereinigung hat auf Grund des § 14 des Statuts des Arbeitgeberverbandes die Abhaltung der Generalversammlung beantragt, um für die Dachbedermeister den Schutz zu erhöhen, der ihnen ausdrücklich zugesagt worden sei. Die Vereinigung sei dem Arbeitgeberverband beigetreten. Der letztere sei es gewesen, der die Entlassung der Frankfurter Gesellen und schließlich die Aussperrung aller Gesellen veranlaßt bzw. befürwortet habe, indem weitgehende Unterstützung zugesichert worden sei. Nun sei man bereits vier Wochen ohne Gesellen. Ueber 300 Dachbedergesellen seien auswärts am arbeiten, und die hiesigen sprächen von der Gründung von Arbeitsgenossenschaften. Der dem Arbeitgeberverband im Baugewerbe angeschlossene Baugewerksverein (freie Innung) habe die Generalaussperrung aller Bauarbeiter beschließen für den Fall, daß nicht bis zu einem bestimmten Tage in allen in Betracht kommenden Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden sei; die Achtzehnerkommission habe vorher noch einmal verführend wirken sollen, und als bei dieser Gelegenheit eine Kategorie der Arbeiter, die Kanalarbeiter, sich einigten, habe man die Dachbeder und Glasermeister fallen lassen und die Generalaussperrung verschoben. Das entscheidende Wort habe doch jedenfalls der Deutsche Arbeitgeberverband, nicht der Baugewerksverein zu sprechen. Wenn es heute nicht zu einem Beschluß über die Generalaussperrung komme, sei man geradezu dem Gespött der Gesellen ausgeliefert. Der Vorsitzende erwiderte, daß der Deutsche Arbeitgeberverband gewiß für die Unterstützung der angeschlossenen Korporationen voll und ganz eintrete. Erst neuerdings seien 19 Gesellen um Stunden der Arbeiten abgegangen, die auch von den Behörden berücksichtigt wurden. Herr **Forstmann** von der freien Vereinigung der Glasermeister schloß wieder darauf hin, daß der Glaserstreik noch weiter bestesse. Es seien nur etwa zehn Arbeitswillige vorhanden, die aber schwer bedrängt (?) würden, denn mit Messer und Pistolen (??) gehe man auf die Arbeitswilligen los. Erst habe man geglaubt, den Kampf allein ausführen zu können, heute aber rufe man den Schutz des Deutschen Arbeitgeberverbandes an.

Es wurden von mehreren Rednern Anträge auf Verhängung der Generalaussperrung im Baugewerbe gestellt. Von den Vertretern des Dachbederverbandes der Schreinermeister wurde hervorgehoben, daß sie bereits in diesem Jahre einen hartnäckigen Kampf allein ausgefochten hätten; sie wollten wenigstens in einer Generalversammlung Stellung zur Frage der Generalaussperrung nehmen. Der Antrag der Dachbederkorporation: für Mittwoch, den 22. August,



die Generalausperrung im Baugewerbe zu proklamieren, wenn bis Dienstag, den 21. August, die Differenzen im Baugewerbe nicht beseitigt sind, wurde mit 47 gegen 68 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag des Vorsitzenden der Glasermeistervereinigung, Wittwold, den 22. August, eine neue Generalversammlung einzuberufen, mit dem einzigen Punkte der Tagesordnung: Abstimmung über die Generalausperrung im Baugewerbe, angenommen.

Die Bauparlamentarier haben in ihrem siebenwöchigen Kampf mit dem Unternehmertum einen glänzenden Sieg davon getragen. Der Kampf wurde mit größter Engherzigkeit auf beiden Seiten geführt. Der Beigeordnete Forst-Elsfeld hatte schon in der vierten Woche eine Einigung der Parteien versucht. Die damaligen Verhandlungen scheiterten an dem Widerstand der Unternehmer. In der siebten Woche wurde vom Beigeordneten Forst-Elsfeld und Beigeordneten Köstgen-Barmen erneut ein Einigungsversuch unternommen, und zwar diesmal mit Erfolg. Wittwold, den 15. August, fanden im Rathaus zu Elfeld die oben erwähnten Verhandlungen statt. Der Parteivorsitzende Stadtorbener-Stümmel-Barmen und Stadtorbener-Stümmel-Barmen waren zu diesen Verhandlungen hinzugezogen. Die Unternehmer hatten sich den bekannten Direktor Schmidt-Haus-Engen und einen Unternehmer-Mitglied, Dörsch, die in beratenden Fragen „routiniert“ sind, mitgebracht. Der Vergleich kam auf folgenden Grundlage zu Stande: Der Stundenlohn beträgt sofort 58 A, ab 1. April 67 A bei neunzehnstündiger Arbeitszeit (bisher zehn Stunden). Samstag eine Stunde früher Feierabend, wird abgezogen. Kanalarbeiter erhalten 65 A, vom 1. Januar 1907 68 A, vom 1. April 70 A bei neunzehnstündiger Arbeitszeit. Hilfsarbeiter erhalten 3 A pro Stunde mehr als Hochbauarbeiter, bei gleicher Arbeitszeit. Überstunden werden mit 10 A, Nacharbeit mit 50 pSt., Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit mit 100 pSt. Zuschlag bezahlt. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug vor dem Streik 49 A für Hochbauarbeiter. Der Vertrag dauert bis zum 1. April 1908. Im allgemeinen können wir mit diesem Erfolge zufrieden sein, was aber nicht belagert soll, daß er nicht besser sein dürfte. So, wie sich von einer auskömmlichen Lebenshaltung wohl sehr weit entfernt. Deshalb muß auf dieser geschaffenen Grundlage weiter gebaut werden. Nichts muß die Mauerwerkschaft an der Erhaltung ihrer Organisation arbeiten und sich in den Dienst des Klassenbewußtseins proletariats stellen, hinarbeiten zu den hohen Zielen des Sozialismus. Darum sei die Parole: Immer vorwärts, immer laßt!

**Sau Mannheim.** Der Streik in Metz ist erfolgreich beendet. Außer dem Sieg über die Unternehmer hat er uns auch einen erheblichen Mitgliederzuwachs gebracht. Als wir am 15. März d. J. die Forderungen einreichten, zählte der Zweigverein 68 zahlende Mitglieder, von über Tausend hier beschäftigten Maurern. Die Unternehmer hielten es nicht für nötig, auf unsere Forderungen Antwort zu geben, und da auch die Bautätigkeit nicht allzuweit war, so mußten wir diese Nichtachtung der Unternehmer stillschweigend hinnehmen. Um so ruhiger wurde aber an dem Ausbau der Organisation gearbeitet. Ende des 1. Quartals war die Mitgliederzahl schon auf nahezu 400 gestiegen. Nachdem die Bautätigkeit im Laufe des 2. Quartals besser geworden war, beschloßen zwei Versammlungen am 29. Juli, die Forderung aus neue einzurufen und auf den 8. August Antwort zu verlangen. Jetzt trafen die Unternehmer zwar mit uns in schriftlichen Verkehr, jedoch nur, um die ganze Sache zu verschleiern. In ihrem ersten Schreiben verlangten sie, mit fünf Meßer Maurern, die den schriftlichen Nachweis bringen sollten, daß sie bei Meßer-Unternehmern beschäftigt seien, zu verhandeln. Als wir darauf nicht eingingen, wollten sie Vertreter des „Fachvereins“ (der, nebenbei bemerkt, aus 41 Männern besteht) hinzuziehen lassen. Unsere Kollegen lehnten diese Zimmungen in einer am 6. August von nahezu 800 Maurern beschlossenen Versammlung ab und beschloßen einstimmig den Streik. Die Arbeitsniederlegung war einstimmig. Jetzt erst zeigte die in diesem Jahre betriebene Agitation ihre Früchte; denn trotzdem wir es in Metz mit drei Nationen, Deutsche, Franzosen und Italiener, zu tun haben und jetzt über 1000 Maurer hier beschäftigt waren, arbeitete Montag, den 6. August, kein Mann; auch im Laufe der Woche gelang es den Unternehmern nur mit großer Mühe, 21 Streikbrecher heranzuziehen. Von diesen Elementen waren elf Deutsche, sechs Italiener und vier Franzosen. Dienstag, den 7. August, fanden Verhandlungen statt, die sich aber an der Starckhaftigkeit einiger Herren Zimmungsmeister zerschlugen. Doch bereits am anderen Tage bewilligten verschiedene größere Firmen, die außerhalb der Zimnung standen, und auch einige Zimnungsmitglieder. Sobald wir aber eine Beside gelegt hatten, ging es mit Sturm vorwärts. Bis Dienstag Abend, den 14. August, hatten sämtliche Unternehmer bewilligt, so daß der Streik als beendet erklärt werden konnte.

Vor dem Streik hatten wir in Metz traurige Zustände; der Durchschnittslohn betrug 41 A bei elf und zwölfsündiger Arbeitszeit. Auch war bei den meisten Unternehmern nur alle Monat Lohnzahlung. Durch den Streik wurden erreicht: 1. die zehnstündige Arbeitszeit; 2. höhere Überstunden nur in dringenden Fällen gemacht werden; 3. für 1906 ein Stundenlohn von 48 A, für 1907 (vom 1. April an) 52 A; 4. vierzehntägige Lohnzahlung und in den Zwischenräumen Abschlag bis zu 80 pSt., für dringende Überstunden 25 pSt., Nacharbeit 50 pSt., Sonntagsarbeit 100 pSt., Wasserarbeit 25 pSt. Zulage; 5. die Arbeiten dürfen nur im Stundenlohn ausgeführt werden; 6. Kündigung findet gegenseitig statt. Die Arbeitsbedingungen wurden tariflich festgelegt und gelten bis zum 31. Januar 1908. Die Mitgliederzahl stieg von 65 im März bis jetzt über Tausend. Wenn die Kollegen fest und treu zur Organisation stehen, so werden sie nicht nur das Erzeugnis festhalten können, sondern nach Ablauf des Jahres wird es gelingen, die Lage der Maurer in Metz abermals wesentlich zu verbessern. Noch die Organisation!

**Sau Stuttgart.** In Lößlingen ist eine Wenigung eingetreten. Zwei Firmen, Brack & Döhl und G. Dannemann (letzterer selber zweifacher Vorsitzender der Unternehmerorganisation), haben sich auf Grundlage des Neulinger Vertrages mit den Streikenden geeinigt. Der Lohn beträgt 40 A, vom 16. März 1907 an 42 A. Bei den übrigen meist unbedeutenden Firmen wird weiter gestreikt. Eine am 17. August stattgefundene Einigungs-Verhandlung scheiterte. Schuld daran war der Vertreter des Arbeitgeberbundes, Architekt Paul Marx aus Stuttgart. Er schämte sich nicht, für „tätige“ Maurer einen Lohn von 88 A anzubieten. Bezug ist fernzuhalten.

In Stuttgart haben bis jetzt 30 Glaspergeschäfte den Vertrag anerkannt. Etwa 250 Gläser, Mitglieder unserer Verbandes, arbeiten zu den neuen Bedingungen. Die in der Fremde arbeitenden Stuttgarter Gläser werden dringend gebeten, dort, wo sie sind, so lange zu bleiben, bis auch die hartnäckigen Glaspermeister unsere Forderungen anerkannt haben.

**Sau München.** In Augsburg hat sich die Situation nicht gebessert, nachdem es gelungen ist, eine Anzahl von Streikbrechern über ihr schändliches Treiben aufzuklären und sie zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Neue Streikbrecher haben sich nicht gefunden. Die Unternehmer spielen immer noch den wilden Mann, trotzdem ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt. Sie werden daran glauben müssen, daß die Maurer nicht eher an die Arbeit zurückkehren, bis der Übermut der Unternehmer gebrochen ist.

In Landshut hat sich während der letzten Tage die Situation nicht geändert. Verschiedene Unternehmer haben sich dahin geäußert, daß sie recht gern bewilligen würden, wenn nicht Wagner und Gormeau, die beiden Oberbauführer, im Gemeindefiskus liegen würden. Diese beiden Herren Deputats würden dafür sorgen, daß Firmen, die den Tarif unterzeichnen, keine schädliche Arbeit erhalten würden. Hoffentlich sorgt bei der nächsten Gemeindeversammlung der Landshuter Arbeiter dafür, daß Vertreter gewählt werden, die ihre eigenen Interessen dem Wohle der Allgemeinheit unterordnen. Aber auch diese terroristische Haltung der Herren Wagner und Gormeau wird nichts helfen. Die Kollegen werden im Kampfe aushalten, bis der Sieg errungen ist.

In Paderborn kam es am 18. August zu einem Tarifabschluß, wonit unsere Kollegen recht wohl zufrieden sein können. Der Lohn betrug vorher durchschnittlich 27 A pro Stunde. Durch den Tarif ist nun der Stundenlohn auf 33 A festgesetzt. Ohne Organisation würden die Paderborner Kollegen wohl in zehn Jahren diesen Lohnsatz noch nicht erreicht haben. Ein Unternehmer erklärte nach der Unterhandlung offenherzig, daß er gar nichts bewilligt hätte, wenn er nicht dazu gezwungen gewesen wäre. Zu der Unterhandlung war an Stelle des leider verstorbenen Bezirksamtmanns der Assessor Köppl erschienen. Würden Kellermeier und Weber aus München an seiner Stelle gestanden haben, sie hätten die Geschäfte der Unternehmer nicht besser besorgen können, als dies vom Assessor Köppl als „Unparteiischer“ geschehen ist. Bürgermeister v. Dufsch dagegen verhielt sich vollkommen neutral, und es kam auf Grund seines Vorschlages auch eine Einigung zu Stande. Nach einer Lohnsteigerung von 7 A pro Stunde enthält der Tarif verschiedene Bestimmungen, die einen ganz bedeutenden Fortschritt für die Maurer bedeuten. Die Kollegen werden durch eifrigen Ausnahm unserer Organisation dafür sorgen, daß das Erzeugnis auch festgehalten wird. — Der Unternehmer Nagler, der sich erst recht tragbächtig zeigte und sich durch Schimpfen auf die Kommismissionsmitglieder von der Anerkennung des Tarifs zu befreien suchte, hat sich nach einträglicher Sperre beruhigt.

**Sau Nürnberg.** In Bayreuth dauert der Streik in der gleichen Weise fort.

In Nürnberg führt sich der Kampf in verschärfter Weise weiter. Die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, um den auswärts „Arbeitswilligen“ zu bekommen, aber alle Mühe und Kosten waren bisher umsonst, und dies wird auch noch fernher so bleiben. Um so mehr sind die Unternehmer darauf bedacht, die wenigen Streikbrecher dem polizeilichen Schutz zu unterstellen, und die Polizei tut auch ihr Möglichstes, um diese staatsfeindlichen Elemente in ihrem Treiben zu unterstützen. Eine Reihe Kollegen hat bereits leiblich wegen Streikpostens Strafanstände bis zu 14 Tagen Gefängnis erhalten. Durch das all zu scharfe Vorgehen der Polizei gegen die Streikposten ist es auch schon zu größeren Menschenansammlungen gekommen, die sonst aber ohne jeden bedeutenden Zwischenfall verlaufen. In seiner Notlosigkeit hat sich der Mittelfränkische Arbeitgeberverband auch an die verschiedenen Ministerien sowie an die Abgeordnetenkammer mit einer Petition gewandt, in der sie Schutz für die „Arbeitswilligen“ und für den Arbeitgeber des Baugewerbes, Verlängerung der Befristung der staatlichen Bauten für die Dauer des Streiks resp. Aussperrung verlangen; ferner wird gewünscht, daß die arbeitswilligen Enturlaubten im gewählten Urlaub zu Gunsten der Unternehmer belassen und ein Verbot des Streikpostens gegeben wird. Man könnte fast zu der Ansicht kommen, daß die Unternehmer bereits auf dem letzten Wege stehen, denn aus dieser Eingabe geht hervor, daß die Herren Baumeister, die erst den Mund recht hoch nehmen, sich allein nicht mehr helfen können. Ob aber die bayerische Regierung die gewünschte Hilfe bringen wird oder bringen kann, erscheint mehr als fraglich. Daß in dieser Petition ein ganzer Haufen voll Verleumdungen und Unwahrheiten über die ausgesperrten ausgesprochen wird, braucht wohl nicht näher bargelegt zu werden; denn im Verberben und Lügen sind die Herren vom „Mittelfränkischen“ nicht klein. Die Zahl der Streikbrecher ist in der letzten Woche etwas kleiner geworden, und einige Unternehmer haben unsere Forderung aus neue bewilligt und versprochen, ihre Zulage nunmehr halten zu wollen.

Die Herren vom „Mittelfränkischen“, jetzt „Nordbayerischen Bauarbeiterverband“ (sichem auch in den übrigen Orten eine Bewegung heraufzubringen zu wollen, denn, wie es scheint, hat man an vielen Orten, wo organisierte Unternehmer wohnen, von diesen nicht nur gefordert, die Arbeiter aus Nürnberg und Paderborn einzustellen, sondern auch die in letzterem Stellung sich befindenden Kollegen zu entlassen oder sonst Maßnahmen zu treffen, damit die betreffenden Kollegen ihre Entlassung selbst nehmen. So wurde z. B. in Bamberg der Vorsitzende des Zweigvereins indirekt aufgefordert, selbst zu gehen; in Ansbach wurde der Vorsitzende nach den Angaben seines Unternehmers auf Veranlassung der Unternehmerorganisation entlassen; in Regensburg a. d. E. hat man dem Köstler 5 A pro Stunde vom Lohn abgezogen, damit er seine Entlassung nehmen soll. Ferner hat in Bamberg der Unternehmer Müller drei aus Nürnberg abgereisten Enturlaubten schriftlich bestätigt, daß er sie nur auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes entlassen habe. Wir möchten den Herrn rufen, nicht all zu schamlos vorzugehen, denn all zu schamlos macht bekanntlich schamig. Aber auch unsere Kollegen im ganzen nördlichen Bayern möchten wir auf das Treiben der Scharfmacher aufmerksam machen, damit

uns ein großer Kampf nicht unvorbereitet trifft. Denn das dürfte wohl als eine festsitzende Tatsache angenommen werden, daß ein Sieg gegen unsere Organisation geplant ist.

**Sau Erfurt.** In Göttingen b. Blaue haben im Steinbruch der Firma D. B. Wölger in Berlin 50 Steinbrecher und Dolmetscher am 8. August die Arbeit eingestellt. Der Grund ist Verweigerung des geforderten Lohnes von 45 A pro Stunde. Bisher wurden durchschnittlich 37 A gezahlt. Zwei Mann sind stehen geblieben und stehen Maurer, die als Steinhauer beschäftigt waren, sind nun in die Erde eingesprungen und fallen ihren Kollegen in den Rücken. Unter diesen „nützlichen“ Elementen befindet sich auch der bis vor kurzem amtierende Vorsitzende vom Zweigverein Wölger, Leopold Kallapp. Sein Ausschluss aus dem Verband erfolgte natürlich sofort. Da die Firma fast 30 Steinhauer beschäftigt und ein Vorrat von hundertsteinen nicht da war, so wäre der Kampf sicher schon zu Gunsten der Kollegen entschieden, wenn die sieben Mann nicht Mauerfreibriefe leisteten. Abgelehnt sind 15 und in andere Arbeit gebracht sieben Mann, so daß sich noch 28 im Kampf befinden. Sollte die Firma nicht nachgeben, so wird auch diese Zahl noch verringert werden.

**Sau Dresden.** Eine öffentliche Mauererversammlung in Meisse, die von fast sämtlichen am Orte beschäftigten Kollegen besucht war, befaßte sich mit der Lohnbewegung. Unser Vorsitzender Möller besprach noch einmal die Antwort der Unternehmer auf die im Herbst gestellten Forderungen. Die gemachten Zugeständnisse sind in diesem Frühjahr von allen Kollegen als ungenügend zurückgewiesen worden, der schlechten Konjunktur wegen konnte aber gegen die Unternehmer nicht vorgegangen werden. Jetzt, wo sich die Bautätigkeit gebogen hat, ist die Zeit gekommen, mit den Unternehmern ein ernstes Wort zu reden. Die Diskussion war recht lebhaft. Sämtliche Redner verlangten schnelles Handeln. Am liebsten hätten sie die Arbeit sofort niedergelegt. Auch wurden Stimmen laut, daß die Forderungen zu niedrig seien. Möller ermahnte, nicht übereilt zu handeln. Eine Woche müsse man den Unternehmern Zeit lassen; während dieser Zeit könnten Unterhandlungen stattfinden. Auch die nötigen Vorarbeiten seien zu treffen. Gefordert wird: 38 A Stundenlohn, zehnstündige Arbeitszeit, für Überstunden 10 A Zuschlag und einige Verbesserungen in familiärer Hinsicht. Möller erinnerte noch einmal an den Ernst der Sache und mahnte zur Einheit der drei Organisationen. Es sei ein doppelter Verrat, wenn es Kollegen gebe, die heute bei der Abstimmung die Hände hochgehalten und nachher den Unternehmern Streikfreibriefe anbieten; dies sei die gemeinste Handlung, die ein Arbeiter begehen könne. Er hoffe, daß keiner dem anderen das Wort vom Lüge stehle. Mit einem brausenenden Hoch auf die Lohnbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

**Sau Düsseldorf.** In Aachen wurde durch den dortigen Amtsrath eine Einigung herbeizuführen versucht. Dienstag, den 7. August, fand dann eine Unterhandlung statt, an der auch der Gauleiter teilnahm. Nach vierstündiger Sitzung ward dann zwischen den Anwesenden folgendes vereinbart, vorbehaltlich des Beschlusses der streikenden Kollegen: Es tritt sofort eine Lohnsteigerung von 36 auf 38 A pro Stunde für Stadtarbeit ein. Für Landarbeit, wo ausgenommen wird, beträgt der Stundenlohn 39 A. Vom 1. April 1907 an steigt der Lohn für Stadtarbeit auf 39 A, für Landarbeit auf 40 A pro Stunde. Vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 soll für Stadtarbeit 40 A und für Landarbeit 42 A pro Stunde bezahlt werden, jedoch mit dem Vorbehalt, daß bis zum 31. Dezember 1907 eine Kündigung des Vertrages für 1908 erfolgen kann. Diese Vereinbarungen wurden, wie bereits mitgeteilt, Sonnabend, den 11. August, mit 41 gegen 14 Stimmen angenommen.

Zur Aussperrung in Lößlingen ist zu berichten, daß nunmehr am 6. August ein neuer Arbeitsvertrag von den Unternehmern ausgearbeitet und den Aussperrten überreicht worden ist. Wenn man bedenkt, daß bereits am 9. Juli die Unterhandlung war, so ist das eine recht lange Zeit zur Niederschreibung eines Vertrages. Wer nun aber glaubt, daß der neue Vertrag besondere Geistesprodukte der Unternehmer enthält, der irrt sich. Er enthält in der Hauptsache daselbe, was die Unternehmer im April geboten hatten. Die Annahme dieses Vertrages ist dann auch einstimmig abgelehnt worden. Ob die Unternehmer nun weitere Zugeständnisse machen werden, müssen wir abwarten. Es hat den Anschein, als wenn wir uns darauf einrichten müssen, den Kampf noch im nächsten Jahre fortzusetzen. Da nur zwei streikende Kollegen am Orte sind und alle übrigen auch für den Winter lohnende Beschäftigung gefunden haben, dürfte es um so leichter sein, wenn es sein muß, diesen Kampf noch weiter zu führen.

Die Sperren über die Unternehmer Korff in Laage, Solbors in Sälge und Scharff in Bismarck dauern ununterbrochen fort. Regieren soll es gelungen sein, für den Schlossbau in Menden 10 bis 12 Italiener zu angeln. Ebenfalls soll der Unternehmer Eggert seinem bebrängten Kollegen zu Hilfe gekommen sein, da er selbst recht wenig Arbeit hat. Bei Eggert sind auch nur Streikbrecher vom Anno 1901 beschäftigt, die ansehnlich ihre schmutzige Handlungsweise auch hier fortsetzen. Der Bezug nach den gesperrten Geschäften ist auch für die Zukunft fernzuhalten.

#### Rusland.

**Aus der Schweiz.** In Lausanne steht die Weisheit die Schlichtung der Streikenden zwar fort, zur Abwechslung hat sie aber die Unternehmer und auch die Arbeiter aufgefordert, das Schiedsgericht anzurufen, mit der Begründung, daß der Maurerstreik auf den ganzen Kanton schädlich wirde. Die Maurer lehnten das Schiedsgericht ab; sie sind der Meinung, daß sie sich nach einer elendschönen Dauer des Streiks nichts mehr abhandeln lassen können, um so weniger, als man annehmen kann, daß die Baumeister betreffs des Schiedsgerichts der treibende Teil sind, um sich so von der direkten Verhandlung mit der Organisation zu drücken. Vor einer Woche noch sollten die Maurer im ganzen Kanton ausgesperrt werden, aber der Baumeisterorganisation geht es nicht besser als uns, sie hat auch kein Geld zu solchen Extralöhnen, und zu einer Aussperrung ohne Unterstützung des Verbandes, dazu haben die Herren keine Lust. Im Streikbrechern ist großer Mangel. Wenn die Streikenden Erzeugnisse oder „Armale“ machen würden, so könnte man sich, wie in Zürich, mit Militäraufgebot und Streikpostenverbot zum Siege verhelfen, aber „leider“, alles Schillieren ist umsonst; die Streikenden werden künftighin, bis die Herren nachgeben, und sie müssen nachgeben, der Sieg gehört den Maurern.











...indem die Arbeiter sich bei Lohnkämpfen gegenseitig in den Rücken fallen, den Unternehmern Streikbrecher zur Verfügung stellen und die eigenen Klassengenossen der bürgerlichen Justiz in die Hände liefern. Solchem Organisationswettbewerb gegenüber hat das Unternehmertum ein leichtes Spiel. Nur dort, wo die Arbeiterschaft ohne Unterschied der religiösen oder politischen Überzeugung geschlossen vorgeht, ist ihr Widerstand erfolgreich. Auch die öffentliche Meinung wird den Arbeitern nur dann helfend zur Seite stehen, wenn sie einig sind, wie das Beispiel des Ruhrkohlenkampfes beweist. Erschwerung der

...auf der Hut zu sein und sich auf größere Kämpfe gefaßt zu machen; denn hinter diesen Kriegsvoorbereitungen der Scharfmacher steht die unverkennbare Absicht, die Organisation der Arbeiter und damit jeden Widerstand der Letzteren zu brechen. Heute ist diese Absicht vielleicht noch ein wenig frommer Wunsch, zu dessen Durchführung die Scharfmacher die Macht feilscht. Sieht die deutsche Arbeiterschaft diesen Kampfaktionen ihrer Gegner aber lakisch zu und verharren die Millionen, die zwar unorganisiert, aber darum nicht weniger in ihrer Existenz bedroht sind, weiter in ihrer trägen Teilnahmslosigkeit, dann erwacht uns in den Unternehmernorganisationen eine Macht, die dem Kampf unserer Gewerkschaften für eine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein ernstes Hindernis bereitet. Dahin darf es nicht kommen in einer Zeit, in der schon der bloße Stillstand der Lohnverhältnisse angefaßt ist durch Bodenwucher und Zöllegeheubung verursachen.

Um so mehr aber erwacht allen Arbeitern die Pflicht, die Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaftsorganisation zu stärken. Zehntausende von Arbeitern stehen ihrer Berufsorganisation noch fern. — Hunderttausende sind in zahlreichsten Industrien noch für die Organisation zu gewinnen. — Millionen stehen heute noch abseits der Gewerkschaftsbewegung und einigen sich der gemeinsamen Sache, ihre Kraft, die sie in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen müssen, in nutzlos Spiel, Sport und Vereinsstreben vergeuden. Um wieviel leichter, rascher und erfolgreicher könnte der Kampf der Gewerkschaften sein, wenn heute die Mehrheit der Arbeiter hinter ihrer Organisation stände, und wie viele Kämpfe würden vermieden, wie viele Zugeständnisse der Arbeitgeber durch friedliche Vereinbarungen gesichert werden, wenn das Unternehmertum nicht mit der Gleichgültigkeit eines großen Teils der Arbeiter rechnen könnte. Die Gewerkschaften repräsentieren nur etwa 20 pSt. der beschäftigten Arbeiter — erklärte das Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller —, deshalb kann uns niemand zumuten, sie als die Vertretung des Arbeiterstandes anzuerkennen! So trägt die Teilnahmslosigkeit eines großen Teils der Arbeiter dazu bei, den ärgsten Arbeiterfeinden das Rückgrat zu steifen. Wenn diese Arbeiter nur einmal darüber nachdenken würden, wie sehr sie sich durch ihr unwillkürliches Verhalten ins eigene Fleisch schneiden, dann würden sie sich eines Besseren bestimmen. Da diese Erkenntnis aber nicht von selbst kommt, so ist es die Pflicht ihrer organisierten Klassengenossen, ihnen dies so eindringlich als möglich zu sagen.

**Wer seine Organisationspflicht nicht erfüllt, schädigt sich selbst und seine Familie, seinen Beruf und den ganzen Arbeiterstand.**

Aber auch die Organisationszersplitterung der Arbeiter kommt den Gegnern zu gute. Wo in aller Welt gibt es ein Beispiel, daß das Unternehmertum seine Wirtschaftsinteressen in religiöse und politische Formen zwingt und sich in religiöse, konfessionelle und politische Verbände zersplittert? Unsere Gegner wissen nur zu gut, daß ihre Herrschaft auf einheitlichen und darum starken wirtschaftlichen Verbänden beruht. Die Arbeiterorganisation sucht man indes zu schwächen, indem man besondere politische, kirchliche und nationale Gewerkschaften propagiert und zwischen den Arbeitern künstliche Schranken aufrichtet, durch Hervorbringung von Gegensätzen die notwendige Einigkeit aller Arbeiter gegenüber den vereinigten Arbeitgebern unterbindet. Als Folge zeigt uns die Erfahrung, daß die solcherweise mißleiteten Arbeiter sich bei Lohnkämpfen gegenseitig in den Rücken fallen, den Unternehmern Streikbrecher zur Verfügung stellen und die eigenen Klassengenossen der bürgerlichen Justiz in die Hände liefern. Solchem Organisationswettbewerb gegenüber hat das Unternehmertum ein leichtes Spiel. Nur dort, wo die Arbeiterschaft ohne Unterschied der religiösen oder politischen Überzeugung geschlossen vorgeht, ist ihr Widerstand erfolgreich. Auch die öffentliche Meinung wird den Arbeitern nur dann helfend zur Seite stehen, wenn sie einig sind, wie das Beispiel des Ruhrkohlenkampfes beweist. Erschwerung der

Sie will den Mitgliedern bei der Abwehr „unberechtigter“ Forderungen und „unberechtigten“ Vorgehens der Arbeiterschaft vollen Schutz gewähren, sobald die Abwehr im allgemeinen Interesse der Unternehmung liegt, ohne in Kämpfe rein lokaler Bedeutung einzugreifen, deren Unterstützung vielmehr dem betroffenen Arbeitgeberverbände bzw. den zu größerer finanzieller Wirksamkeit zusammengeschlossenen Verbänden überlassen bleiben soll. Es handelt sich also bei dieser Neugründung um eine **Streikversicherung großen Stils**, die ihre Spitze richtet gegen die Gesamtheit ganzer Arbeiterberufe bzw. gegen die **gesamte Arbeiterschaft**. Noch befindet sich das neue Schutzbündnis in den ersten Anfängen. 53 Orts- und Bezirksverbände von Unternehmerorganisationen, die insgesamt 285 000 Arbeiter beschäftigen, sind ihm erst angeschlossen. Auch muß sich das Wirken einer solchen Streikversicherung der Unternehmer erst erproben, ehe die Arbeiterschaft Grund hat, diese Kampfmittel der Arbeitgeber ernsthaft in Rechnung zu ziehen. Solche Rüstungen sind aber für die Arbeiter

**eine ernste Mahnung,**

auf der Hut zu sein und sich auf größere Kämpfe gefaßt zu machen; denn hinter diesen Kriegsvoorbereitungen der Scharfmacher steht die unverkennbare Absicht, die Organisation der Arbeiter und damit jeden Widerstand der Letzteren zu brechen. Heute ist diese Absicht vielleicht noch ein wenig frommer Wunsch, zu dessen Durchführung die Scharfmacher die Macht feilscht. Sieht die deutsche Arbeiterschaft diesen Kampfaktionen ihrer Gegner aber lakisch zu und verharren die Millionen, die zwar unorganisiert, aber darum nicht weniger in ihrer Existenz bedroht sind, weiter in ihrer trägen Teilnahmslosigkeit, dann erwacht uns in den Unternehmernorganisationen eine Macht, die dem Kampf unserer Gewerkschaften für eine höhere Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein ernstes Hindernis bereitet. Dahin darf es nicht kommen in einer Zeit, in der schon der bloße Stillstand der Lohnverhältnisse angefaßt ist durch Bodenwucher und Zöllegeheubung verursachen.

**allgemeinen Steigerung der Haushaltskosten**  
einem Rückschritte gleichkommt. Notwendiger denn je bedarf die Arbeiterklasse der gewerkschaftlichen Organisation

zur Verteidigung ihrer Wirtschaftslage, und sie müßte ins Leben gerufen werden, wenn sie nicht schon vorhanden wäre. Sie ist jedoch vorhanden und kann auf eine Geschichte erfolgreichen Wirkens zurückblicken, sie ist daher die **berufenste Vertretung der Arbeiterschaft** in ihrer Stellung gegenüber dem Unternehmertum, und es ist die dringende Pflicht aller Arbeitsgenossen, in dem entscheidenden Momente, da das Scharfmachertum sich ansetzt, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, einzutreten in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft, mitzukämpfen zur Abwehr der völkseindlichen Aktionen der Unternehmerverbände. Niemals war das Unternehmertum so kriegslüsternd wie jetzt, niemals so rasch bereit, die Arbeiter durch Massenaussperrung zu brutalisieren, wie seit den Tagen der Zentralisierung seiner Kampfstrategie. Die **Aussperrungspläne** der verschiedensten Systeme, nach Melais, nach dem A-B-C, nach Altersklassen usw., befehlen ein Maß von Brutalität, das







Wesentlich schlechter ist die Aussicht in Neuchâtel, dort ist es, wie schon früher berichtet, den Meistern gelungen, 200 Eidgenossen als Streikbrecher zu bekommen. Die Streikenden sind bis auf sechs Mann abgerückt, die zur Fernhaltung des Zuganges nötig sind. Wie aus dem letzten Bericht hervorgeht, müssen von den Arbeitswilligen circa 180 am 20. August zum Militärdienst einrücken. Wenn es während der Dienstreise gelingt, den Zugang fernzuhalten, dürfte auch hier noch nicht alles verloren sein. Jedenfalls werden uns die geringen Kosten nicht zum Nachgeben zwingen. Wir halten gute Arbeitskräfte nach wie vor von Neuchâtel fern, zum größten Leidwesen der Meister.

In Kreuzlingen hat sich an der Streiklage nichts verändert; die Streikenden sind in benachbarten Orten bis auf vier Mann, Streikposten, untergebracht. Die Meister bauen mit ihren 18 eidgenössischen Maurern; so gut es eben geht, und wir haben Zeit zum Warten. Die Polizei hat ihren Eifer eingestellt und muß anerkennen, daß ohne sie auch gestreikt werden kann.

In Zürich sind die letzten Streikenden bis auf die Streikposten bei sieben Meistern, die die neuneinhalbstündige Arbeitszeit anerkannt, untergebracht. Der Streik dauert fort. Die Meister schicken ihre Kollern auf die Eisenbahn nach Süddeutschland und Italien, um „dahe Schwabe“ und „Schinle“ zu holen, die man in dem Augenblick, wo sie unzufrieden werden, wieder ausweisen kann. In der Hauptkassette hat man es auf die deutschen Maurer abgesehen, die man notwendig zur Herstellung von Radsteinmauerwerk braucht, denn die „Maurer“, über die man jetzt verfügt, waren vor dem Streik zum größten Teil noch Handlanger. Die deutschen Kollegen aber werden ersucht, wieder in diesem noch im nächsten Jahre nach Zürich zu gehen, da auch für nächstes Jahr keine Ruhe sein wird, wenn sich die Herren Baumeister nicht zu Zugeständnissen bequemen.

In Brunnern haben die Kollegen Forderungen eingereicht auf Verhütung der Arbeitszeit. Bisher wurden 11 Stunden geschafft bei monatlicher (1) Lohnzahlung. Als Antwort auf die Forderung wurde der Vorstoß der Sektion sofort entlassen, weil er angeblich schädlich habe, daß die „Geier“ von Basel sich der Maurer in Brunnern angenommen haben. Wahrscheinlich kommt es zum Streik.

Die Sektionsvorstände werden ersucht, mit den Streikfonds-Markten abzurechnen und Geld und Marken einzusenden. Jeder Kollege, der Anspruch darauf erhebt, seine Pflicht getan zu haben, muß sechs Streikfondsmarken à 60 Centimes geklebt haben.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersehen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 12. bis 18. August für folgende Mitglieder erteilt:

Basel. Schindler, W. Müller, Verh.-Nr. 240 515; Joh. Frey, Verh.-Nr. 189 048; Heinrich, Wolf-Galle (Frau), 24 507; Heinrich, Widmann-Herford (Frau), 124 382; Oswald, Schindler-Weissen (Frau), 108 560; Heinrich, Schindler-Weissen, 84 819; Aug. Treptow-Göbeln, 115 554; Johs. Schindler-Danzig (Frau), 224 855; Peter, Weis-Münster, 214 904; Frdr. Glombold-Holtenberg (Frau), 95 982; Heinrich, Werner-Stade, 149 589; Wlfr. Marquardt-Wangert, 264 154; Frdr. Barthom-Eggstein (Frau), 66 946; Frdr. Sommer-Weipzig (Frau), 89 612; Frdr. Wolf-Schillingberg (Frau), 67 886; Paul, Mich. Wolf-Eggstein (Frau), 113 535; Frdr. Voppending-Weissen, 187 108; Frdr. Müller-Schüttgen, 48 506; Anton, Kollmar-Göbeln, 186 210; Ernst, Weingärtner-Mühlhausen i. Th. (Frau), 87 885; Joh. Lange-Berlin, 5729; Paul, Kollmar-Berlin, 180 870; Frdr. Wolf-Berlin (Frau), 69 109; Ernst, Martens-Friedland, 70 129; Otto, Kollmar-Liedt, 84 589; Heinrich, Kelling-Schwerin i. M., 100 374.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer, F. A. Ber, Hamburg 1, Weidenhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postbillet anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 14. bis 20. August sind folgende Beiträge eingegangen:

### a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Dortmund A. 1600, Karlsruhe 1800, Elft 560, Gröben i. Schl. 200, Speyer 200, Landau 200, Meusel 150, Gießen 100, Breda 100, Kreuzen 60, Gemmoor 42,72, Mainz und Umgebung 1600, Speyer 850, Deutsch, Billa 200, Schwarzenfeld 100, Gredemühl 60, Rayna 90, Gargburg 60, Gera 800, Guben 200, Witten 200, Herten 100, Rudolfs 76, Mainzburg 40,64, Hannover u. Umgeg. 2100, Bremerhaven 800, Sebnitz 400, Neubath a. d. H. 400, Wittenberg (Bez. Halle) 800, Rastburg 800, Gerne i. B. 600, Rönneburg 200, Greifswald 200, Böden 85, Meja 10, Schwerin i. M. 87,04, Düren i. Rhld. 71,42, Birna i. S. 18, Orlitzburg i. B. 8,04, Jülich 1,81, Meibitz 185,08, Bielefeld 27,59, Hattenberg 25,70, Kiel und Umgebung 3000, Gaffel und Umgeg. 2400, Gagen i. B. 1100, Meuselitz 11,85, Götlin 800, Grimma 200, Witten 150, Schmolln 100, Gera 100, Rastburg 100, Rostheim 60, Göttingen 60, Wald- i. Th. 40.

### b) Für Futterale.

Gemmoor, M. 1,20, Leitnang 2,50, Sebnitz 5.

### c) Für „Arbeit und Kultur“.

Schmalhagen M. 3, Heydt 3.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingelangt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Paul, Rudolph-Lettow (Verh.-Nr. 259 839), Eduard, Müller-Berlin (348 506); Heinrich, Brandt-Schleswig (283 150), Heinrich, Jäger-Dresden (182 472), Valentin, Stepiat-Rosen (384 236), Rudolph, Schürpf-Rosen (444 18), Gregor, Marzill-Rosen (297 665), Santh, Louis-St. Johann (394 373), Leonhard, Benckhardt-Stuttgart (300 541), Frdr. Wallbaum - Wiesels (53 979), Wlfr. Händel - Leipzig (383 537), Fr. Händel-Gutin (67 807), Frdr. Weis-Oberstein a. d. Nahe (178 595), Hermann, Koller-Dr. Bessen (74 821), Wlfr. Bonath-Riel (312 796), Rob. Loewen-Treptow a. d. R. (121 509), Da. Jos. Giese-Marmen (410 083), Heinrich, Bolligast-Harburg (26 987), Max, Morawe-Wilhelmshaven (125 898), Jos. Schindler-Bronberg (340 982), Viktor, Smilla-Bronberg (318 668), Otto, Korge-Leipzig (39 541), Joh. Rindel-Freiburg i. Br. (348 078), Wlfr. Sieler-Mainz (198 506), G. Schindler-Berlin (355 784), Joh. Bibanzel-Trier (370 022), Frdr. Hermann-Rudolfs (194 171), Bal. Saaf-Darmstadt (247 287), Ernst, Leberer-Stuttgart (47 554), Hermann, Ritsch-Nommes (102 444), Jos. Walldorf-Erla (388 139), Joh. Gottfr. Augustin-Dorling (288 799).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Gildesheim: Aug. Benz (Verh.-Nr. 187 926), Karl, Schwabe (187 939), Heinrich, Kollmar (187 906), Wilhelm, Bode (160 814), Karl, Widmann (350 567), Konrad, Esser (350 554), Franz, Rump (350 821), Frdr. Meißel (350 505); Berlin: Franz, Schütz (44 68); Bremen: O. Baumann (14 846); Weid. Franz, Krämer (105 341).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Um Angabe ihrer Adresse ersucht die Hauptkassette Frankfurt a. M.: Hugo, Geier aus Dresden (Verh.-Nr. 125 364); Gildesheim: Heinrich, Essling, geb. am 28. Jan. 1871 zu Burgschwalbe.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, der betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

## Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbefchlüsse und sonstige Versammlungen sendet man sofort an die Redaktion des „Grundsteins“. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstag Vormittags in unseren Händen sind.

## Angestellter Kassierer.

Berichtigung. Der in Nr. 33 des „Grundstein“ genannte Hilfskassierer des Zweigvereins Stuttgart heißt nicht R. Rapp, sondern Karl Lopp.

Annaberg. Mittwoch, den 8. August, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Maurer- und Bauhilfsarbeiter. Nachdem die Versammlung eröffnet war, verlangte der überwachende Polizeikommissar Ausweisung der Mitglieder. Auf Anfragen des Vorsitzenden, Kollegen, Eifer, aus welchen Gründen die Mitglieder auszuweisen werden sollten, erklärte der Überwachende: „Ich sehe die Versammlung für eine politische an!“ (?) Als im Anschluß hieran ein Versammlungsbefehl die Maßregel kritisch erörterte und ausführte, daß die Mitglieder keine politischen Rechte hätten, aber für das Vaterland bluten dürften, wurde ihm das Wort entzogen. Es folgte ein sehr lebhafter Intermezzo, referierte Kollege Verthel-Leipzig in einem einseitigen Vortrag über den Wert der Verfassung der Arbeitszeit. Das Kollege Verthel den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der stürmische Beifall, der ihm gesendet wurde. Alle anderen Redner äußerten sich im Sinne des Referenten. Zum Schluß gab der Referent bekannt, daß für Sonntag, den 2. September, Vormittags 9 Uhr, ein Ausfluß sämtlicher Organisationen beschlossen sei, an dem sich auch die Maurer- und Bauhilfsarbeiter recht zahlreich beteiligen müßten. Um Preisermäßigung zu bekommen, sei es Hauptsache, daß alle Hilfskassierer in ihrem Ort sofort das Jahrgeld im Betrag von 50 A. einzahlen. Das Jahrgeld müßte bis zum 20. August beim Kassierer Jrmisch eingereicht sein. Ferner findet am 11. September ein Negationsvortrag von Wallotte statt. Karl, Fiedler kommt zur Aufführung. Der Eintrittspreis ist auf 25 A. festgesetzt. Wallottes Vortrag findet im Gewerbehause Annabergs Abends 8 Uhr statt. Mit einem draufenden Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Die Sektion der Rührer hielt am 12. August eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde das Vergehen der östlichen Vertikalisierung in der Demminer Streikbewegung behandelt. Am 5. Juni er. führten von hier der Führer nach Demmin, wofür die Maurer seit Wochen ausgebeizt sind, um dort Streikbrecherarbeit zu verrichten. Nachdem die Demminer Streikleitung vergeblich versucht hatte, die Rührer von der Verwerfung ihres Vorhabens zu überzeugen, wandten sie sich an unseren Sektionsvorstand. Das Bureau wurde sich nun dahin schließend, den Rührern Neumann nach Demmin zu senden, um die Rührer zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Kollege Neumann fand nun, daß von den vier Rührern nur einer organisiert war. Obgleich Neumann nun alles mögliche versuchte, waren die drei Unorganisierten nicht zu bewegen, die Arbeit niederzulegen; nur der organisierte Rührer legte am 9. Juni er. die Arbeit nieder. Der Vorstand, die Obmannschaft und auch die übrigen Bezirksleitungen waren mit der Handlungsweise Neumanns einverstanden. Sie behaupteten zwar, daß der Erfolg so minimal war, gaben aber daran dem Umstand schuld, daß die Unorganisierten eine besondere Vorliebe für Streikbrecherarbeit haben und sehr

schwer davon abzubringen sind. Im Bezirk Schöneberg wurde nun der Vorstand im allgemeinen und Kollege Neumann im besonderen für seine Tätigkeit in Demmin vom Kollegen Däumlich scharf angegriffen. Kollege Däumlich sieht den Grund des Mißerfolges in Demmin in Neumanns Verhalten dortselbst, und überhaupt im ganzen bisherigen Verhalten des Vorstandes. Däumlich gab ferner seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß der Vorstand die Schuld daran trage, wenn noch soviel Mißstände innerhalb unserer Organisation vorhanden sind. Die heutige Versammlung sollte nun darüber entscheiden, ob diese Vorwürfe zutreffen, um dann auch eventuell Abhilfe zu schaffen. Kollege Däumlich legte heute noch einmal seine Ansicht dar, und meinte ferner: Trotz der bisher guten Konjunktur haben wir für uns keine Vorteile erzielt, sondern nur versucht, daß sich jetzt Errungene festzuhalten, und hierin sei dem Vorstand ein Vorwurf zu machen, denn er hätte bei der guten Konjunktur mit neuen Anregungen kommen und eventuell neue Forderungen stellen müssen. Die weiteren Diskussionsreihen konnten ein direktes Verfehlen Neumanns in Demmin nicht finden, es sei denn, er hätte mit dem Gelde gehandelt. Weiter waren sie aber auch der Meinung, daß für die Migration mehr gesehen müsse; wenn auch nicht neue Forderungen gestellt zu werden brauchten, so müsse doch auf die vorhandenen Mißstände mehr hingewiesen werden, und zwar nicht nur in Sitzungen, sondern es müssen mehr Versammlungen auf diesem Wege abgehalten werden. Kollege Neumann bestritt für sich das, daß er sich in Demmin in der Geldfrage engverknüpft hätte. Die Streikbrecher wären, selbst wenn er ihnen das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt hätte, nicht zur Arbeitsniederlegung zu bewegen gewesen. Die anderen Vorstandsmitglieder erklärten, sie hätten in Demmin auch nicht anders handeln können. Was die anderen Vorwürfe anbetraf, so sei zu bemerken, daß selbst kleine nebensächliche Forderungen nach reiflicher Beratung aus tatsächlichen Gründen in den Obmannschaften abgelehnt worden seien. Es treffe also auch hierin den Vorstand allein keine Schuld. Daß dieser ruhig und sachlich gehaltenen Diskussion wurde von der Abstimmung über ein Mißtrauensvotum Abstand genommen, da hierzu nach Ansicht der Versammlung kein Grund vorlag, im übrigen wohl aber der Vorstand seine Reden aus dieser Diskussion ziehen werde. Nach Erledigung dieses Punktes wurde vom Kassierer Rapp folgende Abrechnung vom zweiten Quartal 1906 gegeben. Die Zweigvereinskasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit A. 18 920,75 ab. Die Lokalfasse hatte inf. des alten Bestandes eine Einnahme von A. 90 224,91. Die Ausgabe betrug A. 4912,74, mithin bleibt ein Bestand von A. 85 312,17. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 2829. Davon waren 42 Ehrenmitglieder. Auf Antrag der Referenten, die Bücher, Belege und Kasse in besserer Ordnung gefunden haben, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Breslau. Dienstag, den 31. Juli, tagte hier im Gewerkschaftshause unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung in der üblichen Weise das Andenken des durch den Tod aus unseren Reihen gerissenen Kollegen Paul Reitz, Mitglied seit dem Jahre 1896. Nachdem Kollege Widra die Notwendigkeit der Erhöhung der „Grundstein“-Kontingentgebühren näher begründet hatte, traten in der Diskussion sämtliche Redner dafür ein. Es wurde beschlossen, 1/3 pro Zeitung (mit rückwärtiger Kraft vom Quartalschluß an) mehr zu zahlen als sonst, so daß also für die Verbreitung des „Grundstein“ von nun an 2 A. für die verkaufte Marke 1/3 gezahlt werden. Kollege Widra gab hierauf die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt, die folgendes ergab: Die Einnahme für die Hauptkasse betrug A. 16 681,20, die Ausgabe A. 7233,52; abgezinst wurden A. 9447,68. Die Einnahme der Lokalfasse betrug A. 14 679,93, die Ausgabe A. 1159,67, Restbestand A. 10 520,26. Davon per Bank belegt A. 9250. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 2800. Gegenüber dem zweiten Quartal haben sich also die Verhältnisse sowohl in Bezug auf die Zahl der Mitglieder, als auch in Bezug auf den Kassistenbestand bedeutend verbessert. Kollege Widra hofft, daß dieses auch in der Zukunft der Fall sein werde. Auf Antrag der Referenten wurde dem Kassierer in der üblichen Weise Entlastung erteilt. In einer Mitgliederversammlung vom 10. Juli hatte Kollege Krause bei Abrechnung des Mai-Franzosen den Kollegen Widra gegenüber beleidigende Äußerungen getan, die geeignet waren, ihn in den Augen der übrigen Kollegen herabzusetzen. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung hat sich eine Kommission von 20 Kollegen unter Einziehung eines Vertreters des Hauptvorstandes mit dieser Angelegenheit beauftragt. In dieser Kommission sind die Anschuldigungen des Kollegen Krause in sich zusammengefallen. Es hat sich demzufolge diese Kommission gestellt, daß Kollege Krause an derselben Stelle und in derselben Form die beleidigenden Äußerungen zurücknehmen muß, womit alsdann die Angelegenheit als erledigt zu betrachten wäre. Kollege Widra als Obmann dieser Kommission erklärte der Versammlung Bericht. Nach längerer Diskussion wird Kollege Krause seitens der Kommission ersucht, ihrem Beschluß so nachzukommen. Da Kollege Krause dem nicht nachkam und die Zeit vorgerückt ist, wurde diese Angelegenheit, sowie die übrigen noch unerledigten Punkte der Tagesordnung zur nächsten Versammlung zurückgestellt und die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Fredericksdorf. Der hiesige Zweigverein hielt am 12. August seine Mitgliederversammlung ab, in der der Vorsitzende das Verhalten einiger Kollegen schilderte, die sich gegen das Statut und gegen die Lohnverträge verhalten haben. Nach längerer Diskussion wurde der Kollege Rudolf, Kederetz aus Dannenreich aus dem Verband ausgeschlossen, weil er selber Unternehmer ist, und noch dazu billiger arbeitet, als es unser Vertrag zuläßt. Kollege Wehrndt soll zu einer Vorstandsitzung geladen werden, um sich wegen eines Vergehens zu äußern. Zur Baukontrolle wurde der Kollege Rübner gewählt. Die Kollegen aus Friedersdorf und den nächsten Orten erhalten nun Karten in den Versammlungen, die jeden Sonntag, nach dem 15. im Monat, stattfinden.



**Gmünd.** (Eine Klage von der „Liebess-würdigkeit“ unserer Unternehmer). Die an-dauernd recht günstige Konjunktur im hiesigen Baugewerbe ver-anlaßt diesen Frühling die Opfer, sich dem Maurerverbande anzuschließen, um so mit vereinten Kräften eine Steigerung ihres Lohnverhältnisses herbeiführen zu können. Durch die noble Art, wie der Allgewaltige von Neudorf, Herr Harrer Böser, auf seine Beistandswürde einwirkte, sind aber die vorzüglichen Aus-sichten bei Beginn der Lohnbewegung zu schänden geworden. Die Mitglieder, die dem Verbande treu geblieben sind, befehle nun der Wunsch, in Anbetracht der bedeutenden Erfolge des Maurerverbandes in diesem Jahre, auch in Gmünd der Organisation wieder festen Fuß zu schaffen, um mit erneuten Kräften die alten Forderungen durchsetzen zu können. Kollege Ver-nard aus Heilsbrunn wurde damit beauftragt, den Organisations-geboten von neuem unter die Kollegenenschaft von Gmünd zu tragen. Schon die Verteilung der Flugblätter, das Einladen zu Versammlungen usw. machte die Bauntennehmer nervös. Das hätte wohl wenig gekostet, wenn auch hier und da recht schmeichelehafte Wörter felen; denn es hätte sich ja alles noch mit dem „Anstandsbedenken“ der Unternehmer vereinbaren lassen, wenn es einige der „Gerten“ nicht gar zu toll getrieben hätten. — Bei gelegentlichem Vorbeigehen am Neubau vom Baunten-nehmer Walle am 24. Juli fragte Vernard die dort beschäftigten Maurer, in welcher Wirtschaft sie das Besperverbot einnehmen. Nach erhaltenem Antwort wollte B. seines Weges weiter, als ein konfus aussehender Mensch — ältester Sohn von Walle, der wegen Geistesarmut vom Militärdienst entlassen wurde und es für den schönsten Sport hält, um Mitternacht mit seinem Motor-wagen in rasendem Tempo Hunderte von Malen die Straße auf- und abzufahren — auf ihn losströmte mit den Worten: „Gelt, Sie sind der Heilsbrunner, ich kenne Sie schon, Sie Aus-wiegler und Bauntenheger! Geh'n in 'n Schlegel“ eini, da können's Reben halten, aber da net“ usw. Im selben Moment saßen auch schon Pfeiffelsteinbraden in der Größe eines Rietzels und darüber vom Bauntenheger auf B. herab. „Schäpe“ war Bauntennehmer Walle selbst. Da von 10 bis 12 Geschossen keines traf, eilte Walle mit einem längeren Rattenstiel die Kanstrepppe herunter mit dem Ausruf: „Der muß hin sein, den mach' i kaput.“ B. ging seines Weges.

Der zweite Fall zeigt das vereinigte Unternehmertum so recht in Glorie. Die Maurer vom Baugelände Karl Weg hatten beschlossen, Montag, den 30. Juli, nicht die Arbeit aufzuheben, bevor nicht eine Lohnsteigerung von 2 A zugestimmt würde. Ohne diesen Beschluß zu kennen, sagte es der Zufall, daß am selben Morgen Vernard die Kollegen in der Wirtschaft „Zum Hohen-Neudorf“ traf. Nach Mitteilung der Sachlage wurde B. erlucht, die Differenzen zu regeln, welcher Aufforderung er um so eher nachkam, als die unorganisierten Kollegen ihren so-fortigen Verbandsbeitritt erklärten. Nach längerer Ansprache mit dem Unternehmer Weg bewilligte dieser die Forderung der Kollegen. Zur Mittagspause wollte Vernard im „Hohen-Neudorf“ ein Glas Bier trinken, als beim Eintritt in das Lokal die Frage eines Gastes: „Ist der?“ denselben flüchtig machte. Er sollte jedoch nicht lange in Ungewissheit ob der Eigentümlichkeit, daß alle Augen auf ihn gerichtet waren. Eine nette Tischgesellschaft war's. Weg war von einem ansehnlichen Stabe Spielmeister, Glasermeister und sonstiger „Meister“ umgeben, von der es jetzt zu B. — der unterdessen an einem Rebenstisch Platz genommen — herüberlief: „Der soll in sein Heilsbrunn draus bleiben, der „rote Seger“ (es scheint, daß es noch andere Seger gibt, vielleicht schwarze), der „Aufwiegler“ usw. Bei dem ruhigen Verhalten des B., wie wenn ihn die Sache gar nichts angehe, genigten bei den versammelten Unternehmern Worte nicht mehr, da mußte schon mit Laten nachgeholfen werden. Spielmeister Karl Dehle ging mit der Faust zum Angriff über. „Ihnen sollte man die Nase aus dem Gesicht rausheben.“ meinte der liebenswürdige Herr, die Anwesenden sekundierten lebhaft. Das Ganze sah aus, als wenn Indianer einen Todgeweihten an den Marterpfahl gebunden und durch Geheul und Rufsprünge ob des glücklichen Fanges ihrer Freude Ausbruch gaben. B. verbat sich nun kurz jede Anempfehlung, er wäre augenblicklich nicht aufgelegt, mit Unternehmern zu streiten. Auf seine Frage warum er kein Bier erhalte, wurde ihm bedeutet: „Machen Sie nur, daß Sie raus kommen.“ Als die „Meister“ sahen, daß sie den Wirt auf ihrer Seite hatten, lächelte es von rechts und links: „Wirt'n raus!“ Wie man B. auf dem Hauptstuhl hatte, sollte das Drausschlagen losgehen. Zum größten Leidwesen der Unternehmung verteilte B. durch einen Sprung ins Freie das Vordach eines halben Dutzend Unternehmerräume. Einen lässigen Angriff auf der Straße hielten die „grillierten“ Leute nicht für rasch, da dieselbe von einer Menge Fußgänger besetzt war; denn die Herren machten einen Krackel wie eine heulende Indianerkar.

Wir wollen den liebenswürdigen Herren verraten, daß der „Seger“ in Zukunft mit noch größerer Liebe und Energie für die Stärkung der Organisation eintreten wird, und dann wird mal der Tag kommen, an dem sie gezwungen sind, an-ständig mit dem „Aufwiegler“ zu reden. Die klassenbewußte Arbeitererschaft wird gut tun, den Wirt „Zum Hohen-Neudorf“ in Erinnerung zu behalten. Den Maurern und Spielern wollen wir aber zurufen: Steht nicht länger gleichgültig bei Seite, schließt Euch Mann für Mann der Organisation an, dann werdet Ihr auch die Macht besitzen, das geradezu gemeingefähr-liche Bauprogramm von Gmünd zu brechen.

**Satzburg.** Am 12. August tagte hier die erste Mit-gliederversammlung des neugegründeten Zweigvereins. Zunächst wurden noch einige Aufnahmen erledigt. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt 90. Es beginnt sich jetzt allmählich bei den Kollegen die Ansicht herauszubilden, daß es doch besser ist, dem Verbande beizutreten und mit dessen Hilfe für die Verbesserung der Lebenslage der Maurer zu kämpfen, als den Unternehmern zu Liebe auf das Koalitionsrecht zu verzichten. Ueber den Punkt „Lohn-bewegung“ referierte in längeren Ausführungen Kollege Obermeister-Braunschwieg. Seine Ansicht ging dahin, daß man erst die Organisation ausbauen und befestigen müsse, ehe man daran denken könne, in eine Lohnbewegung ein-zutreten. Dieser Ansicht schlossen sich die Kollegen an. Hier-auf wurde über die Affordarbeit diskutiert und dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß mit aller Energie darauf hingearbeitet werden müsse, dieses Uebel zu beseitigen. Schließlich wurde noch über die Mißstände auf Bauten ge-sprochen. Es wurde festgestellt, daß sich Gerüste, Balkbuden, Aborte usw. in einem höchst mangelhaften Zustande be-finden. Es wurde beschlossen, mit allen Kräften dahin zu

wirken, daß diese Mißstände beseitigt werden. Mit einem Stoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

**Kaiserlautern.** Im Jahre 1904 wurde hier zwischen dem Zweigverein und den Unternehmern ein Vertrag abge-schlossen, der bis zum 31. März 1905 läuft. Bei Ab-schließung dieses Vertrages war die Mitgliederzahl des Zweigvereins nur verhältnismäßig klein und die Organi-sation noch nicht so entwickelt, wie dies in größeren Städten der Fall ist. So kam es, daß sich die Kollegen mit dem von den Unternehmern Gebotenen zufriedengeben mußten, obgleich es ihnen gelang, doch noch einige Verbesserungen in dem Vertrage herbeizuführen. Daß die Unternehmern große Freunde von dem Vertrage seien, kann gerade nicht behauptet werden, viel eher ist es konstatieren, daß sie ihn nicht gern sehen und ihn am liebsten beseitigt haben möchten. Da dies aber auf geradem Wege nicht gut möglich ist, suchen die Unternehmer ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen, indem sie versuchen, Haber und Zünftigkeiten unter die Kollegen zu säen. Als Mittel zu diesem Zweck dient ihnen die Affordarbeit. Es kann wohl mit Bestimmtheit behauptet werden, daß innerhalb zehn Jahren keine solche Mißwirtschaft am Orte bestanden hat, als dies gerade jetzt der Fall ist. Braucht ein Unternehmer zur Aus-führung seiner Arbeiten zehn oder fünfzehn Mann, so kann sicher darauf gerechnet werden, daß er sich eine Affordkolonne in der Größe von sechs oder acht Mann heranzieht, von der er dann die Arbeit fertigstellen läßt. Damit nun aber auch der Profit des Unternehmers zu seinem Recht kommt und der Ausbeutungswort keine Schranken gesetzt sind, werden Preise geboten, die es den Kollegen, die sich auf einen solchen Afford einlassen, unmöglich machen, in regelmäßiger Arbeitszeit, wie sie der Vertrag vorschreibt, den tariflichen Lohn zu verdienen. Die Folge davon ist, daß der Vertrag durchbrochen und über die festgesetzte Zeit hinaus gearbeitet wird. Daraus entsteht aber Haber und Zwierrat unter den Kollegen und die Organisation, die die Kollegen zur weiteren Ver-besserung ihrer Lebenslage sehr nötig haben, wird unter-graben. Es wäre deshalb zu wünschen, daß der mit den Unternehmern abgeschlossene Vertrag unter allen Um-ständen innegehalten und die Übernahme von Afford-arbeiten verweigert würde, zumal von Affordarbeit in keinem Paragraphen des Vertrages die Rede ist, bei seiner Abschließung aber bereits der Wunsch laut wurde, daß die Ausführung von Affordarbeiten unterbleiben möchte. Es ist den Kollegen zu empfehlen, mehr denn bisher die Ver-sammlungen zu besuchen. Da ist der Ort, wo die Kollegiali-tät gepflegt wird und die Waffen für den Kampf um eine bessere Lebenshaltung gestiftet werden.

**Kiel.** Der hiesige Zweigverein hielt am 8. August eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Brodhuis bekannt, daß der Tod wieder ein treues Mitglied aus unseren Reihen gerissen hat, und zwar den Kollegen Andersen. Die Kollegen erhoben sich ihm zu Ehren von ihren Plätzen. Darauf hielt Genosse Riß ein Vortrag über „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“. In seinen Ausführungen zeigte er den Anwesenden, wie Gewerkschaften und Sozialdemokratie völlig eins und gemein-sam bestritten seien, das unterdrückte Proletariat zu einem besseren Dasein zu verhelfen. Daß der Meistert im Sinne der Versammlung gesprochen hatte, bewies der starke Beifall, der ihm gesollt wurde. Hierauf wurde folgende Resolution ein-stimmig angenommen: „Die heute, am 8. August 1906, zu Kiel abgehaltene Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands erachtet es als Pflicht aller organisierten Kollegen, daß sie sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Kampf der Arbeiter mit voller Kraft wirken. Die Versammlung erachtet es für fernerstehend, daß jeder Kollege sowohl dem sozialdemokratischen Verein beitrete, als auch auf die „Volkzeitung“ abonnieren. Sozialdemokratie und Gewerkschaften bilden eine Gegensatz, sondern vernünftige Organi-sationen, die gemeinsam den Kampf für die Interessen des arbeitenden Volkes zu führen haben.“ Die Vorordnung des Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von M. 179.90. Hierauf gab Brodhuis bekannt, daß in Gaarden ein einzelner Unter-nnehmer die Unterschämtheit beseitigen haben, einigen zugerechneten Kollegen einen Stundenlohn von 45–50 A zu zahlen. Er werde es aber veranlassen, daß demnächst eine Sitzung der Schlichtungs-kommission stattfinden, in der den Herrn Meistern der Stand-punkt klargestellt würde, wie der Vertrag zu halten ist. Zum Schluß kamen noch einige Mißbilligungen der Statuten ins-gegenüber zur Sprache. Kollege Brodhuis empfahl, die Statuten unbeachtet zu lassen und sie so zu behandeln, wie sie es für unserer Lohnbewegung verbieten haben, nämlich sie als Streikbrecher zu betrachten.

**Leipzig.** Zu dem Versammlungsbericht in Nr. 33 des „Grundstein“, Seite 413, hat sich die Redaktion des „Grund-stein“ herbeigelassen, folgende Anmerkung zu machen: „Kollege Bauersfeld könnte sein kritisches Messer nützlicher anwenden bei gewissen Leipziger Genossen, die sich über die Gewerkschaften mit blödsinnigen Gedanken abquälen.“ Hierdurch fühle ich mich veranlaßt, einige Worte zu äußern. Querst muß ich entgegen dem Bericht feststellen, daß ich nicht speziell den Artikel „Symptome“, sondern im allge-meinen die ganze Schreibweise des „Grundstein“ zu der Streiffrage „Partei und Gewerkschaft“ kritisiert habe und zum Schluß den Antrag betreffs Veröffentlichung des Pro-tokolls von der Redaktion freigestellt. Trotzdem nun aus dem einen Satze des Versammlungsberichts gar nicht zu ersehen war, in welcher Weise ich meine Kritik ansetzte, kommt die Redaktion zu der Annahme: „Nach meiner Uebersetzung soll dies doch nur bezugnehmen, den Kollegen das Recht abzusprechen, die Tätigkeit der Redaktion des „Grundstein“ zu kritisieren und ihre Meinung zu äußern. Wahrheitsgemäß sind dies schon die vorausseilenden Symptome der neuen Gewerkschaftstheorie. Da es aber bis jetzt in der Arbeiterbewegung Miß war, daß ein jeder ohne An-sich den Person seine Meinung sagen konnte, so nehme ich auch für meine Person in Anspruch, die Kritik da anzu-bringen, wo ich es für richtig halte, auch dann noch, wenn die Gewerkschaftsführer auf einer Konferenz beschließen würden: jeder Gewerkschaftler hat sich unserer Ansicht anzuschließen. Nun zu dem Inhalt der Anmerkung selbst. Schon aus den Worten mit „blödsinnigen Gedanken“ abquälen“ erzieht man, wie die Redaktion zu distanzieren pflegt. Sind

es denn gleich blödsinnige Gedanken, wenn bei gewissen Leipziger Genossen über die Gewerkschaften eine andere Ansicht vorhanden ist, wie bei der Redaktion des „Grund-stein“? Es ist aber auch sonderbar, daß die Mehrheit der Leipziger Kollegen und Genossen — und diese sind doch auch Gewerkschaftler — nicht nur nicht gegen die „blödsinnigen Gedanken gewisser Genossen“ Stellung nehmen, sondern sich damit einverstanden erklären. Somit ist nun zu entscheiden, ob die Redaktion des „Grundstein“ oder die große Masse der Leipziger Kollegen und Genossen ein rich-tiges Urteil fällen können. Es ist mindestens zu behaupten, wenn solche Worte von der Redaktion eines Gewerkschafts-blattes „gewissen Leipziger Genossen“ — damit sind wohl die Redakteure gemeint — entgegengeworfen werden. Würde die Sache aber auch nur annähernd so liegen, wie im „Grundstein“ behauptet wird, so ist trotzdem durch die Anmerkung bewiesen, daß sich die Redaktion des „Grund-stein“ immer noch nicht zu dem Gedanken: der Klügste gibt nach, emporgereizt hat. Da mir aber noch empfohlen wurde, mein kritisches Messer auf der anderen Seite nüt-zlicher anzuwenden, so muß ich erwidern: Die Redaktion des „Grundstein“ würde ihr kritisches Messer nützlicher im Interesse der Organisation anwenden können, wenn sie zum Beispiel die in Hamburg noch über 40 pSt. in Afford ar-beitenden Kollegen von der Schädlichkeit der Affordarbeit überzeugen würde, anstatt sich der auf der Konferenz empfohlenen Solidarität der Gewerkschaftsführer zu be-fleißigen. Trotz der zweiten Anmerkung: das war schon längst geschehen, war es kein Fehler, daß der betreffende Antrag angenommen wurde, denn die Haltung der Mehr-heit der Gewerkschaftsführer hat es bewiesen. Aber auch unseren Führern war es nicht von der Stirne abgesehen, ob sie für oder gegen die Veröffentlichung des Protokolls gestimmt haben. Friedrich Bauersfeld.

Wir hatten große Neugier, in diesem Falle den Rat des Kollegen Bauersfeld zu befolgen: der Klügste gibt nach. Wenn wir trotzdem die ebenso nichtigende wie beleidigende „Kritik“ Bauersfelds nicht durchgehen lassen, ohne ein Wort der Erwiderung daran zu knüpfen, so deshalb, um B. un-gewöhnlich zu erklären, daß wir nach wie vor die Stellung einnehmen werden, daß das Wohl der sozialdemo-kratischen Arbeiterbewegung unserer Meinung nach am besten fördert. Wir werden uns davon weder durch Demagogon noch Lärren abbringen lassen, sie mögen sich, wo sie wollen. Und da wir wissen, daß wir in diesem Ge-danken einig sind, nicht nur mit der übergebenen Mehrheit der Gewerkschaftsführer, sondern auch mit allen ernsthaften Gewerkschaftlern und Parteigenossen, die nicht papageien-gast Bräsen nachplappern, so werden wir auch die auf der Vorstandskonferenz empfohlene, für uns selbstverständliche Solidarität freudig zum Ausdruck bringen.

#### Die Redaktion des „Grundstein“.

**Meißen.** Infolge des Arbeitsmangels in der Meißener Stadt hatten wir unter Zuwanderung von Affordmännern und Putzern zu leiden, die hier zum Teil auch Arbeit übernommen hatten. Dadurch wurde der Versammlungs-beschluß, betreffend die Affordarbeit, durchbrochen, da die Zugewanderten von der Affordarbeit nicht Abstand nahmen. Sie behaupteten, die Affordarbeit sei in Dresden zulässig; dieses sei maßgebend und es habe sich der ganze Gau da-nach zu richten. Hierdurch wurden im Bezirk Meißen ver-schiedene Kollegen gezwungen, ebenfalls im Afford zu ar-beiten, wenn sie nicht arbeitslos sein wollten. Da nun aber die Affordarbeit soweit fertiggestellt ist, haben die hiesigen Kollegen beschlossen, die Affordarbeit zu bekämpfen und den vor Jahren gefassten Beschluß, Abschaffung sämtlicher Affordarbeit, anzuheben zu erhalten. Sollte nun dennoch von den Kollegen Affordarbeit verlangt werden, so ist die Vornahme hier von sofort in Kenntnis zu setzen. Jeder einzelne Fall wird dann untersucht wer-den. Auch gegen die geheime Affordarbeit, die in letzter Stellung der Arbeit in die Öffentlichkeit gelangte, soll in nächster Zeit durch Versammlungsbeschlüsse ganz entschieden Front gemacht werden, damit auch dieses Uebel gänzlich abgepflegt wird. Es wird deshalb den Kollegen aus an-deren Orten zur Kenntnis gebracht, daß sie sich nach diesen Beschüssen zu richten haben.

**Forstheim.** Eine fast besuchte Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins beschäftigte sich mit der Frage, ob es für Forstheim zweckmäßig sei, einen Lokalbeamten anzustellen. Gauborstheimer Forster-Mannheim, der er-schienen war, um über diesen Punkt zu referieren, be-schäftigte sich zunächst mit einem Artikel in dem Bau-gewerkschaftsorgan christlicher Couleur, in dem es heißt: „Rote Verleumdung und Ehrabschneider an der Arbeit!“ Unterzeichnet sei der Artikel von Rott-Karlruhe, seines Zeichens Sekretär der Gewerkschaften christlicher Ober-bau. Christ Rott beschäftigt sich nun in seinem Artikel mit einem Eingangsamt im „Grundstein“ von Forstheim, worin gesagt wurde, der Herr Sekretär der christlichen Ge-werkschaften hätte dem Bauntennehmer Chr. Käfer gegen-über anlässlich der Baupreise erklärt, das Vorgehen der organisierten Maurer sei eine „unverschämte Frechheit“. Diese Worte streitet nun der Herr in seiner Philippa ganz entschieden mit-der ihm anezogenen Unverschämtheit. Hierzu hatte Forster folgendes zu bemerken: In den feiner-zeit gepflegten Verhandlungen mit den Bauntennehmern anlässlich der damaligen Ausperrung habe der Baunten-nehmer Chr. Käfer erklärt, der Sekretär oder Führer der Christlichen, ein Herr Rott aus Karlruhe, sei bei ihm gewesen und habe folgendes erklärt: „Das Vorgehen der Forstheimer Maurer sei eine unverschämte Frechheit!“ Der Referent ging nun mit diesem Herrn, der auch organi-sierter Maurer sein will, scharf ins Gericht: Das sei wieder eine der be-rühmten Kampfesweisen der gelben Gewerkschaften. In Gegenwart von Unternehmern würden die Kollegen, die für Verbesserung ihrer Lage eintreten, maß-los beschimpft, nur um bei den Unternehmern lieb Kind zu sein. Würden die Herren einmal auf ihrem schüßfertigen Wege erlapp, dann spielen sie die gekränkte Reberwurst. Er, Forster, behaupte heute nochmals, daß Rott-Karlruhe diese Aeuerung getan habe, sonst würde Herr Chr. Käfer das nicht gesagt haben. Aber diesen Arbeiterverführern läme es nur darauf an, zu verleumdern, nach dem Grund-satz: Verleumdung nur zu, etwas bleibt schon hängen. Der Zweig heiligt das Mittel heißt es da. Der Redner ging



jobann auf die Pforzheimer Organisationsverhältnisse über und schloßerte die mäßigen Verhältnisse des hiesigen Zweigvereins seit seinem 15jährigen Bestehen. Er betonte, dies sei erst etwas anders geworden nach der Aussperrung im Jahre 1905. Da sei man dazu übergegangen, einen Beamten anzustellen, was sich auch anfangs gut bewährt habe, nur habe man in der Person (Weipke) einen Mißgriff gemacht; in Zukunft müßten wir vorsichtiger sein. Die derzeitige Lage des Zweigvereins gebiete nun auch, da die Mitgliederzahl der Zahl der hier beschäftigten Maurer noch lange nicht entspreche, auch circa 50 bis 60 Ortschaften zu bearbeiten seien, der Frage näher zu treten, einen Lokalbeamten anzustellen. Geworben, sowie Ausschüßung des Zweigvereins hätten sich eingehend damit beschäftigt und einstimmig beschlossen, einen Beamten anzustellen. Da von den Pforzheimer Kollegen sich keiner bereit erklärte, dieses Amt anzunehmen, und auch der Vorsitzende, Kengelmann, erklärte, diesem Posten nicht gewachsen zu sein, so hätte der Ausschüß einstimmig beschlossen, der Versammlung den Kollegen W. O. L. - Speyer vorzuschlagen. Gleichzeitig empfahl er, einen Lokalaußschüß von 5 zu ernennen. Die nun folgende Diskussion gestaltete ein überaus lebhaftes Bild. Kollege Kengelmann als Vorsitzender eröffnete den Reden und erging sich in maßlosen Insultierungen gegen den Geworbenen, der im Frühjahr gegen eine Anstellung gewesen wäre. Jetzt käme er hinterhältig und wolle einen Beamten in Pforzheim haben. Dem Vorsitzenden würden jetzt alle Fehler in die Schuhe geschoben; Horter hätte sich in Pforzheim nicht sehen lassen, im Winter hätte er überhaupt nichts vom Geworbenen gesehen usw. Rheinfelder Weisall lobte den Redner für seinen Ausfall gegen den Geworbenen. Das Signal zum Kampf war gegeben, es sollte noch besser kommen. Kollege Horter erwiderte, wohl noch in seinem Zweigverein wäre er so oft gewesen, wie in Pforzheim. (Stimmt. D. B.) Wenn er im Frühjahr gegen eine Anstellung gewesen wäre, dann nur aus dem Grunde, weil die Mitgliederzahl die Anstellung eines Beamten noch nicht erfordert hätte. Heute lägen die Verhältnisse anders. Redner sprach noch seine Verwunderung aus über die merkwürdige Stellungnahme des Vorsitzenden; der in der Ausschüßung für die Anstellung gewesen wäre. (Zweifelstheorie. D. B.) Kollege Koch ist gegen eine Anstellung eines auswärtigen Kollegen, weil wir dadurch in ein Wettbewerbsverhältnis gegenüber dem Hauptverband kommen würden. Kollege Kammmerer, sprach von Maulwurfsarbeit unserer Verbandsbeamten; es wären überall „Friedensbeträge“ — man spiele den Leuten das bureaunkräftige System vor. Redner griff noch in unerhörter Weise den Straßburger Lokalbeamten an und meinte zum Schluß, der Hauptverband solle die Lokalbeamten beglücken. (Unseres Wissens war Kammmerer früher anderer Meinung. D. B.) Kollege Wämmlein vom Elm kritisiert mit scharfen, hier kaum wiederzugebenden Worten das ganze Beamtensystem. Die Herren würden sich später sogar noch pensionieren lassen. Die schärfsten Insulten überliefen herum und den Mitgliedern wurde drei ums Maul geschmettert; und so ging es fort. Ein Kollege Döhlhoff, seit drei Monaten im Verband, gleichzeitig auch Mitglied der Arbeitervereinsung, vor drei Jahren beim hiesigen Streit „Arbeitswilliger“, fühlte sich auch berufen, unsere Verbandsbeamten herunterzureißen. Sein Geronn lautete also: Die Beamten faulenzten, fressen sich die Rängen und machen Sprüche. (Beizeigelte Wämmlein.) Kollege Horter ging nun in seinem Schlußwort mit diesen Totengräbern der Organisation scharf ins Gericht und gab an der Hand von Zahlen die Entwicklung des Verbandes durch die Einteilung der Gasse sowie durch Anstellung von besoldeten Beamten bekannt. Jedenfalls hätten die Verbandsfunktionäre eine derartige Behandlung nicht verdient; nicht in keinem Zweigverein seien sie derartig beschimpft worden wie hier. In dieser Beziehung würden wohl die Pforzheimer Kollegen eine traurige Verurteilung erlangen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde vom Vorsitzenden als Schluß der Versammlung aufgesetzt, und die Versammlung von ihm geschlossen, ohne ein Resultat erzielt zu haben. Wir glauben, daß durch derartige Vorurteile die Organisation nicht gefördert wird, sondern die Kollegen alle Ursache haben, dafür zu sorgen, daß die Entwicklung des Verbandes fortgeschritten und die Zahl der Mitglieder stetig wächst. Derartige Vorurteile in Versammlungen, wie die oben geschilderten, fördern die Organisation nicht. Sachde des Vorsitzenden ist es, dafür besorgt zu sein, daß die Versammlungen einen ruhigen sachlichen Verlauf nehmen.

**Senftenberg.** Mittwoch, den 8. August, tagte im Seidenhändlers Lokale eine von 180 Kollegen besuchte Versammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde erledigt durch das Verlesen und die Mitteilungsrede der Quartalsabrechnung. Die Lokalliste hatte eine Einnahme von M 549,75 und eine Ausgabe von M 805,07, Kassensstand verblieb M 184,68. Die Mitgliederzahl betrug 345. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Alsdann sprach der Vorsitzende über den Stand der Bewegung. Es sind nun mit fast allen im Lohnbezirk anstehenden Unternehmern schriftliche Arbeitsverträge abgeschlossen worden. Montag, den 30. Juli, fand eine Verhandlung mit Steudel in Welsow statt. Die Kollegen hatten am genannten Tage zum Frühstück die Arbeit eingestellt. Es fand dann eine Besprechung statt, in der der Vorsitzende, aus Senftenberg anwesend war, und zwei ein Lohn von 42 S gefordert wurde. Da der Unternehmer ablehnte, traten alle Kollegen regelrecht in den Streik ein. Im Laufe des Tages hatte aber der Arbeiter mit Hilfe seines Geschäftsführers die Kollegen so beeinflusst, ihnen 40 S Stundenlohn versprochen, außerdem am Sonnabend 50 S Erntelohn, daß sie am Dienstag die Arbeit wieder aufnahmen, außer sechs Kollegen, die zur Zeit in Senftenberg arbeiten. Die Welsower Kollegen haben dann wieder Erntelohn, noch alle 40 S Stundenlohn erhalten. Gatten sie zwei oder drei Tage im Streik verharren, so hätten sie bei der günstigen Konjunktur (Steudel suchte 40 Maurer) einen vollen Erfolg gehabt. Es herrscht dort aber eine richtige Moribundität und die Konjunktur. In Senftenberg haben wir eine so gute Konjunktur, daß der Maurer ein gesuchter Artikel ist. Zur Zeit können noch etwa 100 Maurer Beschäftigung finden, daher auch der große Mitgliederbestand. — Zur Erledigung der Kassen-

geschäfte sind 21 Hilfskassierer und 18 „Grundstein“-Kollektoren tätig. Der Bericht über Bautenkontrolle bietet leider ein trauriges Bild, hauptsächlich in der Beschaffenheit der Waben und Aborte. Nicht ein einziger Abort hat eine Tür, einen Fußboden und Stühretter. Gereinigt werden die Aborte überhaupt nicht. Es würde beschaffen, die Besuche zu veranlassen, eine Verordnung herauszugeben und den Zuständen energig entgegenzutreten. Im Punkt „Verschiedenes“ sprachen die Kollegen Gerber und Räuter über den Wert der politischen Organisation und tadelten die Laufzeit der Kollegen; nur etwa acht gehören dem Wahlverein an, und nicht viel mehr abonnieren die Arbeiterpresse, die „Märkische Volksstimme“. Man schämt sich hier fast, öffentlich als Sozialdemokrat zu gelten. Beide Redner forderten auf, die Kollegenaktion sollte sich mehr der Arbeiterbewegung widmen. Ein Antrag des Kollegen Zeugner, die Versammlungen in der „Märkischen Volksstimme“ bekannt zu geben, wurde abgelehnt, weil sie jetzt noch fast niemand liest. Alsdann meldete sich der wegen Streikbruchs ausgeschlossene Maurer Gerlach zum Wiedereintritt in den Verband; er versprach, ein treues Mitglied werden zu wollen. Die Versammlung beschloß, ihn gegen Zahlung einer Buße von M 10 aufzunehmen. Gerlach stimmte dem Beschluß zu. Eine ungeschöne Debatte spielte sich noch ab über die Ansetzung von Uffensien; es handelte sich hier um ein Schreibzeug, das der Kassierer eigenmächtig gekauft hatte. Nachdem beschlossen wurde, 300 Broschüren „Reform oder Verbot der Abortarbeit“ aus Mitteln der Lokalliste anzuschaffen und an die Mitglieder gratis abzugeben, ermahnte der Vorsitzende die Versammlung, tüchtig zu agitieren, der politischen Organisation beizutreten, die besoldeten Lokale zu meiden und ein tüchtiges Mitglied der Arbeiterbewegung zu werden. Mit einem dreifachen Hoch auf das Wohl und Gedeihen des Zentralverbandes der Maurer wurde die Versammlung geschlossen.

**Werdau.** Der hiesige Zweigverein hielt am 1. August eine öffentliche Versammlung ab. Als Referent war der Gauleiter Kollege Jacob-Leipzig erschienen. Er führte den Kollegen klar vor Augen, wie die Lohnkämpfe zwischen Arbeit und Kapital immer scharfer werden. Die Kollegen müßten deshalb dahin wirken, daß der Opfermut auch größer werde. Dann nur wäre es möglich, einen Kampf zum Siege der Kollegen durchzuführen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Bittel aus Wida über den Ausgang des dortigen Streiks. Der Bericht wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen nochmals ermahnt hatte, sich immer fester zusammenzuschließen, die Versammlungen besser zu besuchen und Mann für Mann einzutreten für unsere Organisation, wurde die einigermäßen gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Witzburg.** Am 12. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Geworbenen, Kollege Werfel, hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die bayerischen Scharfmacher im Baugeberbe an der Arbeit.“ Unter Hinweis auf die von den Unternehmern am 5. Juli in Witzburg abgehaltene Versammlung kam Redner zu dem Schluß, daß es ihnen nicht mehr leicht gelingen wird, das Rad der Zeit um 20 bis 30 Jahre zurückzuführen, andererseits müßten wir aber ununterbrochen an der Stärkung und inneren Festigung unserer Organisation mit aller Energie weiterarbeiten. Redner Weisall lobte den Redner für seinen andurchhaltenden Vortrag. Da der frühere erste Vorsitzende, Kollege Wager, von hier verzogen ist, wurde an dessen Stelle Kollege Schamberger als erster Vorsitzender und zu gleicher Zeit provisorischerweise als besoldeter Lokalbeamter gewählt. Ferner wurde als unser Verbandslokal einstimmig das Gasthaus „Zum-Achsen“ bestimmt, das schon früher unser Verbandslokal war. Auch wurde das Verhalten einiger Kollegen auf einem Neubau an der äußeren Schweinfurterstraße nach dem Streik scharf gerügt und die Anwesenheit ersucht, mehr Solidarisität und besseres Verhalten unter sich und den Bauten an den Tag zu legen.

**Wida.** In einer am 14. August abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung wurde darüber diskutiert, inwieweit die Unternehmer den Tarif einhalten. Es stellte sich heraus, daß die Unternehmer Schächer und Schindler einigen Maurern nur 39 S Stundenlohn ausbezahlen. Diese Sache soll vom Vertrauensmann untersucht und zutreffendfalls auf Einhaltung des Tarifs gedrungen werden. Auch wurde beschlossen, eine Lohnkassette anzuschaffen und herauszugeben. Weiter beschloß die Versammlung, die Beiträge von 35 auf 50 S pro Woche zu erhöhen, die Beitragsmarke soll als Einheitsmarke gelten, wovon 40 S für die Hauptliste berechnet werden und 10 S für den Kassafonds am Orte verbleiben. Ein Antrag, daß der Vertrauensmann aus der Arbeit bleiben soll, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen fand der Antrag Annahme, daß, solange die Einheitsmarke noch nicht fertig ist, ein Extrabeitrag von 20 S pro Woche bezahlt wird. Nachdem vom Vorsitzenden noch aufgefordert worden war, das Beschlossene auch streng durchzuführen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer geschlossen.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 12. bis 18. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der Brückchen Verwaltung in Biel M. 600, Breslau 400, Friedberg 400, Halle a. S. 300, Straßburg 200, Frankfurt a. B. D. 150, Borna 150, Verden a. B. 150, Forst i. B. 150, Bausitz 130, Halbe 100, Wittenau 100, Wittenau 80. Summa M. 2760.

Zufußschick: Leipzig M. 200, Mannheim 150, Schwerin 150, Zobenhausen 100, Minden i. B. 100, Sandbach 80. Summa M. 780.

Altona, den 18. August 1906.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmsstr. 57.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschlag, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsverbände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Anfälle, mit kurzer Einführung der Beteiligten und der Verletzten, umgeben an den „Grundstein“ zu berichten. Eventuelle über die aus Anfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschlagbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

**Bromberg.** Am 14. August verunglückte der Kollege Wendlandt am Neubau des Maurermeisters Böhm in der Elisabethstraße dadurch, daß das Gerüst brach und der Kollege aus einer Höhe von drei Metern in die Tiefe stürzte. Glücklicherweise ist er mit einer leichten Verletzung im Gesicht davon gekommen. Ein Hausknecht blieb an Gerüst hängen, so daß er sich retten konnte. Als Ursache des Unglücksfalles ist die mangelhafte Ausführung des Gerüsts seitens der Auftraggeber anzusehen. Auch ist zu bemerken, daß der Baubeauftragte für seine Tätigkeit von einem Kollegen noch sehr scharf behandelt worden ist.

**Eger.** Samstag, den 11. August, verunglückte der Maurer Hermann Treichel am Neubau der Zuderfabrik Heddingen. Beim Steigtreiben schmiß ein über ihm stehender Kollege einen Stein gegen das Gerüst, der ihm in die Brust fiel und so unglücklich auf den Kopf schlug, daß ihm die Schädelknochen eingebrochen wurde. Nach dem Befinden des Verletzten zu schließen wird der Unfall nicht ohne nachteilige Folgen bleiben.

**Königsberg i. Pr.** Auf dem Neubau des Unternehmers Saarbach, Fuchsbürger Allee, brach am 9. d. Mts., Morgens 8 Uhr, ein Gerüst in der dritten Etage zusammen, schlug zwei Balkenlagen durch und stürzte in die Tiefe. Der Bauarbeiter Gustav Walter erlitt hierbei eine innere Verletzung und eine Beinverletzung, so daß er mittels Unfallwagens nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Als Ursache des Anfalls ist auf zu betonen, daß die Steifen des Gerüsts auf einem „Wegschlappen“ standen und daß durch die Schwere des Gerüsts die Zapfen ausfielen. Auf Bauten dieses Unternehmers sind die Schuttbordungen und Abdeckungen öfter mangelhaft und auch in sanitärer Beziehung bleibt manches zu wünschen übrig.

**Seesen.** Am 14. August verunglückte der Kollege Rudwig Wöhe aus Dammshausen am dem Neubau des Kreismaurermeisters Viel dadurch, daß er von dem sechsten Meter hohen Gerüst in die Tiefe fiel, wo er schwer verletzt liegen blieb. Der herbeigekommene Arzt Dr. Dobe stellte eine Gehirnerschütterung, Auslösung des linken Beines und eine schwere Kopfverletzung fest. Dieser Unfall geht wieder, wie notwendig es ist, daß die Seesener Kollegen ihre Gleichgültigkeit ablegen und an jedem Bau einen Baubeauftragten wählen, der sich die Beobachtung der Schuttbordungen angelegen sein läßt. Die Kollegen werden ersucht, alle Unfälle sofort dem Zweigvereinsvorstand zu melden. Der Bauarbeiterlag läßt hier noch viel zu wünschen übrig.

**Wiesbaden.** Am 16. August fiel der Schornsteinmaler Meyer in Westerholt beim Abtragen eines Kaminbleiters aus einer Höhe von 20 m herab auf das Dach eines Schuppens. Der Verunglückte hat beide Beine gebrochen; er wurde nach Bremen ins Krankenhaus gebracht.

**Bautenkontrolle in Halle a. S.** In der Zeit vom 28. Juni bis 2. Juli wurde hier von zwei Beauftragten der Bauarbeiterkassenkommission eine Bautenkontrolle vorgenommen.

Die Kontrolle erstreckte sich auf Gasse und Vororte. Kontrolliert wurden 87 Hochbauten, 12 Umbauten, 3 Tiefbauten, 25 Apparaturen und 9 Ausfachungen. Die Hochbauten verteilen sich auf 7 im Kellergeschoss, 6 im Parterregeschoss, zwei auf erste Etage, 5 auf zweite Etage, 1 auf dritte Etage, 10 im Dachgeschoss, 16 im Rohbau, 17 im Fuß, 22 zum Verputzen.

Der Rüstungsbau wird so lebhaft nach den polizeilichen Bestimmungen innegehalten. Zur Verwendung von Rüstholz bei Anstellen von Gerüsten hat die Kontrollkommission gütigst gutes und gefundes Holz vorgefunden. Dagegen wird Klage geführt, daß beim Verputzen der Standsäume unter denselben sehr selten Klammern oder Skaggen verwendet werden. Zum Befestigen der Gerüste werden Hans oder Drahtstränge benutzt, die im guten Zustand waren.

Die Abdeckungen (oder Staken) der Balkenlagen wurden überall vorgefunden bis auf kleine Öffnungen, wo die Weitergänge gewesen sind. Bei den Unternehmern Sartmann, Erbenauerstraße, und Wilsch, Weidenburgerstraße, waren sie sehr mangelhaft.

Schutgerüste oder sogenannte Fanggerüste waren überall vorhanden, aber nicht immer den Vorschriften entsprechend, da sie in vielen Fällen zu schmal waren und die Auffahrbretter fehlten.

Die provisorischen Sandgeländer waren überall vorhanden; nur der Unternehmer Jander, Wegscheiderstraße, machte eine Ausnahme. Immer wieder muß Klage geführt werden, daß zum großen Teil Material und Rüstholz auf den Treppen lagert, was beim Auf- und Abgehen den Gang sehr erschwert und die Möglichkeit, leicht zu stürzen, herbeiführt.

Auf allen 124 Arbeitsstätten waren Baubuden vorhanden, die im allgemeinen den Bestimmungen entsprechen. Zum größten Teile waren sie beschließbar, vor Wind und Wetter geschützt und mit Fenstern versehen. Nur bei dem Unternehmer Jander, Wegscheiderstraße, war die Baubude ohne Fenster. Von den 124 Baubuden sind 108 Bretterbuden, davon hatten 96 Fußböden, 9 waren im Keller, 5 im Parterre und 2 in der ersten Etage eingerichtet. Tische und Bänke waren überall vorhanden; nur auf dem Neubau des Unternehmers Gensel, Schmeckerstraße, fehlten sie. In bezug auf Reinlichkeit bleibt viel zu wünschen übrig.

Auf den 124 Arbeitsstätten wurden 120 Aborte vorgefunden. Es hatten 27 Bauten das Grundsteinfenster, 79 Bauten das Kommenfenster, 14 Bauten benutzten Aborte in fertigestellten Grundsteinen, 4 Bauten benutzten sie gemeinsam mit dem Nachbar. Nicht desinfiziert wurden 50 Aborte vorgefunden und 4 sehr mangelhaft. Auf dem Neubau des Unternehmers Jander, Wegscheiderstraße, konnten die Nachbarn von oben in den Abort hineinschauen; bei Wilsch, Schladitzhof, ist der Abort verfallend; bei Sartmann, Wilsch-



straße, erfolgte der Zugang über einen Haufen Glascherben; bei Ebert, Volkmarstraße, ist er sehr mangelhaft hergestellt. Auf 5 Bauten sind die Aborte im Keller eingerichtet, recht mangelhaft hergestellt und für die Zahl der beschäftigten Personen zu klein.

Auf 16 Baustellen fehlten die Unfallberühungsverschriften; auf 108 Baustellen waren sie sichtbar ausgehängt. In 111 Fällen war die Anleitung zur ersten Hilfeleistung nicht ausgehängt. Verbandzeug war auf 116 Baustellen vorhanden, auf 8 Baustellen fehlte es. Es müßte mehr Sorgfalt darauf gelegt werden, das Verbandzeug in einem handfreien Kasten untergebracht würde und nicht, wie bisher, lose in Papier oder in leeren Zigarrenkisten zc.

Der Materialtransport erfolgt im allgemeinen auf Reiten oder Laufbrücken. Die Reiten, welche zur Verbindung der einzelnen Geschosse dienen, waren aus feinem, gesundem Holz und nach ihrer Aufstellung oben und unten befestigt. In zwei Fällen wurden elektrische Motore verwendet, und zwar bei Rude, Schulneubau, und bei Reichardt, Mittelstraße.

Die Kontrolle erstreckte sich auch auf die Leitergerüste. Es kann festgestellt werden, daß sie den Bestimmungen entsprachen.

Für die Innenarbeiter, wie Maler, Töpfer, Stuckateure, kommt die Kontrolle wenig in Betracht, da sie zum größten Teile erst im Herbst und in den Wintermonaten über Mißstände zu klagen haben. Auch die Steinseher leiden unter den schlechten Verhältnissen; nur in seltenen Fällen sind für sie Unterflurräume eingerichtet, meist sind sie allen Witterungsverhältnissen ausgesetzt. Auf 24 ihrer Arbeitsplätze waren nur zwei Baubuden und drei Aborte vorhanden. Auf 3 Arbeitsplätzen war Verbandzeug vorhanden. Nirgend waren die Unfallberühungsverschriften ausgehängt. Auch bei den Tiefbauarbeitern, wie bei Ramifikations-, Gas-, Wasser- und Brunnenbau, sind die Arbeiter schutzlos den Witterungsverhältnissen ausgesetzt. Es ist dringend zu wünschen, daß Bestimmungen erlassen werden in bezug auf Sicherheit und das Vorhandensein guter Baubuden sowie fahrbarer Aborte für diese Berufe.

Wir ersuchen deshalb alle baugewerblichen Arbeiter, immer mehr Sorge dafür zu tragen, daß die gegebenen Bestimmungen von den Arbeitgebern auch eingehalten werden, nicht nur in Privatbetrieben, sondern auch im städtischen Betrieb, damit endlich einmal eine Besserung in bezug auf Arbeiterchutz eintritt.

**\* Bautenkontrolle in Wiesbaden.** Vom 19. Juni bis 29. Juni d. J. wurde durch die Bauarbeiterschuttkommission eine Bautenkontrolle in gründlichster Weise vorgenommen. Der Kontrolle unterworfen wurden im ganzen 73 Neubauten, 2 Tiefbauten, 15 Zimmerplätze, 15 Steinhauerplätze und 8 Dachbederwerplätze. Insgesamt waren bei diesen Betrieben 2394 Personen beschäftigt. Davon 2115 Personen an den Neubauten und 279 Personen auf den Werplätzen. In Gebäuden von Unternehmern, die dem Arbeitgeberverband angehören, waren 64 Bauten und 28 Werplätze. Bei diesen arbeiteten 1878 Personen an Bauten und 240 Personen auf Werplätzen. Die Unfallberühungsverschriften waren an allen Bauten und auf sämtlichen Werplätzen ausgehängt; die Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen fehlte auf 6 Werplätzen, während auf 10 Arbeitsplätzen Verbandstoffe wie auch Verbandzeug fehlte. Gerüste wurden an 2 Bauten teilweise von Zimmerern hergestellt, an 71 Bauten wurden die Gerüste von Maurern und Bauhilfsarbeitern errichtet. Die Baugruben der 2 Tiefbauten wurden von eigens darauf eingewiesenen Reuten verschalt. Gutes, das heißt, eine Gefahr möglichst ausschließendes Gerüstmaterial war an 69 Bauten vorhanden; in gutem, möglichst sicherem Zustande waren die Gerüste an 46 Bauten. Geländer oder Sandbänke fehlten an 11 Bauten und Sockelbreiter an 10 Bauten. Die Wallelagen waren nur mangelhaft abgedeckt an 83 Bauten. Bis zur Fertigstellung der Dacharbeiten blieben an 47 Bauten die Mauergerüste stehen. Schutzbücher für unten beschäftigte Arbeiter fehlten an 49 Bauten. An 63 Baustellen fehlten die Sockelbreiter, während an 8 Bauten die Geländer an Treppen fehlten. Die Aufzugsgerüste wurden an 67 Bauten durch die Maurer einer sorgfältigen Prüfung unterworfen. Das Besprengen der Baugrube, um die Staubentstehung zu beschränken, geschah an 21 Bauten und auf 5 Steinhauerplätzen. Gerüste und sonstige Schutzvorrichtungen wurden seitens der Besizer der Bauberechtigungsrechte in nachsichtbarer Weise an 43 Bauten kontrolliert. Krinohasser war an 3 Bauten, 7 Steinhauerplätzen und 4 Zimmerplätzen nicht vorhanden. An 2 Bauten fehlten die vorgeschriebenen Baubuden, an 83 Bauten waren Zimmer im Bau als Baubuden hergerichtet. Besondere Unterflurräume fehlten auf einem Zimmerplatz und 4 Steinhauerplätzen; ohne dichte Seitenwände waren 11 Baubuden, an 5 Baubuden war das Dach nicht wasserdicht, an 18 Baubuden waren keine Fenster und an 4 Baubuden konnten die Fenster nicht geöffnet werden, während an 3 Baubuden keine verschließbare Tür vorhanden war. Mit Gipskuboden belegt waren 28 Baubuden, 21 waren ohne Holz- oder Gipskuboden. In 20 Baubuden waren Kisten für Werkzeug untergebracht, in 18 wurden Baumaterialien gelagert und in 41 waren nur Bänke vorhanden. Oefen wurden in den Baubuden an Sommerbauten nicht aufgestellt. Von den Baubuden boten 21 nicht genügenden Raum für die am Bau beschäftigten Personen. Eine Baubude war im Keller eingerichtet und 41 Baubuden wurden regelmäßig gereinigt. An 3 Baustellen war ein Abort nicht vorhanden, ebenso fehlte ein solcher auf einem Steinhauerplatz und auf einem Dachbederwerplatz. An 5 Aborten konnte von den Baustellen aus hineingesehen werden, an 11 Aborten fehlte das Dach und an 18 fehlten die Gipsbrillen. 29 Aborte hatten dichte Fußböden und 49 waren mit Türen versehen; 11 hatten dichte Gruben, bei 31 waren Zonen, während 23 Ramifikationsplätze hatten. Bei 30 Aborten wurde für geregelte Abfuhr gesorgt, 20 wurden regelmäßig gereinigt, während nur 10 Aborte desinfiziert wurden. 8 Aborte waren in nächster Nähe der Baubuden aufgestellt und an 14 Bauten war die Zahl der Aborte zu gering gegenüber der Zahl der Beschäftigten. Abfloranlagen waren nur an 2 Bauten, ebenso fehlten sie gänzlich an 23 Zimmer- und Steinhauerplätzen. Von den Aborten waren 7 in Kellern und 17 in den Portieräumen untergebracht.

Bezüglich der Beschaffenheit der Aborte und Baubuden ist von dem kontrollierenden Mitgliede unserer Bauarbeiterschuttkommission die Beobachtung gemacht worden, daß es gerade die Staats- und städtischen Bauten sind, die die größten Mängel aufzuweisen haben. Anstatt daß von den Baubehörden mit peinlichster Sorgfalt darauf Bedacht genommen würde, daß die Bauberechtigungen der Staats- und städtischen Bauten als Muster für die Privatunternehmer gelten können, ist an den meisten dieser Bauten das Gegenteil der Fall; und die Privatunternehmer berufen sich auf Vorurteile, auf die Tatsachen. Wie sich diese Nichtachtung rächt, dafür ist der Bahnhofneubau der Hauptstütze. Beweis, wo an Abdeckungen und Schutzgerüsten sehr viel auszuheilen ist. Und noch viel, Leben und Gesundheit der Bauhandwerker sind wie bei den Vergewaltigten in ständiger Gefahr. Wenn die Leute zur Arbeit gehen, dann stehen sie mit einem Fuß im Grabe. Das zeigt die verflochtenen Wege zur Genuge. Am Bahnhofneubau stützten ein Italiener ab, in der Schulbacherstraße am Neubau Sängerkreis ein Zimmerer und in der Büdingenstraße ein Kändler. So fordert der Baubetrieb ungezählte Opfer an Leben und Gesundheit.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

**\* Einigungsamt für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.** Sitzung vom 2. August 1906. Der Vorsitzende gab einen während der letzten Wochen in mehreren Zeitungen aufgetauchten Vorfall betreffend Umgestaltung des Einigungsamtes bekannt. Die in dem Artikel ausgesprochene Ansicht, statt des einen für manche dringende Fragen nicht genügend unterrichteten ständigen Einigungsamtes vier bis fünf Filialen zu errichten, welche die in den Schlichtungskommissionen unentgeltlich gebliebenen Streitigkeiten sowie auch über Angelegenheiten, die den Bezirk der betreffenden Filiale betreffen, entscheiden sollen, teilte das Einigungsamt nicht. Die eingehende Verhandlung der dringenden Verhältnisse und Bedürfnisse ist durch die stets zu hörenden Schlichtungskommissionen genügend gesichert, dagegen würde die einheitliche Durchführung des abgeschlossenen Vertrages durch Bildung von Filialämtern gefährdet werden.

Die weiter in diese Richtung eingebrachten Ansichten über Diktierung der vom Leiter und Beisitzer des Einigungsamtes und Einziehung der sämtlichen entstehenden Kosten von den Ständen des betreffenden Bezirks oder von den beteiligten Arbeitgebern lehnt das Einigungsamt rundweg ab.

Von dem eingegangenen Beschlusse der Schlichtungskommission Wittenfeld vom 25. Juni 1906, wonach bis zum Ablauf der Vertragsdauer für Bauhilfsarbeiter 1-4 über den festgelegten Lohn zu zahlen ist, gab der Vorsitzende Kenntnis. Gewerkschaftssekretär Werner erklärte diesen Beschlusse dahin, daß der Lohn der Bauhilfsarbeiter für dieses Jahr auf 41 und vom 1. April 1907 ab bis zum Ablauf der Vertragsdauer auf 43 A. festgelegt ist. Falls die Schlichtungskommission Wittenfeld auf Anfrage diese Erklärung bestätigt, stimmt das Einigungsamt diesem Beschlusse zu.

Die Frage, ob die Bestimmungen des Vertrages auf Maurer- und Zimmerpolier Anwendung finden, wurde wie folgt entschieden: Die eigentlichen Polierer, die eine beamtenähnliche Stellung haben, fallen an sich nicht unter den abgeschlossenen Vertrag, zumal da auch ihre Organisationen nicht am Vertragsabschluss beteiligt gewesen sind. Dagegen finden die Vertragsbestimmungen auf die sogenannten Bispolierer, Vorarbeiter, Stößelgeisen und sonstigen Personen, die vorübergehend Polierfunktionen ausüben, Anwendung.

Der Streikfall Fröhslich kontra Bielefeld in Selsenkirchen wird, da die Unterlagen nicht zweifelsfrei sind, an die Schlichtungskommission zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen. Es ist festzustellen, was Kläger gemeint hat, als er den Beklagten auf die Worte: „Wenn sie solches nochmal sagen, werden sie entlassen“, die Antwort gab: „Dieses ist mir auch recht“. Je nachdem er gemeint hat, ich bin damit einverstanden, daß ich im Falle der Wiederholung sofort entlassen werde, oder ich bin bereit, auch sofort zu gehen, ist die sofortige Entlassung zu Unrecht oder zu Recht erfolgt.

Eine Anfrage der Gewerkschaftsbeamten Rodde und Werner, ob die Kletter Gerben und Sordel, die vor etwa zwei Jahren aus dem Amte Bochum-Nord gebildet sind, in den Geltungsbereich des abgeschlossenen Arbeitsvertrages gehören, wird bejaht. Die Kletter Gerben und Sordel gehören zum Geltungsbereich des Arbeitsvertrages. Sie sind bei Abschluß des Vertrages in das Lohngebiet Amte Bochum-Nord aufgenommen worden.

Zu der Beschwerde des Obmannes der Schlichtungskommission Aufrort gegen den Vorsitzenden dieser Schlichtungskommission, daß auf zweimaliges Ansuchen eine Sitzung der Schlichtungskommission nicht anberaumt sei, erklärte der anwesende Vorsitzende der Schlichtungskommission Aufrort, Franz Heinemann, daß er stets die Arbeitgeber ersucht habe, den vorgeschriebenen Bescheid abzugeben. Eine Antwort ist ihm aber von den Betroffenen nicht gekommen. Auf die Einladung zu einer Sitzung der Schlichtungskommission würden die Arbeitgeber selbst wegen mangelnden Interesses nicht erscheinen.

Das Einigungsamt beschloß hierzu: Der Vorsitzende der Schlichtungskommission hat innerhalb dreier Tage eine Sitzung der Schlichtungskommission einzuberufen, in der über die Beschwerden zu entscheiden ist. Sollten die Vertreter der Kommission aus dem Kreise der Arbeitgeber nicht erscheinen, so wird der Vorsitzende der Schlichtungskommission ausdrücklich ermächtigt, mit dem Gegenstand zusammen die vorliegenden Sachen zu entscheiden. Er wird ferner berechtigt, damit andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zur Sitzung der Schlichtungskommission heranzuziehen. Erscheinen die Beklagten oder die Kläger auf ergangene Vorladung ohne genügende Entschuldigung nicht, so ist die betreffende Partei ohne weiteres nach dem Klageantrage zu verurteilen.

Dann wurde zur Sprache gebracht, daß allen Mahnungen und Aufforderungen ungeachtet, auf nicht wenigen Bauplätzen im Bezirke der Schlichtungskommission Aufrort die im Vertrag festgelegte Arbeitszeit überschritten wird. Die tariffreien Unternehmer wie Arbeiter geraten hierdurch in eine unangenehme Lage, und der ganze Bestand des Tarif wird hierdurch auf die Dauer in Frage gestellt. Es wird beschlossen, dem Arbeitgeberverband und den Arbeiterorganisationen sowie der Schlichtungskommission Aufrort aufzugeben, alles zu versuchen, damit auch im Aufrorter Bezirk der Vertrag in allen Geschäften genau eingehalten wird. Bleibt auch dieses Mittel erfolglos, so werden schon

im voraus die Arbeiterorganisationen hiermit ersucht, über diejenigen Baustellen, auf denen nach dem 18. August c. länger als die vertragsmäßige Zeit gearbeitet wird, ganz gleichmäßig, mögen sie dem Arbeitgeberverband angehören oder nicht, die Sperre zu verhängen, sie aber sofort wieder aufzuheben, sobald die Einhaltung des Arbeitsvertrages vom betreffenden Baugewerkschaftsamt festgestellt ist. Die Organisationen, insbesondere die Schlichtungskommission Aufrort, werden ersucht, von diesem Beschlusse den beteiligten Baugewerkschaften und Arbeitern umgehende Mitteilung zu machen. Sollten hierbei Arbeiter arbeitslos werden, so sollen sie anderorts von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in erster Linie bei Neueinstellungen beschäftigt werden. Der Arbeitgeberverband wie die Organisationen der Arbeiter sollen über den Erfolg dieser Maßnahmen in der nächsten Sitzung des Einigungsamtes berichten.

Dem Antrag des Arbeitgeberverbandes auf Regelung der Lohnverhältnisse im Bezirke der Stadt und des Amtes Werne und für die Bezirke Oberaden, Heil und Rünthe wird insofern stattgegeben, als das Einigungsamt mit dem Anschluß der genannten Ortsteile an das wirtschaftlich gleich zu achtende Lohngebiet Bienen-Court einverstanden ist, falls die Sozialorganisationen auf Anfrage Bedenken nicht erheben.

Die Behauptung des Vorsitzenden der Schlichtungskommission in Dortmund zur Einberufung einer Sitzung über Beschwerden, betreffend Aborte auf Baustellen zc., wird formell als zutreffend anerkannt. Das Einigungsamt hält es aber im Interesse des guten Einvernehmens für angezeigt, auch die hier vorgebrachten Beschwerden der Schlichtungskommission vorzulegen. Die Streikfrage über das Eingehen von Frühfrüh und Bepfer außerhalb oder innerhalb der Pausen wird dagegen als eine Streikfrage aus dem kollektiven Arbeitsvertrage (§ 2 Arbeitszeit) angesehen. Materiell beschloß das Einigungsamt: Wo bisher das Eingehen des Frühfrüh oder des Bepfers von einem Arbeiter vor Beginn der Pause für die übrigen Arbeiter der betreffenden Baustelle geschah, soll es auch für die Zukunft beibehalten werden, wo dies nicht der Fall war, soll es auch künftig dabei bleiben. Die einzelnen Schlichtungskommissionen sollen die Angelegenheit, wenn sie an einem Tage freitig wird, bemeislegend regeln.

**\* Die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt** für die künftige fünfjährige Wahlperiode, die am 1. Januar 1907 beginnt, sind vom Reichsversicherungsamt vorgewählt ausgehrieben und ist der Endtermin für die Wahl auf den 15. September d. J. festgelegt.

Als Vertreter der Arbeiter sind für die Industrie, im Bergbau, im Eisenbahnbetrieb und das Baugewerbe zwei nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 36 Stellvertreter zu wählen. Für die Land- und Forstwirtschaft sind gleichfalls zwei nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 24 Stellvertreter zu wählen. Für die See-Verkehrsgewerkschaft sind zwei nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied zwei Stellvertreter zu wählen.

Die Wahlen erfolgen einheitlich für ganz Deutschland von den Besitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, für die benannten drei Vorgesetzten getrennt.

Die Vorbereitungen zur einheitlichen Vornahme der Wahlen sind von dem Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Zentrale für das deutsche Krankenversicherungsgesetz getroffen.

Es ist den Gewerkschaftsvereinen und Arbeitersekretariaten am Eise der einzelnen Landesversicherungsanstalten der Auftrag zu teil geworden, die nötigen Vorbereitungen zu treffen für die Auffstellung geeigneter Kandidaten. Die von diesen Korporationen vorgeschlagenen Kandidaten sind auf einer gemeinsamen Liste den Schiedsgerichtsbesitzern zur Wahl empfohlen. Wir richten deshalb auch an dieser Stelle an die Schiedsgerichtsbesitzer das dringende Ersuchen, für jene Liste zu stimmen. Die Schiedsgerichtsbesitzer haben selbst genügend Gelegenheit, Einsicht zu nehmen, wie wertvoll in der Rechtspflege die Vertretung der Arbeiter ist. Wir brauchen Männer, die objektiv ihres Amtes walten und in der Lage sind, einseitige, ungünstige Darstellungen, die zu Ungunsten der Arbeiter gegeben werden, zurückzuweisen. Mehr als je ist heute in gewissen Kreisen, die von jeder Feinde sozialpolitischer Reformen gewarnt sind, die Meinung vorherrschend, von einer Minderzahl der Arbeiter zu sprechen. Daß nicht auch die Rechtspflege immer mehr sich in den Vann dieser einseitigen Anschauung stellt, wird mit der Aufgabe einer tüchtigen Arbeitervertretung sein.

## Polizei und Gerichte.

**\* Mott's „Ehre“ gerettet!** Der in Karlsruhe domizilierende „Grillische Gewerkschaftssekretär“ Mott hat die moralischen Bauplätze, die wir ihm bei der Würdigung der „gelben Gefahr“ notwendigerweise applizieren mußten, nicht vertragen können. Er ist zum Abi gelaufen und hat gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes, Kollegen W i n n i g, Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Sache wurde am 10. August vor dem Schöffengericht Karlsruhe verhandelt. Die Verleumdung erblühte Mott nicht in der Feststellung der Tatsache, daß er während des Düsseldorf Streiks „Arbeitswillige“ in großer Zahl nach dem Streik geschleppt hatte, sondern nur in der Bezeichnung „Hauptmann der Streikbrecherregimente“. Es ist eine psychologische Werturteil, daß derselbe Mensch, der alle unsere Feststellungen ruhig bestritt, ohne zu erröten, plötzlich so empfindsam gegen die Konsequenzen seiner Handlungen wurde. Durch die Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß Mott bei dem Streik in Düsseldorf nicht nur beteiligt hat, daß die von ihm angeführten Mitglieder als „Arbeitswillige“ weiterarbeiteten, sondern daß er auch in den Dörfern und Ortsteilen der Nachbarschaft umkreiste, um weitere Arbeitskräfte für die Unternehmer herbeizuschaffen. Diese Behauptungen der bereiten Zeugen wurden von Mott widerstandslos hingenommen, sie sind also im ganzen Umfang wahr! Ein anderer Teil des Strafantrages des Mott stützte sich auf einen Bericht über den Streik der Pfiesenleger in Karlsruhe. Dort hatte er ohne Wissen und sicher gegen den Willen der Streikleitung mit den Unternehmern zu verhandeln gesucht. Auch dies war in unserem Bericht mit dem richtigen Namen bezeichnet. Obgleich auch



hier alle Behauptungen bewiesen wurden, kühlte sich Motts unzufrieden auf, daß die Sache nicht zu seinen Gunsten entschieden wurde. Seine Klage hatte den Bombenerfolg, daß Kollege Wilmig zu A. 60 Geldstrafe verurteilt wurde. Das schließliche Urteil liegt uns noch nicht vor, so daß wir von den Gründen nur sehr wenig sagen können. In der Verhandlung wurde der Vorstehende einen Vergleich herbeizuführen. Mott verlangte nicht mehr, als daß der Beklagte erklären sollte, die Behauptungen in seinen Urteilen seien „ungerechtfertigt“. Da sich der Angeklagte jedoch weder dazu hergeben wollte, öffentlich und öffentlich Unwahrheiten zu erklären, noch willens war, das Erstgeburtsrecht der Wahrheit gegen das Einfingerring eines Vergleichs zu verlaufen, so nahm er eine Verurteilung auf sich.

Im allgemeinen basiert das Urteil auf dem Gedanken, daß das Wort Streifbretter zweifellos eine Beleidigung sei. Nun könne sie zwar bei Wahrung berechtigter Interessen straflos bleiben, aber hier sei die schimpfliche Bezeichnung Streifbrettergerant usw., insofern nicht angebracht, als die Hagerische Partei behauptete, der Streit in Düsseldorf habe für die Christlichen nicht existiert, da sie ihn nicht mit beschloßen hätten. Darum könne das Gericht eine Verpflichtung der vom Kläger vertretenen Gewerkschaft, nicht gegen den Streit zu arbeiten, nicht als gegeben ansehen, und habe diese Verpflichtung gefehlt, so seien auch die Vorwürfe nicht gerechtfertigt.

Die Verhandlung brachte übrigens einen Zwischenfall, der das Urteil verständlich erscheinen läßt. Gleich zum Anfang der Vernehmung erzählte der Vorstehende, daß wegen desselben Falles bereits ein Urteil des Greifelder Schöffengerichts vorliege, das den „Beleidiger“ zu A. 25 Geldstrafe verurteilt habe. (Damals handelte es sich, so weit wir uns im Augenblick erinnern, um eine Klage gegen den Gaudobereitenden Wirt.) Der Vorstehende wollte dem Angeklagten damit sagen, daß nach Ablehnung des Vergleichs eine Verurteilung sicher sei. Dabei playbarte er über die Entscheidungsbegründe des Greifelder Urteils und verschwieb auch nicht, daß er sich auf denselben Standpunkt stelle. Darauf lehnte der Anwalt Wilmig, Dr. Ellenbogen, den Vorstehenden wegen Verlogenheit ab. Das Gericht hielt jedoch den Antrag für „nichtig“. Nach diesem Vorgang war die „Ehrenrettung“ des Mott so gut wie perfekt. Das Urteil soll auch im „Grundstein“ und in der „Baugewerkschaft“ auf Kosten des Beklagten veröffentlicht werden. Den Kommentator dazu werden wir umsonst liefern.

**\* Etwas vom Volkseigenen in der Provinz Sachsen.** Der Zweigverein S a n a hielt am 13. Mai d. J. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der der Beschluß gefaßt wurde, am dritten Pfingstfeiertag ein Vergnügen in geschlossener Gesellschaft abzuhalten. Der Verein befahl aber die höchste überläufige Möglichkeit, das Vergnügen beim Amtsdorftorher Schellenberg anzuwenden. Dieser stellte eine Bescheinigung aus, daß das Vergnügen nicht gestattet würde, weil die Maurerorganisation ein politischer Verein sei. Der Vorstehende erklärte dem Kommando, daß das Vergnügen trotzdem abgehalten würde, und so geschah es. Nachdem aber die Freude bis 9 Uhr gebauert hatte, erschien plötzlich der Gendarm Thiemer aus Wittenberg und forderte zum Schließen des Vergnügens auf. Als dieser Aufforderung nicht entsprochen wurde, drängte sich der Gendarm unter die Tanzenden, obwohl ihm vom Vorstehenden, Kollegen Sänger, weil ohne Eintrittskarte, der Zutritt verweigert worden war. Der Aufforderung des Gendarmen an die Musiker, mit Spielen aufzuhören, wurde nicht entsprochen. Der Hinterrück, daß der Eindringling sich des Hausfriedensbruchs schuldig mache, blieb seinerseits unbeachtet; er erklärte vielmehr, er würde nicht früher den Saal verlassen, bis der letzte Mann hinaus wäre. Der Verein habe keine Erlaubnis, und dann sei auch der Saal baufällig (an der Decke war an zwei Stellen der Putz abgeblättert und mit Papier beklebt). So war es auch schon bei dem früheren Inhaber dieses Lokals, in dem sich alljährlich 180 bis 200 Mann zur Kontrolle versammelten, auch wurden früher Vergnügen darin abgehalten, ohne daß die Polizei etwas einzuwenden hatte. Der Saal war von der Behörde auch nicht verboten. Seit aber die Maurer hier verkehren, soll der Saal auf einmal baufällig sein. So wurde nun auch der Saal verlassen und die Gäste langten dann in der Vereinsstube. Gegen 10 Uhr erschien der Gendarm nochmals, um nachzusehen, ob jemand im Saal war. Der Saal war bisher noch nicht baufällig, und so ist er auch bei der jetzigen genauen Untersuchung für gut befunden worden.

Aus Anlaß des Vergnügens erhielten nun vier Kollegen, die zur Verwaltung gehören, sowie der Wirt je ein Strafmandat von A. 15. Der Amtsdorftorher hat aber mit den Maurern kein Glück. Durch richterliche Entscheidung wurden die fünf Mann am 12. Juli vom Schöffengericht in Zeitz freigesprochen. Dem eifrigen Amtsdorftorher wurde erklärt, daß seine Verurteilung auf eine Verfügung des Landrats unwirksam sei. Weder der Landrat noch der Amtsdorftorher habe ein Recht zu einer solchen Verfügung. Der Ausgang dieser Klage ist für den Amtsdorftorher gerade so „ruhmvoll“ wie seine Klage gegen die Organisation im vergangenen Jahre, wo seine Strafmandate wegen einer nicht angemeldeten Versammlung vom Schöffengericht ebenfalls nicht bestätigt wurden. Damals wurden die Versammlungen in der „Sonne“ abgehalten; das Lokal wurde aber den Kollegen wieder entzogen. Nun mußten die Kollegen eine Stunde weit gehen und die Versammlung in G o r n i g abhalten. Seit dem 30. März d. J. steht den Kollegen das „Weiße Roth“ zur Verfügung, das seinerzeit nur vom Amtsdorftorher und seinen Genossen besetzt wurde. Die Behörde hat selbst anerkennen müssen, daß dieses Lokal gut ist. Die Kollegen von S a n a und Umgebend mögen nun auch zeigen, daß sie ein anerkannt gutes Lokal auch zu schätzen wissen.

**\* „Streifbretter“, eine Beleidigung?** Ueber diese Frage entspann sich vor dem Schöffengericht in E S L n zwischen Präsidium, Schöffen, Verteidiger und Staatsanwalt ein Auseinandersehen. Ein Mitglied des Deutschen Solgarbeiterverbandes soll zur Zeit des Kölner Baustichfestes ein Arbeiterwerkmeister und einen Gefellen durch das Wort Streifbretter beleidigt, ferner zu einem Unternehmer gesagt haben: „Sie beschäftigen ja nur Streifbretter!“ Der Präsident fragte ihn: „Haben Sie sich denn dadurch beleidigt gefühlt?“ Der Unternehmer erwiderte: „Ja, ich

habe es als eine Ehrenkränkung empfunden; der katholische Verband streifte nicht, nur der sozialdemokratische; die Leute waren keine Streifbretter.“ — Präsident: „Wer zu den von dem Streit berührten Arbeitern gehört und nicht mitstreift, der ist doch ein Streifbretter.“ Ein Schöffe: „Selbstverständlich, die nicht mitstreifen, sind alle Streifbretter.“ Der Staatsanwalt war anderer Ansicht. Der Verteidiger und ein Schöffe widersprachen ihm, worauf er meinte, man könne über die Sache streiten. Das Gericht erklärte in dem Urteil: „Ob das Wort „Streifbretter“ an sich beleidigend sei, bleibe dahingestellt; der Angeklagte habe es aber mit der Absicht gebraucht, jemanden kränken zu wollen.“ Das Urteil lautete auf A. 10 Geldstrafe.

**\* Schadenersatzanspruch wegen Voyott endgültig abgewiesen.** Im Frühjahr 1904 hatte das Kieler Gewerkschaftsgericht zur Untersuchung des Waderstreichs einen Auftruf in der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ erlassen, worin diejenigen Waderstreicher genannt wurden, die die Forderungen der Gefellen bewilligt hätten. Das Publikum wurde aufgefordert, kein Brot von Streifbrettern zu essen, sondern in den geregelten Waderstreichen zu kaufen. Hierauf haben drei Wadermeister gegen den Streifbretter und den Verleger des Flugblattes Klage erhoben mit der Begründung, daß sie durch den etwa vier Monate währenden Voyott mehrere tausend Mark Schaden gehabt hätten. Diesen Schaden verlangten die Kläger, gestützt auf die §§ 823, 824, 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 153 der Gewerbeordnung, von den Beklagten ersetzt. Diese Paragrafen lauten:

§ 823. Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalt des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.

§ 824. Wer der Wahrheit untreu eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen, hat dem anderen den daraus entstehenden Schaden auch dann zu ersetzen, wenn er die Unwahrheit zwar nicht kennt, aber kennen muß.

Durch eine Mitteilung, deren Unwahrheit dem Mitteilenden unbekannt ist, wird dieser nicht zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er über der Empfänger der Mitteilung an ihr ein berechtigtes Interesse hat.

§ 826. Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.

Das Landgericht Kiel erachtete den Tatbestand der angeführten Paragrafen und des § 153 der Gewerbeordnung für vorliegend und gelangte zu einer Verurteilung der Beklagten dem Grunde nach. Auf ihre Berufung wurde das landgerichtliche Urteil vom Oberlandesgericht Kiel aufgehoben und die Klage mit ihrer Klage vollständig abgewiesen. In den Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Der § 823 schließt nur einen unmittelbaren Eingriff in ein bestimmtes Recht. Durch den Voyott wurde aber zunächst nur auf die Kunden eingewirkt. Auch liegt kein widerrechtlicher Eingriff vor, denn ebenso wie die vernichtende Konklusion, seien Streif und Voyott schon lange als berechtigte Kampfmittel gebilligt, wie dies auch in § 152 der Gewerbeordnung ausgedrückt sei, und wie auch die Ausübung der Arbeitgeber ein erlaubtes Kampfmittel darstelle. Damit solle aber auch der aus § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgeleitete Anspruch, denn ein erlaubtes Recht könne nicht als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden. In vorliegendem Falle sei das Ziel des Voyotts nicht Schädigung der Kläger, sondern die Erlangung besserer und menschwürdiger Arbeitsbedingungen gewesen und deshalb auch rechtlich und sittlich erlaubt. Auch § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sei nicht verletzt worden, da die Behauptung, der wesentliche Punkt der Voyottklärung — die Behauptung, daß die Waderstreichen die Forderungen bewilligt hätten — wahr sei, und auch wenn eine unwahre Tatsache in Nebenpunkten etwa verbreitet sei, zu Gunsten der Beklagten der zweite Satz des § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Anwendung gelangen müsse. Der endlich aus § 153 der Gewerbeordnung vom ersten Richter gegen die Beklagten abgeleitete Anspruch beruhe auf einer Verletzung des Rechts, daß § 152 der Gewerbeordnung den gewerblichen Arbeitern gebe. Infolge dessen mußten die Ansprüche der Kläger abgewiesen werden.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist nunmehr kürzlich vom 4. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen worden.

Damit hat das Reichsgericht durch seine zivilrechtlichen Sätze wiederholt dem Gesetz entsprechend anerkannt, daß Streif und Voyott berechtigte Waffen der Arbeiter, und daß die wegen Gebrauchs dieser Rechte auf Schadenersatz abgeleiteten Ansprüche einzelner Unternehmer und Unternehmerverbände unzulässig sind. Das Urteil ist um so beachtenswerter, als sich Fälle häufen, in denen selbst Gewerbeverbände das Koalitionsrecht und seinen Gebrauch angehen.

## Verschiedenes.

**\* Zur Hygiene des Badezimmers.** (Aus der „Kommunalen Praxis“.) Die Tatsache, daß die Badegewohnheit allmählich viel größer ist, wo die Mode der enganliegenden Kleider, die ja im Prinzip besten Schutz gegen die Verschmutzung des Körpers gewähren, nicht herrscht, wo die Kleidung leichter und luftiger und oft nur dazu da ist, die Scham zu bedecken, hat besonders in neuerer Zeit eine starke Strömung hervorgerufen, das Badegewohnheit der Bevölkerung zu weiden und die Badegewohnheit wieder recht allgemein zu machen. Die schlechten sozialen Verhältnisse selbst der kulturell höchststehenden modernen Völker, die der

breiten Masse kaum das Nötigste zum Unterhalt gewähren, bringen es mit sich, daß alles andere, was nicht gerade der Befriedigung des Hungers und zur Befriedigung des Körpers dient, fast schon als Luxus betrachtet wird. Aus den zahlreichen Wohnungserhebungen kennen wir diese Tatsache zur Genüge, und könnte man die körperliche Unreinlichkeit, die mangelhafte Pflege der Sauberkeit in Kleidung und am Körper in statistische Zahlen fassen, man würde Wunder erleben. Die Ausübung des Schwimmens und die Wirksamkeit der Wärmeabgabe seitens des Körpers sind noch die am entferntesten liegenden Ziele. Viel wichtiger ist dem Hygieniker und Sozialpolitiker eine ausgiebige Reinigung und die Abhärtung des Körpers gegen atmosphärische Einflüsse zu erreichen.

Daß die Erziehung der großen Masse der Menschen zur körperlichen Sauberkeit von ganz hervorragender Wichtigkeit ist, wird jeder zugeben, der die Bedeutung der Bemühungen für die Reinhaltung des Erdbodens, der Luft und der Wasserläufe, für die Beschaffung reinen Trinkwassers und gesunder Nahrungsmittel anerkennt. Denn alle diese Mittel können ihren Zweck nur unvollkommen erreichen, solange dasjenige Wesen, zu dessen Schutze all dieses geschieht, an seinem eigenen Körper den besten Nährboden für die schädlichen Einflüsse von außen abgibt. Ist es doch oft durch die beste Ventilation unmöglich, die Luft in Räumen rein zu halten, weil die überliefenden Ausdünstungen infolge von Zerlegung des sich auf der Haut und in den Kleidern anammelnden Schmutzes die Luft ständig verderben. So findet man oft in einem Saale eine geringe Kostenjäuremenge und doch einen höchst unedlen und unangenehmen Geruch. — Wie in der Therapie der Hautkrankheiten die geradezu bis ins Mikroskopische gehende peinlichste Sauberkeit die größte Rolle spielt, so auch am gesunden Körper, der jeden Tag und jeden Augenblick leichten Verletzungen ausgesetzt ist, deren jede Keimstätte zwar nicht gleich zu einer Gefahr werden muß, es aber werden kann und oft genug geworden ist. Zudem ist nicht zu unterschätzen, daß die Fürsorge für die körperliche Reinlichkeit zugleich eine Rückwirkung haben muß auf die Reinlichkeit in der Wohnung und der Kleidung, auf eine erhöhte Selbstachtung der betreffenden Personen und schließlich auch auf die Achtung der Umgebung in Bezug auf Reinlichkeit, die ja leider, wie das Fortwerfen von Resten, Papier, das Ausweisen liberal dort, wo nicht gerade die eigene Wohnung berunreinigt wird, beweist, noch außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt.

Diesen Ueberlegungen wenigstens teilweise folgend, haben fast alle großen Gemeinden sich der Aufgabe unterzogen, ihren Einwohnern durch Anlage von Anlagen Badegelegenheit zu verschaffen. Leider scheint mir dabei zu wenig Gewicht gelegt worden zu sein auf einen Punkt, nämlich auf die peinlichste Sauberkeit in den Badeanstalten selbst. Damit soll weniger gesagt sein, daß gerade die Reinhaltung überall zu viel zu wünschen übrig läßt, als daß die Anlage durch die Art der verwendeten Stoffe gar nicht sauber genug gehalten werden kann. Namentlich bei den Anlagen mit Wannenbädern erwacht eine besondere Schwierigkeit aus der Feuchtigkeit der Luft, die aus den kleinen Wannen sehr schwer zu entfernen ist, weil sich so kleine Räume außerordentlich schwer ventilieren lassen. Die beständige mit Wasserdampf gesättigte Atmosphäre schlägt den Wasserdampf an den kalten Wänden nieder und diese bleiben ständig mit einer Tropfenwand überzogen. Die Wände selbst haben meist einen dumpfen, modrigen Geruch, den den Aufenthalt in ihnen zu einem ungemütlichen macht und durchaus nicht geeignet ist, die Badefreudigkeit zu wecken und zu erhöhen. In besonderer Nähe ist das der Fall, wenn die Wände nicht aus festem, glattem Material hergestellt sind, sondern nur dem Anstrich eine gewisse Glätte verdanken. Der Anstrich blättert ab und die ganze Wand durchzieht mit Feuchtigkeit, die nicht mehr aus ihr zu entfernen ist. Sparen ist deshalb beim Bau von Badeanstalten nur übel angebracht. Wie man gewohnt ist, Aborte in großen Wohnhöfen usw. gänzlich aus Marmor zu bauen, eben der größeren und leichteren Sauberkeit wegen, so müßte man sich an dies Prinzip auch für Badeanstalten gewöhnen. In Granit oder Marmor kann die Feuchtigkeit nicht eingieken, die Ventilation ist besser zu betreiben, und der dumpfe Geruch kann den Wänden nicht anhaften.

Ein großer Saal ist nun bekanntlich viel leichter zu ventilieren, als viele kleine Zellen. Man sollte deshalb mehr und mehr zu den Regenbädern übergehen, die ihrem Zweck, Reinigung des Körpers und Abhärtung der Haut zu gewähren, durchaus und vollkommen zu erfüllen im Stande sind, dazu aber noch die wichtige Eigenschaft der Billigkeit der Anlage und des Betriebes haben. Die Bädern können zudem miteinander verbunden und die Beleuchtung der Oberlichter läßt sich günstiger betriebsförmigen, Eigenschaften, die nicht zu unterschätzen sind.

Ein weiterer Punkt, der besonders bei Wannen- und Schwimmbädern zu wenig Beachtung findet, ist die Schwierigkeit der Reinhaltung der Wannen, der Wäffeln und des Wassins. Nach dem Abflusse des Badewassers bleibt, besonders wenn Seife benutzt worden war, Schmutz an den Wänden der Wanne zurück, der nur mechanisch durch Reiben entfernt werden kann, eine Prozedur, die in viel benutzten Wannen — und das sind die Wannenbäder fast stets — bei der Intensität des Betriebes nur recht unvollkommen geschehen kann. In Schwimmbädern ist schon meistens die Benutzung von Seife im Wassins verboten. Aber alle diese Mängel hatten den Regenbädern nicht an, weil das Wasser die Seife und den Schmutz auf der Stelle fortspült.

Noch weniger scheint mir aber die Möglichkeit der Infektion in öffentlichen Bädern beachtet zu werden. In Wannenbädern haben wir oft Wasserläufe in den Spinnäpfen und auf dem Boden hinter der Wanne gefunden, die darauf schließen lassen, daß die Zelle von franten, event. geschlechtskranken Personen benutzt worden ist. In Wannenbädern ist eine Kontrolle dafür unmöglich, in Schwimmbädern wird sie durch den Badegewohnungsbefehl beseitigt. Wie will man nun Gesunde gegen Ansteckung schützen? Auch das erreicht man verhältnismäßig am besten wieder durch Regenbäder; dort kommt das Wasser immer nur mit einem Waden in Berührung, auch der Badegewohnungsbefehl kann da nichts schaden.



Man sieht, es sprechen gewichtige Gründe für die Errichtung von Regenbädern, deshalb sollte ihnen hier das Wort geredet und namentlich finanziell leistungsfähigeren Gemeinden ihre Einrichtung empfohlen werden.

H. W. Mann.

### Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 47 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kleinraum. — Zur Massenfreibewegung. Von Henriette Roland-Holst. — Das kommunistische Manifest ein Plagiat. Von S. Kautsky. — Die prinzipielle Stellung des „Jüdischen Arbeiterbundes“. Von A. L. — Der Punkt 6 des Parteiprogramms. Von Karl Pleffe (Galle). — Zur Arbeiterbildungsfrage. Von J. Brandler. — Literarische Rundschau: E. Vandervelde, Essais Socialistes. Von G. Roland-Holst. A. de Morfier, La Journée de huit heures et le salariat industriel. Von ad. br.

„**Kommunale Praxis**“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Schellum, Verlag von Paul Singer, Berlin. In der Nr. 23 der „Kommunale Praxis“ wird das Verhalten des preussischen Ministers Breitenbach in Sachen des Lokalverfalls einer scharfen aber gerechtfertigten Kritik unterzogen. Vom Standpunkte der kommunalen Politik aus muß sich eine Auffassung, wie sie der Herr Minister kundgegeben hat, besonders Anstoß erregen. — Ueber Mitbestimmung und Mitbestimmung handelt eine sehr eingehende Arbeit über die Verhältnisse in München, die auch für die Gemeindeverhältnisse an anderen Orten dankenswerte Anregungen enthält. Aus dem reichen Material dieser Nummer heben wir u. a. die Darstellung der Vermögenssteuer in Bayern hervor. — Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur M. 2.50. Probenummern kann man jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 15, beziehen.

„**Internationale Debatte**“ im französischen Parlament. Neben von Jaurès, Bailant und Clemenceau in der Deputiertenkammer, Juni 1906. Uebersetzt von Max Quast. Preis 10. — Der Uebersetzer sagt in seiner Einleitung, daß sich die Schrift zur Massenverbreitung wie eine Erklärung zum sozialistischen und gewerkschaftlichen Programm eignet. Möge sie von unseren Genossen recht ausgenutzt und entsprechend verwertet werden.

Die „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 17 des 16. Jahrgangs.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10. — durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55. — unter Kreuzband 65. — Jahresabonnement M. 2.60.

Der „**Wahre Jacob**“ hat eben die 17. Nummer seines 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der Jar „vergewaltigt“ und „Im Kolonialamt, fünf““. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10. —

### Briefkasten.

Oppein, W. Ihre Darstellung des Prozesses wegen Verleumdung des Amtssekretärs ist viel zu weilschweifig, als daß wir sie veröffentlichen könnten. Wir bitten um Zusendung des schriftlichen Urteils.

Bodum, W. Wir hatten über die Veranbarung der Sperre keine Nachricht.

Eugen, G. Der Bericht wäre bei der Streifberichterstattung für den Bau Hamburg mit verwendet worden, wenn er rechtzeitig hier gewesen wäre. Für die fällige Nummer kam er aber zu spät und für die nächste war er veraltet. Es war übrigens auch wenig Interessantes darin enthalten.

Hilberg, W. Wir möchten doch bitten, etwas Besseres Papier zu verwenden, wenigstens solches, auf das man schreiben kann, ohne daß sich die Linie gleich über das ganze Papier ausbreitet.

S. in R. bei Demmin. Das Bürgerliche Gesetzbuch enthält keine Bestimmungen darüber, wie weit Bäume von der Grenze des Nachbargrundstückes entfernt sein müssen. Es bestimmt nur in seinem § 910, daß der Eigentümer eines Grundstückes Bäume eines Baumes oder eines Strauches, die von einem Nachbargrundstück eingedrungen sind, abschneiden und heben darf, wenn der Eigentümer des Nachbargrundstückes deren Beseitigung nicht in einer angemessenen Frist befragt; daselbst gilt auch von herabfallenden Zweigen. Dem Eigentümer steht dieses Recht jedoch nicht zu, wenn die Bäume oder die Zweige die Benutzung des Grundstückes nicht beeinträchtigen. Es ist hierbei übrigens zu beachten, daß neben diesen reichsrechtlichen Bestimmungen auch noch die landesgesetzlichen Vorschriften über die Rechte des Eigentümers an den Bäumen auf dem Nachbargrundstück Geltung haben. Die landesgesetzlichen Vorschriften stehen uns nicht zur Verfügung. Wir können Ihnen daher nicht sagen, ob darin abweichende Bestimmungen von dem Bürgerlichen Gesetzbuch enthalten sind. — Wenn Sie wiederum eine Anfrage an uns zu richten haben, dann müssen wir aber um vollen Namen und Adresse bitten, da wir sonst die Anfrage nicht beantworten; wir müssen wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Lichtenstein i. S., G. R. Wir können Ihnen die gewünschten Schriften nicht senden, da wir Buchhandel nicht betreiben.

Wiese, J. 1. Die Verursachungsgenossenschaften zahlen Rente nur dann, wenn nach Ablauf von 18 Wochen noch eine Beschränkung in der Erwerbslosigkeit vorhanden ist. 2. Nur in äußerst seltenen Fällen wird es möglich, für einen Verlustbruch eine Unfallrente zu erlangen. Wir raten aber, den Versuch zu machen, wenn Sie nachweisen können, daß der Bruch infolge einer Betriebslosigkeit ganz plötzlich eingetreten ist, ohne daß eine Anlage dazu schon vorhanden war. In diesem Falle werden Sie ganz sicher eine Rente erzielen, aber auch nur in diesem Falle.

Weselsch, G. Sie sind im Irrtum. In der Tabelle über die Lohnbewegung steht nichts davon, daß der Lohn in W. 2.4 beträgt.

Wielbrunn, Bernhard. Wir beschäftigen Ihnen gern, daß Sie nicht der Einsender des „Eisfischs“ sind.

Hilke, T. Die Schriften beziehen Sie am besten durch die Buchhandlung Vorwärts in Berlin, wenn Sie nicht an Ihrem Wohnort zu haben sind. Das Geld müssen Sie bei der Bestellung einbringen.

Ullm, B. Das wäre aber doch wirklich unverantwortliche Papierverwendung, wenn wir den ganzen Betrag demnach abdrucken wollten. Die Arbeit des Abschreibens konnten Sie sich sparen.

Reinbrunn, G. P. Wenn Sie nach Ablauf der Kündigungsfrist kein neues Arbeitsverhältnis mit dem Unternehmer eingegangen sind, so muß der Unternehmer Ihnen den verdienten Lohn ausbezahlen. Tut er es nicht, so verklagen Sie ihn. Aussicht auf Erfolg ist vorhanden.

### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht die Redaktion der Verbandsmitteilungen, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode eine Mitteilung gemacht wird. Die Liste kostet 14.)

Berlin. Am 11. August starb unser Mitglied **Johann Lange**, 66 Jahre alt, an Leberkrebs. — Am 12. August starb unser Kollege **Paul Kadorchla**, 39 Jahre alt, an den Folgen eines am 10. August 1906 erlittenen Unfalls durch Lieberfahren. — Am 10. August starb unser treuer Verbandskollege **Wilh. Kurz** im Alter von 66 Jahren an Gehirnschlag. — Am 18. August starb nach langem Leiden unser Kollege **Ernst Stache** aus Mauthen im Alter von 60 Jahren an Magenleiden. — Am 9. August verunglückte unser Mitglied **Adolf Burgardt** im Eisenwerk von Thomas in Dresden und verlor nach 2 Stunden an den Folgen des Unfalls im Alter von 46 Jahren. — Am 15. August starb im Alter von 38 Jahren nach kurzem Krankenlager an den Folgen des am 29. Mai am Bau erlittenen Unfalls unser langjähriges Verbandsmitglied, der Kollege **Emil Mäcke** aus Cunnersdorf bei Bonnau. — Am 19. August starb unser Kollege **Jakob Heck** in Mohrbad bei Landau, Pfalz. — Am 2. August starb infolge eines Herzschlages beim Baden unser treuer Verbandsmitglied **Paul Schulz** im Alter von 80 Jahren. — Am 10. August starb unser Kollege **Peter Weiss** im Alter von 37 Jahren an der Prostataerkrankung. — Am 10. August starb plötzlich unser Verbandskollege **Richard Krapp** im Alter von 36 Jahren an Herzschlag. — Am 11. August starb unser treuer Verbandskollege **Franz Müller** im Alter von 66 Jahren. — Am 2. August starb infolge eines Unfalls unser Verbandskollege **George Krieszon** im Alter von 28 Jahren. — Am 11. August starb unser Mitglied **Albert Marquardt** im Alter von 29 Jahren an den Folgen eines schweren Unfalls. —

Ehre Ihrem Andenken!

### Hagen i. W. Zeugen gesucht.

Alle Kollegen, die seit Einführung des Tarifvertrages bei dem Unternehmer **Jos. Fischer**, Aufseherstraße, gearbeitet haben und mit dem Herrn bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses in Differenzen geraten sind, sei es, daß sie auf dem Bureau der hiesigen oder herausgeworfen wurden, oder sonst von ihm belästigt sind, werden ersucht, beim Unterzeichneten schriftlich oder mündlich nähere Angaben zu machen.

Julius Mischke, Volkshaus 1.

[M. 3,90]

### Aufruf.

Die Kollegen, die noch Geld aus dem Prozeß mit der Firma **Fey** in Danzig vom Jahre 1900 zu erhalten haben, das sich nunmehr in Händen des Unterzeichneten befindet, werden aufgefordert, ihre genaue Adresse an **Friedrich Grünhagen**, Danzig, Pfefferstraße 27, einzusenden. [M. 2,10]

[M. 4,50]

### Danzig.

Donnerstag, den 8. September, Abends 8 Uhr, in dem Lokale des Herrn **Stoppahn** in Schiditz:

### Fünftehtes Stiftungsfest

bestehend in

Konzert, Ball und humoristischen Vorträgen, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Vorwärts“.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins Danzig sind hierzu mit ihren Familien freundlichst eingeladen.

Eintritt einschließlich einer Dame 50 Pfg.; jede weitere Dame 25 Pfg., Kinder unter 14 Jahren frei. Das Komitee.

### Düsseldorf.

Der Zweigverein feiert Sonntag, den 2. September, sein

### Fünftehtes Stiftungsfest

bestehend in

Festzug, Gahnenwehre, Preisfesten, Konzert, Kinderbelustigungen und Festball.

Antreten zum Festzug um 14 Uhr auf dem Karplatz.

Sämtliche Kollegen, auch die der umliegenden Zweigvereine, werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Das Komitee.

### Sommerfeld.

Donnerstag, den 25. August, im „Kurfürstensaal“:

### Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit

Ausmarsch, Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen des Sommerfeld und Umgegend werden hierzu mit ihren Familien freundlichst eingeladen.

[M. 3,60]

Der Vorstand.

### Hersfeld.

Donnerstag, den 26. August, feiert der Zweigverein sein

### Erstes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Jean Steinweg**, Meißenerstraße,

verbunden mit

Konzert, Kinderbelustigungen und Abends Ball.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins mit ihren Familien werden hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

### Seehausen i. d. Altm.

Donnerstag, den 26. August:

### Zweites Stiftungsfest

im Lokale des Herrn **Maasfeld**.

Nachmittags von 3½ Uhr an Konzert und Kinderbelustigungen

Abends Ball.

Alle Mitglieder des Vereins mit ihren Familien, sowie die Zweigvereine Osterburg und Wittenberge sind hiermit herzlich eingeladen.

[M. 3,90]

Der Vorstand.

### Hof.

Donnerstag, den 1. September, Abends 8 Uhr:

### \* Stiftungsfest \*

im Saale des „Lindenhof“.

Sämtliche Kollegen von Hof und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 2,70]

Der Vorstand.

### Hainrode (Hainleite).

Donnerstag, den 26. August, Nachmittags 3 Uhr:

### Sommerversgnügen

im Vereinslokal.

Sämtliche Kollegen von Hainrode und Umgegend sind hiermit freundlichst eingeladen.

[M. 2,70]

Der Vorstand.

### Glogau.

Donnerstag, den 1. September, Abends 8 Uhr, im

Gasthaus „Zur Sonne“:

### Sechstes Stiftungsfest

bestehend in Ball und Theater.

Alle Kollegen von Glogau und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3]

Das Komitee.

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle

Veranstaltungen zu besuchen.

Verbandsveranstaltungen der Männer.

Wermelskirchen. Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 6 Uhr

bei Hof.

Donnerstag, den 26. August.

Hintersee. Mittags 12 Uhr.

Kurtzschlag. Nachm. 5 Uhr bei Wismann.

Templin. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Germann.

Velln i. M. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Z.-D.: Regelung der Dub-

Arbeiten.

Zehdenick. Vorm. 10 Uhr bei Buchholz.

Dienstag, den 28. August.

Liegnitz. Abends 6½ Uhr.

Mittwoch, den 29. August.

Berlin. Des. 8 Uhr. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion, Verbands-

angelegenheiten.

Donnerstag, den 30. August.

Berlin. Reg. Brandenburger. Nachm. 8½ Uhr in den

Verbands-Sälen. Adresse: 67. Z.-D.: 1. Vortrag des Gen. Müllers

über: „Bildung und Bildungsmittel“. 2. Diskussion. 3. Bericht aus der

Verbands- und Ortsvereins-Sitzung.

Donnerstag, den 2. September.

Artern. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Linde“ in Darsleben.

Leitshin. Nachm. 8 Uhr bei Reigel.

Memmelsdorf. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Nachher sind mitzubringen

Nebra. Nachm. 3 Uhr im „Rathshaus“. Verbandsbäcker sind mitzubringen

Neudamm. Nachm. 8½ Uhr im Gasthof „Rathshaus“. Referent anwesend.

Dienstag, den 11. September.

Schmölln. Abends 8 Uhr im „Lindenhof“. Referent anwesend.

Öffentliche Männerveranstaltungen.

Donnerstag, den 28. August.

Grossbodungen. Referent: Kollege Schend aus Erfurt.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co

in Hamburg.